



# Konjunktur aktuell

4/2018

19. Dezember 2018, 6. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **S. 65**

## Konjunktur in der Welt und in Deutschland verliert an Dynamik

Die internationale Konjunktur hat den hohen Schwung des Jahres 2017 nicht halten können, und auch der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist im zweiten Halbjahr 2018 ins Stocken geraten. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2018 um 1,5% sowie im Jahr 2019 um 1,4% und damit in etwa so stark wie die Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft zulegen.

## Inhaltsverzeichnis

- 65** Konjunktur aktuell: Konjunktur in der Welt und in Deutschland verliert an Dynamik  
Arbeitskreis Konjunktur des IWH
- 105** Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Öffentliche Finanzen 2018 bis 2025  
Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies

# Konjunktur aktuell: Konjunktur in der Welt und in Deutschland verliert an Dynamik\*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH\*\*

## Zusammenfassung

Im zweiten Halbjahr 2018 ist der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ins Stocken geraten. Dabei geht der leichte Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal vor allem auf Probleme der Automobilbranche zurück: Viele Fahrzeugtypen waren nicht lieferbar, weil die Zertifizierung nach dem neuen Abgas-Prüfverfahren fehlte. Allerdings schwächt sich das Auslandsgeschäft schon seit Beginn des Jahres ab, denn die internationale Konjunktur hat den hohen Schwung des Jahres 2017 nicht halten können, vor allem wegen der hohen politischen Unsicherheiten, welche die Handelskonflikte, der nahende Brexit und der Konflikt um den italienischen Staatshaushalt mit sich bringen.

Binnenwirtschaftlich dürfte sich aber der Aufschwung in Deutschland im Lauf des Jahres kaum verlangsamt haben. Ein Hauptgrund dafür sind die weiter sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. Sie werden aufgrund der expansiven Geldpolitik der EZB auch im Jahr 2019 günstig bleiben. Allerdings ist zu erwarten, dass das weniger freundliche außenwirtschaftliche Umfeld nicht nur die Exporte dämpft, sondern bald auch auf Investitionsentscheidungen und Personalpolitik der Unternehmen durchschlagen wird; zunächst wohl im Verarbeitenden Gewerbe, dann auch bei den Dienstleistern. Weiter bremsend wirkt zugleich der Fachkräftemangel am Bau, aber auch in anderen Branchen. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass die Produktion im Jahr 2019 nur noch in etwa so stark zulegt wie die Produktionskapazitäten: Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2018 um 1,5% und im Jahr 2019 um 1,4% steigen. Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss beträgt im Jahr 2018 60 Mrd. Euro. Im Jahr 2019 verringert er sich auf 42 Mrd. Euro. Die ostdeutsche Wirtschaft dürfte in den Jahren 2018 und 2019 in etwa so schnell expandieren wie die gesamtdeutsche.

### Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2018 bis 2020

	2017	2018	2019	2020
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	2,2	1,5	1,4	1,8
darunter: Ostdeutschland <sup>a</sup>	1,9	1,6	1,4	1,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	1,4	0,6	0,5
Tariflöhne je Stunde	2,5	2,9	2,6	2,1
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,9	3,2	2,8
Lohnstückkosten <sup>b</sup>	1,5	2,6	2,6	1,5
Verbraucherpreisindex	1,8	2,0	1,7	1,6
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 269	44 842	45 142	45 355
Arbeitslose <sup>c</sup>	2 533	2 341	2 236	2 163
in %				
Arbeitslosenquote <sup>d</sup>	5,7	5,2	4,9	4,7
darunter: Ostdeutschland <sup>a</sup>	7,6	6,9	6,6	6,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,0	1,8	1,2	1,0
Leistungsbilanzsaldo	8,0	7,2	6,9	7,0

<sup>a</sup> Ostdeutschland einschließlich Berlin. – <sup>b</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>c</sup> Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). –

<sup>d</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2018: Prognose des IWH (Stand: 13.12.2018).

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 21/2018 am 13. Dezember 2018 veröffentlicht.

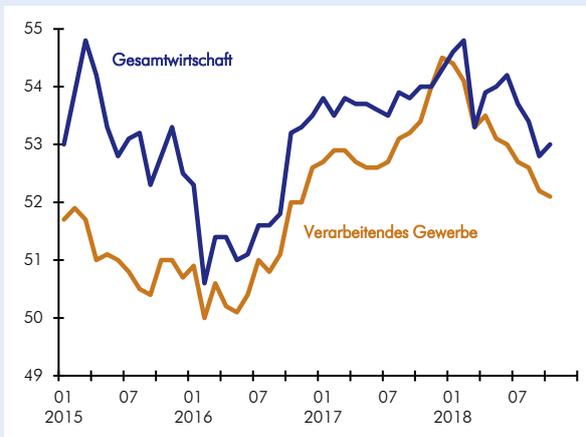
\*\* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

## Weltwirtschaftlicher Aufschwung geht zu Ende

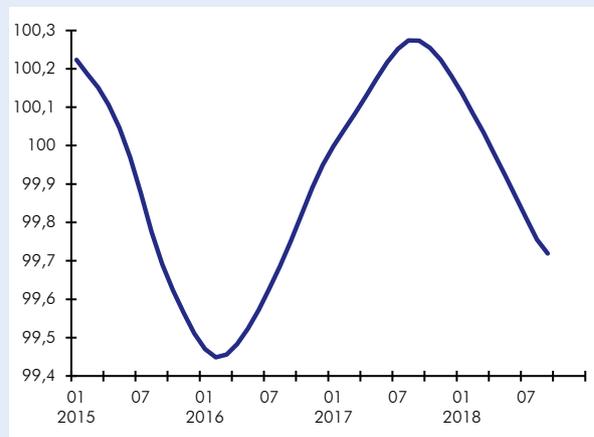
Ende des Jahres 2018 deutet vieles auf ein saches Ende des weltwirtschaftlichen Aufschwungs hin. So schätzen Unternehmen schon seit Jahresbeginn ihre Lage im globalen Durchschnitt immer weniger günstig ein (vgl. Abbildung 1); gegenwärtig befinden sich die Umfrageergebnisse nur noch im langjährigen Mittel. Gleiches gilt für den globalen OECD-Frühindikator, der im Jahresverlauf ebenfalls gesunken ist. Die Aktienkurse haben in Europa und in Asien nachgegeben, und seit dem deutlichen Kursrückgang in den USA vom Oktober liegen auch die weltweiten Aktienbewertungen niedriger als zu Jahresbeginn. Die wesentlichen Gründe für die zunehmend skeptischeren Blicke von Unternehmen und Finanzmarktteilnehmern auf das Jahr 2019 sind das Auslaufen expansiver Impulse vonseiten der Geld- und Finanzpolitik in den USA und die Fortsetzung der protektionistischen US-Handelspolitik. Zudem lässt die recht hohe Auslastung der Kapazitäten vor allem in der Bauwirtschaft in den USA, Deutschland und Großbritannien mehr und mehr die Preise anstelle der realen Produktion steigen.

**Abbildung 1**  
Indikatoren für die internationale Konjunktur

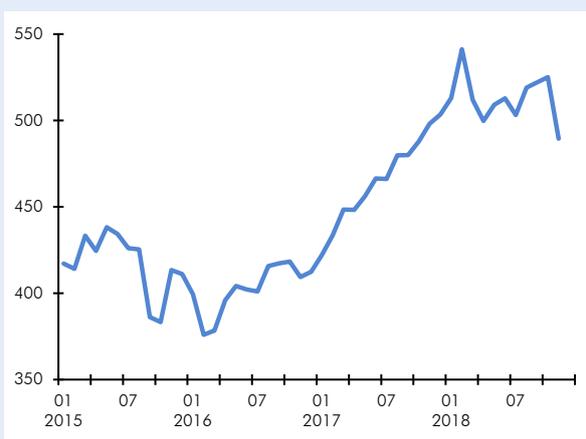
(a) Globale Einkaufsmanagerindizes



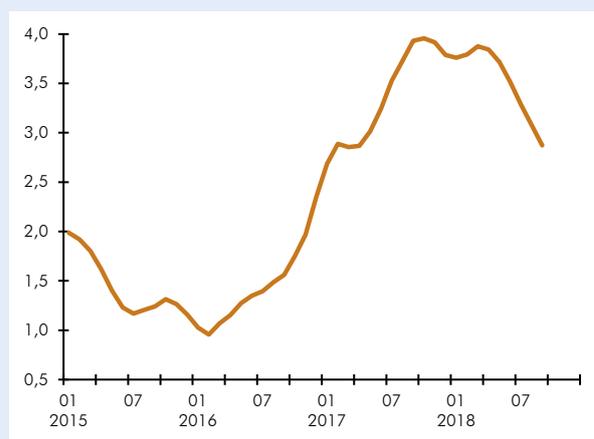
(b) OECD Frühindikator für die OECD plus 6 große Schwellenländer<sup>1</sup>



(c) Welt-Aktienkurse (MSCI All Cap World)



(d) Weltindustrieproduktion (Gleitender Dreimonatsschnitt, Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent)

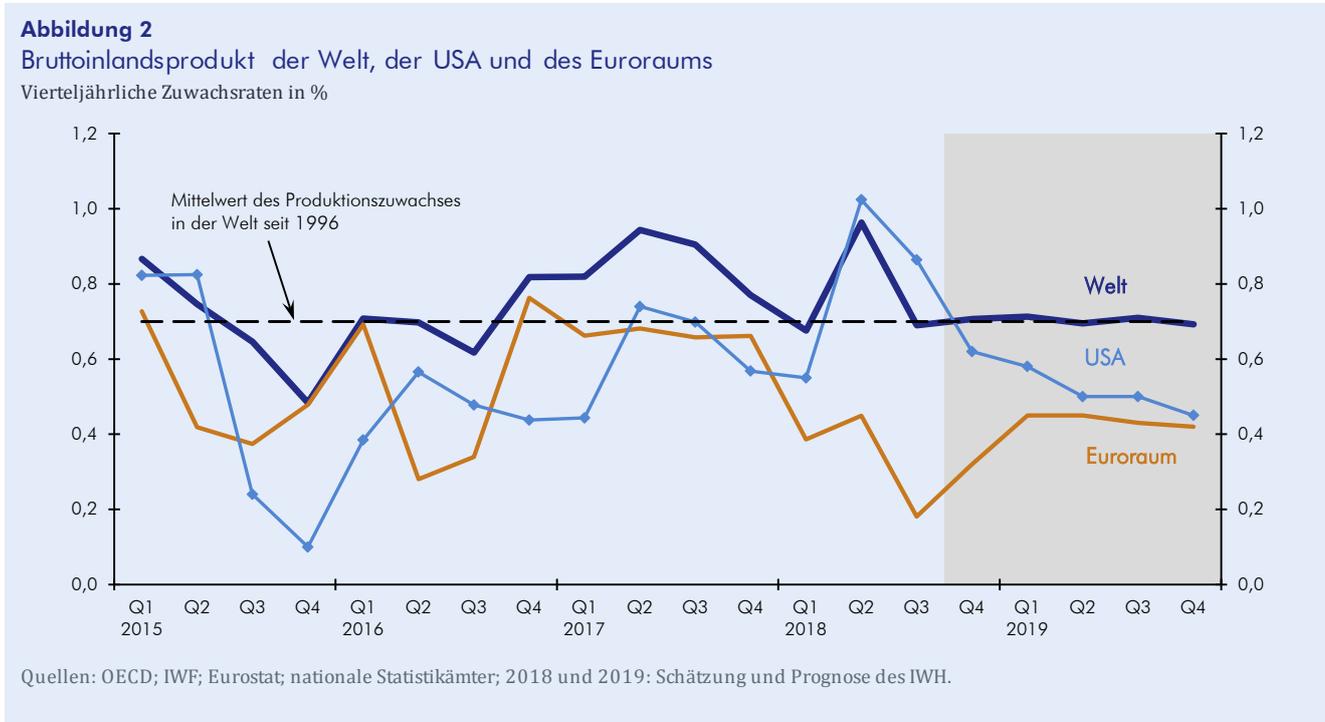


<sup>1</sup> Die sechs Schwellenländer sind: Brasilien, China, Indien, Indonesien, Russland, Südafrika.

Quellen: Aktienkurse: MSCI; Einkaufsmanagerindizes: Markit; OECD-Frühindikator: OECD; Industrieproduktion: cpb.

Die realwirtschaftlichen Daten geben zum Jahresende 2018 ein gemischtes Bild: Die Weltindustrieproduktion verliert seit dem Sommer etwas an Schwung. Beim Welthandel ist dagegen ein klarer Abwärtstrend gegenwärtig noch nicht zu erkennen. Im dritten Quartal legte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA zwar erneut recht kräf-

tig zu (vgl. Abbildung 2), und in China hat die Aktivität nur wenig an Schwung verloren. Im Euroraum expandierte die Produktion dagegen nur schwach, die Japans ging sogar zurück. In beiden Fällen dämpften auch Sonderfaktoren: In Japan bremsen im September eine Überflutung des Flughafens von Osaka sowie Stromausfälle infolge eines Erdbebens auf Hokkaido, im Euroraum, und dort vor allem in Deutschland, schlugen Probleme bei der Einführung des neuen Autoabgas-Teststandards auf die Produktion durch (vgl. Kasten 1).



Unabhängig davon hat sich das Bild auf den meisten Arbeitsmärkten zuletzt kaum verändert: Die Arbeitslosenquoten sind ausgesprochen niedrig (USA, Japan) oder gehen weiter zurück (Euroraum ohne Italien und ebenfalls USA). Die Löhne steigen in den USA (mit zuletzt reichlich 3%) und auch im Euroraum (zuletzt etwa 2¼%) leicht beschleunigt. In den **Preisniveaus** schlägt sich dies noch kaum nieder: Die Verbraucherpreisinflation liegt ohne die Komponenten Energie und Nahrungsmittel in diesem Jahr wie schon 2017 für die USA bei etwa 2%, im Euroraum bei etwas über 1%, und in Japan um 0,3%. Unter Einschluss dieser Komponenten waren die Raten bis zum Herbst etwas höher. Dies dürfte aber nach dem deutlichen Ölpreistrückgang von 85 US-Dollar (Brent) Anfang Oktober auf etwas über 60 Dollar Mitte Dezember bald nicht mehr der Fall sein. Schon seit dem Sommer sind die Preise wichtiger Industrierohstoffe wie Kupfer oder Aluminium rückläufig. Die schwächeren Rohstoffpreise sind wohl auch ein Zeichen vorsichtigerer Erwartungen bezüglich Konjunktur und Nachfrageentwicklung. Auf die Ölpreise drückt zudem der überraschend starke Anstieg der US-Rohölfördermengen. Kurzfristig hat der Ölpreis schließlich darunter gelitten, dass die Sanktionen der USA gegenüber dem wichtigen Förderland Iran erst einmal nicht so strikt durchgeführt werden, wie es ursprünglich erwartet worden war: Wichtige Abnehmerländer wie Indien, China und Japan können weiterhin iranisches Öl beziehen, ohne mit Sanktionen vonseiten der USA rechnen zu müssen.

Keine Kursänderung lässt dagegen die US-Handelspolitik erkennen, und dies ist wohl der wichtigste Grund für die allmähliche Verschlechterung der weltweiten Konjunkturerwartungen. Zwar konnten sich die USA, Mexiko und Kanada Ende September auf einen Nachfolgevertrag für das Freihandelsabkommen NAFTA einigen, und die USA haben sich mit China Ende November auf ein dreimonatiges Stillhalteabkommen verständigt: Die für Januar angeordnete Zollerhöhung auf 25% für chinesische Waren im Umfang von 200 Mrd. Dollar wird erst einmal ausgesetzt. Der Streit kann aber, wie der mit der Europäischen Union, bald wieder eskalieren. Im Lauf des Jahres 2018 wurde knapp die Hälfte aller chinesischen Importe in die USA (im Wert von etwa 250 Mrd. US-Dollar) mit Zöllen belegt.

Nichtsdestotrotz haben die chinesischen Exporte Richtung USA bis November mit nominal etwa 10% gegenüber Vorjahr recht kräftig zugenommen. Dabei half, dass der Renminbi gegenüber dem Dollar um etwa 7% seit Jahresbeginn abgewertet hat. Dies deutet zusammen mit dem deutlichen Rückgang der chinesischen Aktienkurse darauf

hin, dass sich zumindest aus Sicht der Finanzmärkte die Aussichten für die Wirtschaft Chinas eingetrübt haben. Auch spricht ein deutlicher Rückgang des Geldmengenwachstums (besonders von M1) dafür, dass Unternehmen und Haushalte für die nähere Zukunft ein geringeres Ausgabenwachstum planen. Im November fielen auch die chinesischen Importe recht schwach aus. Im Vorgriff auf zu erwartende dämpfende Effekte des Handelsstreits hat die chinesische Regierung ihre Wirtschaftspolitik seit dem Sommer ein Stück weit expansiver ausgerichtet. Gegenwärtig sprechen aber die meisten Indikatoren dafür, dass sich die Wachstumsdynamik nur sehr allmählich verlangsamt.

**Tabelle 1****Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %											
		2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Europa	29,3	2,6	2,0	1,6	1,8	2,2	2,6	2,7	2,2				
EU 28	24,4	2,6	2,0	1,7	1,7	1,7	1,9	1,8	1,8	7,7	6,9	6,6	6,4
Schweiz	1,0	1,7	2,6	1,5	1,8	0,5	1,0	1,0	1,0	4,8	4,6	4,5	4,5
Norwegen	0,6	1,9	1,7	2,0	1,9	1,9	2,7	2,1	2,1	4,8	4,0	4,2	4,2
Türkei	1,2	7,4	4,0	0,5	3,4	11,1	16,5	20,0	9,0				
Russland	2,2	1,5	1,5	1,6	1,7	3,7	2,8	4,0	3,5				
Amerika	36,3	2,2	2,5	2,4	2,0								
USA	27,4	2,2	2,9	2,5	1,8	2,1	2,5	2,4	2,2	4,4	3,9	3,8	3,8
Kanada	2,3	3,0	2,1	2,1	1,8	1,6	2,3	2,1	2,0	6,3	5,8	5,8	5,9
Lateinamerika <sup>1</sup>	6,6	1,6	1,4	2,1	2,6								
Asien	34,4	5,2	5,0	4,7	4,7								
Japan	6,9	1,7	0,7	0,9	1,0	0,5	1,0	1,2	1,3	2,8	2,4	2,5	2,5
China ohne Hongkong	17,0	6,9	6,7	6,2	6,1								
Südkorea	2,2	3,1	2,6	2,4	2,6	1,9	1,7	1,9	1,9	3,7	3,9	4,0	4,0
Indien	3,7	6,7	7,5	7,2	7,4								
Ostasien ohne China <sup>2</sup>	4,7	4,5	4,1	4,0	4,1								
insgesamt <sup>3</sup>	100,0	3,3	3,2	3,0	2,9								
fortgeschrittene Volkswirtschaften <sup>4</sup>	66,5	2,3	2,3	2,0	1,7	1,7	2,0	2,0	1,9	5,5	5,0	4,8	4,7
Schwellenländer <sup>5</sup>	33,5	5,3	5,2	4,9	5,1								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewicht <sup>6</sup>	–	3,1	3,0	2,6	2,3								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten <sup>7</sup>	–	3,8	3,8	3,6	3,5								
Welthandel <sup>8</sup>	–	4,6	3,5	3,4	3,3								

<sup>1</sup> Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar.

<sup>2</sup> Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar.

<sup>3</sup> Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar.

<sup>4</sup> EU 28, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

<sup>5</sup> Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

<sup>6</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2017.

<sup>7</sup> Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, April 2018.

<sup>8</sup> Realer Güterhandel. Wert für 2017 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

In den USA ist der Expansionsgrad der Wirtschaftspolitik im Jahr 2019 deutlich geringer als im Jahr 2018, als starke Impulse von der Steuerreform ausgingen. Aufgrund von kräftigen Ausgabenerhöhungen des Zentralstaats bleibt die Finanzpolitik aber noch etwas expansiv. Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins bis Ende 2019 nur noch wenig auf 2,5 bis 2,75% anheben, ein wohl in etwa neutrales Niveau. Im Verlauf des Jahres 2018 hatten Leitzinserhöhungen durch die US-Notenbank zusammen mit der kräftigen amerikanischen Konjunktur die dortigen Kapitalmarktzinsen deutlich auf etwas über 3% (zehnjährige Staatsanleihen) steigen lassen. Dies ließ das Zinsniveau in etlichen Schwellenländern noch deutlich stärker steigen und deren Währungen gegenüber dem Dollar abwerten. Der Vertrauensverlust in den argentinischen Peso sowie die türkische Lira und die daraus folgenden drastischen Abwertungen der

Währungen haben die beiden Volkswirtschaften in eine Krise gestürzt. Mittlerweile haben sich die Währungen aber stabilisiert, und zu einer generellen Flucht aus Anlagen in Schwellenländern ist es nicht gekommen. Bemerkenswert ist auch die Stabilität des britischen Pfunds, obwohl es weiterhin möglich scheint, dass Großbritannien Ende März ohne Anschlussvertrag aus der EU ausscheiden könnte.

Dagegen sind Risikoprämien für italienische Staatsschuldentitel bis zuletzt weiter gestiegen, für Papiere mit 10-jähriger Laufzeit auf 3½% im November. Nach wie vor scheint die italienische Regierung keine großen Abstriche an ihren expansiven finanzpolitischen Plänen vornehmen zu wollen, obwohl die Europäische Kommission den italienischen Haushaltsplan im Oktober abgelehnt hat. Auch für den gesamten Euroraum gilt, dass die Finanzpolitik im Jahr 2019 expansiv ausgerichtet ist, ohne Italien aber nur leicht. Die EZB dürfte, auch wegen des nach wie vor geringen Preisdrucks, erst gegen Ende des Jahres 2019 beginnen, die Leitzinsen auf Werte über 0% anzuheben. Auch die Ausrichtung der britischen Geld- und Finanzpolitik ist im Jahr 2019 leicht expansiv, schon um die Bremswirkungen des Brexit abzufedern. In Japan wird die Finanzpolitik mit einer Mehrwertsteuererhöhung im Oktober 2019 restriktiv, der Leitzins bleibt im ganzen Jahr bei 0%. Insgesamt ist die Wirtschaftspolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2019 weniger expansiv ausgerichtet als im Jahr 2018. Zudem belasten die Handelskonflikte die Weltkonjunktur, und bei Volkswirtschaften in der Überauslastung stößt die Erweiterung der Produktion in einigen Sektoren (etwa der Bauwirtschaft) an Kapazitätsgrenzen. Die Weltproduktion expandiert deshalb nach vorliegender Prognose im Jahr 2019 mit 3,0% und damit langsamer als im Jahr 2018 (3,2%). Im Jahr 2020 dürfte sich die Verlangsamung fortsetzen, auf dann 2,9% (vgl. Tabelle 1).<sup>1</sup> Der Welthandel (Waren) legt im Jahr 2018 vor allem wegen des starken Anstiegs im vergangenen Winter um 3,4% zu, in den kommenden Jahren dürfte der Zuwachs nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Protektionismus nur noch bei 3,1% liegen.

### Risiken vor allem politischer Natur

Die oben skizzierte Prognose für die internationale Konjunktur basiert vor allem auf der Annahme, dass sich drei weltwirtschaftliche Risiken im Prognosezeitraum nicht realisieren: eine Eskalation der Handelskonflikte der USA mit China und mit der EU, ein „harter“ Brexit, also ein Austritt Großbritanniens aus der EU ohne begleitenden Vertrag, und der Ausbruch einer Staatsschuldenkrise in Italien.

Die Belastungen neuer Zollerhöhungs-Runden wurden von verschiedener Seite geschätzt, etwa von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im September 2018 oder im November von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).<sup>2</sup> Dort führt ein einheitlicher Zollsatz von 25% auf alle zwischen China und den USA gehandelten Güter (außer Rohstoffe) dazu, dass die Weltproduktion nach drei Jahren 0,4% niedriger liegt als bei unveränderten Zollsätzen. Wird angenommen, dass die durch den Konflikt ausgelöste Unsicherheit die Investitionen dämpft, erhöht sich der Verlust auf 0,8%. Diese Belastungen sind zwar spürbar, aber nicht dramatisch. Dagegen wären die kurzfristigen Kosten eines harten Brexits für die beiden betroffenen Partner so einschneidend, dass sie kaum abzuschätzen sind. Denn eine Vielzahl von wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Großbritannien und der EU wäre aus rechtlichen und organisatorischen Gründen wohl erst einmal blockiert. Der Ausbruch einer Staatsschuldenkrise Italiens hätte ebenfalls so tiefgreifende Verwerfungen zur Folge, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Effekte kaum ex ante quantifizieren lassen.

<sup>1</sup> Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2017 auf der Basis von Marktwechsellkursen gewichtet wurden.

<sup>2</sup> Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018): Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer, Essen 2018, S. 75-78; OECD (2018), OECD Economic Outlook 104 (2018/2), S.24-26.

Alle drei an sich so verschiedenen Risiken für die internationale und die europäische Konjunktur sind politischer Natur. Es wird jeweils auf das Zusammenspiel von Entscheidungsträgern ankommen, welche eigentlich ein Interesse daran haben, dass sich die Risiken nicht realisieren: In den Handelskonflikten geht es um den Abschluss vorteilhafter „Deals“. Im britischen Parlament, welches über den zwischen der britischen Regierung und der EU-Kommission ausgehandelten Vertrag abstimmen wird, will nur eine Minderheit einen harten Brexit. Und natürlich ist niemand in Rom oder Brüssel an einer italienischen Staatsschuldenkrise interessiert. Dennoch könnte es in allen drei Fällen zu Politikversagen kommen, wenn es den jeweiligen Entscheidungsträgern nicht gelingt, ihr Verhalten zielführend zu koordinieren. Dazu könnte es etwa dann kommen, wenn das Verhalten wichtiger Partner im politischen Entscheidungsprozess falsch eingeschätzt würde und einmal aufgrund von Fehleinschätzungen getroffene Entscheidungen nachträglich nicht mehr ungeschehen zu machen wären.

### Kasten 1

#### Effekte der WLTP-Einführung auf die Kfz-Produktion aus europäischer Perspektive

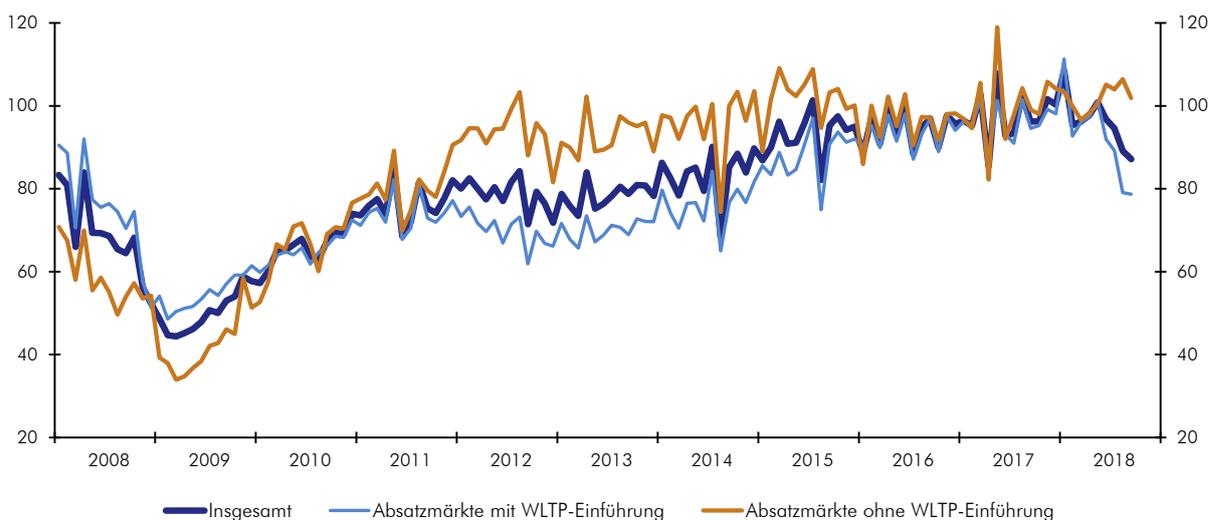
Seit 1. September 2018 gilt in der EU das neue Abgas-Prüfverfahren für die Neuzulassung von Personenwagen und leichten Nutzfahrzeugen WLTP (Worldwide Harmonised Light-Duty Vehicle Test Procedure). Ebenfalls eingeführt wurde es in Norwegen, der Schweiz, der Türkei, Israel und ab 1. Oktober in Japan. Das Prüfverfahren ist auch deshalb erheblich aufwendiger geworden, weil nun jede vom Hersteller angebotene Kombination aus Fahrzeugtyp und Antrieb einzeln zu testen ist. Deutschen Autobauern ist es lediglich gelungen, einen Teil ihrer Produkte bis zum Stichtag zertifizieren zu lassen. Zur Bewältigung dieses Problems wurde ein Teil der im Sommer produzierten Wagen noch im August von Autohändlern angemeldet. In großem Umfang wurde auf Vorrat produziert, was sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene in einem deutlichen Lageraufbau im dritten Quartal 2018 niederschlägt.

Schließlich wurde die Produktion selbst zurückgefahren: Der Produktionsindex für Kraftwagen und Kraftwagenteile ging vom zweiten zum dritten Quartal 2018 um 7,6% zurück. Auch die Ausfuhr in Länder, die ebenfalls das Zertifizierungssystem eingeführt haben, litt beträchtlich, während sich am sonstigen Auslandsabsatz keine Auffälligkeiten zeigten (Abbildung K1).

#### Abbildung K1:

##### Deutsche Ausfuhr von Kraftfahrzeugen (Landfahrzeugen)

Saisonbereinigte Werte; 1. Quartal 2018 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Aus europäischer Perspektive ist auffällig, dass die Hersteller die Herausforderung des neuen Zertifizierungssystems unterschiedlich gut gemeistert haben (vgl. Tabelle K1). Nur in Tschechien brach die Produktion noch stärker als in Deutschland ein, in beiden Ländern ist es im dritten Quartal auch zu einem deutlichen Lageraufbau gekommen. Spürbare Auswirkungen der WLTP-Einführung auf die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte

es nur in Ländern mit einem hohen Anteil der Automobilbranche an der gesamten Bruttowertschöpfung gegeben haben; dies sind laut Eurostat Deutschland (3,7%), Tschechien (5,1%), die Slowakei (3,9%) und Ungarn (4,6%). Die besonderen Probleme deutscher Hersteller können zum Teil dadurch erklärt werden, dass sie eine besonders breite Palette von Fahrzeugtypen und -motoren im Angebot haben. Für sie ist die neue Zertifizierung deshalb besonders aufwendig. Auch im November hat sich der Zertifizierungsstau noch nicht aufgelöst.

**Tabelle K1:**  
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

	Veränderung der Produktion in Prozent (drittes gegenüber zweites Quartal 2018)	Anteil am EU-Fahrzeugbau (Produktionswert) im Jahr 2016
Deutschland	-7,3	42,6
Frankreich	-1,1	9,3
Großbritannien	3,5	8,8
Spanien	-3,6	7,1
Italien	-3,8	6,9
Tschechien	-10,9	4,9
Schweden	-3,5	3,3
Ungarn	-6,7	2,8
Polen	-0,4	3,6

Quelle: Eurostat

Mit einer vollständigen Normalisierung ist erst für Anfang nächsten Jahres zu rechnen, auch weil es eine Zeit dauern wird, bis die hohen Lagerbestände reduziert worden sind.

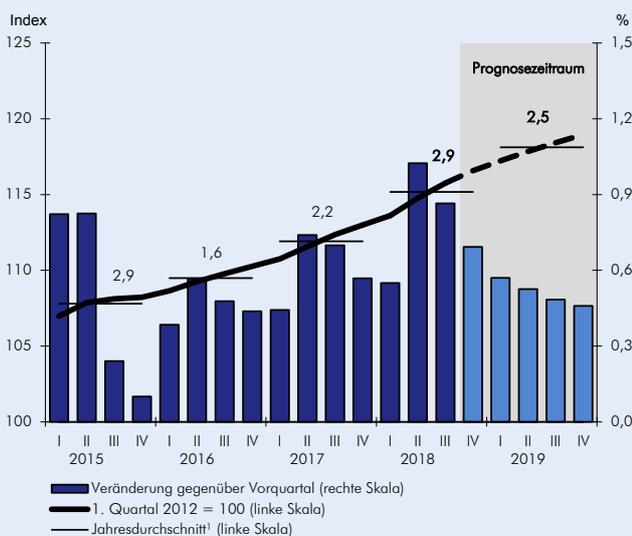
### Abschwächung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den USA

Die wirtschaftliche Dynamik in den USA war im dritten Quartal 2018 ähnlich kräftig wie in den Quartalen zuvor. Der außergewöhnlich hohe Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von annualisiert 4,2% im zweiten Quartal konnte aufgrund schwacher Anlageinvestitionen und rückläufiger Nettoexporte allerdings nicht erneut erreicht werden (vgl. Abbildung 3); die Expansionsrate betrug 3,5%. Bei der Entwicklung der Nettoexporte scheinen andauernde Handelskonflikte und ein starker US-Dollar eine wichtige Rolle gespielt zu haben.

So reduzierten Unternehmen ihre Lagerbestände im zweiten Quartal außergewöhnlich stark, um ihre Waren vor Inkrafttreten der Zölle im Ausland abzusetzen. Im dritten Quartal, nach Inkrafttreten der Zölle, erfolgte der Wiederaufbau der Lagerbestände bei reduzierten Exporten. Wie im zweiten Quartal legte der private Konsum im dritten Quartal mit 4% kräftig zu.

Der starke private Konsum wird begleitet von einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote von durchschnittlich 3,8% im dritten Quartal. Die Arbeitslosigkeit liegt damit ca. 0,8 Prozentpunkte unter der von der US-Notenbank geschätzten strukturellen Arbeitslosenquote. Damit setzt das dritte Quartal einen Abwärtstrend der Arbeitslosenrate fort, der mittlerweile fast zehn Jahre andauert. Seit Mitte

**Abbildung 3**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA  
saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

September ist allerdings ein leichter Anstieg der saisonbereinigten Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe zu beobachten. Die Erstanträge gelten als guter Indikator für die Anzahl der Entlassungen und der leichte Anstieg könnte darauf hindeuten, dass die Arbeitslosigkeit nicht weiter sinken wird.

Die starke wirtschaftliche Entwicklung hat der US-Notenbank (Fed) Spielraum für Anhebungen des Leitzinssatzes gegeben, so dass bereits drei Leitzinsanhebungen 2018 erfolgt sind. Trotz des starken Arbeitsmarktes bleibt die Inflation im dritten Quartal stabil. Der Preisindex privater Konsumausgaben (PCE-Deflator) lag im September bei 1,9% im Vergleich zum Vorjahr. Damit lag der Preisauftrieb nah an der Ziel-Inflationsrate von 2%. Es ist wahrscheinlich, dass im Dezember ein weiterer Leitzinsanstieg von derzeit 2,00-2,25% auf 2,25-2,5% erfolgen wird. Die weitere Entwicklung des Leitzinses ab 2019 wird stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Somit wird die Zinspolitik weniger vorhersehbar, da die Fed sich nicht auf ein Zinsniveau für das kommende Jahr festlegt. Die im Oktober 2017 begonnene Verringerung der monatlichen Reinvestition in Anleihen wird über den Prognosezeitraum fortgesetzt, um das in der Finanzkrise aufgebaute Portfolio zu reduzieren.

In der Finanzpolitik gab es im dritten Quartal keine neuen Impulse. Allgemein ist die Finanzpolitik des Jahres 2018 von den Steuererleichterungen für Unternehmen und Haushalte und ansteigenden Militärausgaben und Zinszahlungen gekennzeichnet. So ergaben sich im Fiskaljahr 2018, das im vierten Quartal 2017 begonnen hat und im dritten Quartal 2018 endete, Mindereinnahmen durch Steuererleichterungen in Höhe von 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Das Staatsdefizit des Fiskaljahrs 2018 kletterte auf ein Sechsjahreshoch von knapp 4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die steigenden Zinsen auf US-Staatspapiere werden die Belastung des Staates mit Zinszahlungen weiter erhöhen. Nach Schätzungen des Congressional Budget Office werden die Zinszahlungen um 0,2 Prozentpunkte auf 1,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Fiskaljahr 2018 ansteigen und 2020 die Ausgaben für das Programm Medicaid übertreffen. Durch den Anstieg der Zinsen auf zweijährige Staatsanleihen, sank die Differenz zum Zins zehnjähriger Staatsanleihen unter einen halben Prozentpunkt. Eine negative Zinsdifferenz war in der Vergangenheit ein verlässlicher Indikator bevorstehender Rezessionen. Die derzeitige niedrige Zinsdifferenz könnte somit auf pessimistische Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung hindeuten.

Es ist wahrscheinlich, dass sich die starke wirtschaftliche Dynamik über den Prognosehorizont abschwächen wird. Die Auftrags-eingänge für Kapitalgüter (ohne die volatilen Bereiche Verteidigung und Flugzeuge) sind leicht rückläufig und deuten darauf hin, dass von Anlageinvestitionen der Unternehmen vorerst keine Impulse erwartet werden können. Das Conference Board Verbrauchervertrauen steigt zwar weiterhin und zeugt vom anhaltenden Optimismus der Konsumenten, allerdings fielen die Erwartungen über die künftige wirtschaftliche Lage verhaltener aus. Diese Erwartungen könnten auch mit dem sich abschwächenden Aktienmarkt zusammenhängen. Es ist anzunehmen, dass die historisch hohen Kurs-Gewinn-Verhältnisse bei steigendem Leitzins weiter sinken. Der Immobilienmarkt wird von einem Anstieg der Baukosten, steigenden Zinsen und hohen Transportkosten aufgrund gestiegener Ölpreise belastet und es ist unwahrscheinlich, dass der Wohnungsbau im Prognosezeitraum relevante Wachstumsbeiträge leisten wird. Die Einkaufsmanagerindizes im verarbeitenden Gewerbe sowie im Dienstleistungsbereich scheinen stabil auf hohem Niveau.

**Tabelle 2****Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

	2017	2018	2019	2020
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,9	2,5	1,8
privater Konsum	2,5	2,7	2,9	1,8
Staatskonsum und -investitionen	-0,1	1,7	2,3	1,8
private Bruttoanlageinvestitionen	4,8	5,4	3,4	2,8
inländische Verwendung	2,5	3,0	3,0	2,0
Exporte	3,0	4,1	2,6	2,6
Importe	4,6	4,6	4,0	3,6
Außenbeitrag <sup>1</sup>	-0,4	-0,3	-0,4	-0,3
Verbraucherpreise	2,1	2,5	2,4	2,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo <sup>2</sup>	-3,8	-4,7	-5,0	-4,8
Leistungsbilanzsaldo	-2,4	-2,9	-3,0	-3,3
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,4	3,9	3,8	3,8

<sup>1</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>2</sup> Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 um 2,9% zunehmen und in den Folgejahren bei abschwächender Dynamik um 2,5% bzw. 1,8% ansteigen (vgl. Tabelle 2). Diese Entwicklung liegt insbesondere daran, dass keine weiteren großen Fiskalimpulse zu erwarten sind und die Geldpolitik weniger expansiv ausgerichtet ist. Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise dürfte 2018 aufgrund des starken Arbeitsmarktes und hoher Energiepreise in 2018 mit 2,5% relativ hoch ausfallen. Im Jahr 2019 wird die Teuerungsrate jedoch auf 2,4% und 2020 auf 2,2% sinken.

### Konjunktur im Euroraum verlangsamt sich

Vor dem Hintergrund eines weniger günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds hat die konjunkturelle Dynamik im Euroraum im Verlauf des Jahres 2018 deutlich an Fahrt verloren. Im zweiten Halbjahr kamen branchenspezifische Probleme im Automobilsektor hinzu (vgl. Kasten 1). Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm in den ersten drei Quartalen mit einer durchschnittlichen Rate von gut 0,3% und damit nur etwa halb so stark wie im Durchschnitt des Jahres 2017 zu (vgl. Abbildung 4). Zuletzt war der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mit knapp 0,2% so schwach wie seit der Rezession im Jahr 2012 nicht mehr. Besonders deutlich war die Abkühlung neben Deutschland insbesondere in Italien, wo die Produktion im dritten Quartal leicht rückläufig war, und in den Niederlanden. Weiterhin

robust erschien hingegen bis zuletzt die Konjunktur in Spanien, in Frankreich nahm sie nach einem schwachen ersten Halbjahr wieder an Fahrt auf.

Zwar waren die Zuwachsraten der Nachfragekomponenten zuletzt allesamt rückläufig und die Ausstattungsinvestitionen stagnierten gar. Die Verlangsamung der Konjunktur im Jahresverlauf 2018 ist jedoch im Wesentlichen auf eine deutlich schwächere Dynamik der Exporte zurückzuführen, die in zwei Quartalen des Jahres rückläufig waren. Bei mäßig zulegenden Importen bremste der Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Expansion im dritten Quartal rechnerisch um 0,3 Prozentpunkte.

Die Verbraucherpreisinflation hat in der zweiten Jahreshälfte erstmals seit Ende 2012 wieder die Marke von 2% überschritten. Maßgeblich für den Anstieg war die durch die zwischenzeitliche starke Verteuerung von Rohöl bedingte Zunahme der Energiepreise. Die um Energie und unverarbeitete Lebensmittel bereinigte Inflationsrate liegt seit nunmehr anderthalb Jahren weitestgehend konstant bei 1,1%. Allerdings scheinen sich Engpässe am Arbeitsmarkt allmählich in höheren Löhnen widerzuspiegeln: sowohl Tariflöhne als auch Verdienste je Arbeitnehmer lagen jüngst mehr als 2% über ihren jeweiligen Vorjahresniveaus und stiegen somit so stark wie seit über fünf Jahren nicht mehr.

Auf eine zunehmende Knappheit auf dem Arbeitsmarkt deutet neben Unternehmensumfragen insbesondere auch die jüngste Verlangsamung des Rückgangs der Arbeitslosigkeit und des Beschäftigungsaufbaus hin. So stagniert die Arbeitslosenquote seit dem Sommer 2018 bei 8,1%, und die vierteljährliche Zuwachsrate der Erwerbstätigen hat sich im dritten Quartal halbiert. Die Arbeitslosenquote sinkt jedoch bereits seit über drei Jahren um knapp einen Prozentpunkt pro Jahr, und in den meisten Ländern des Währungsgebiets ist zum Jahresende die von der Europäischen Kommission ausgewiesene strukturelle Arbeitslosenquote (NAWRU) erreicht oder bereits unterschritten. Auch die Zunahme der Beschäftigten lag in den vergangenen drei Jahren deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Eine Ausnahme stellt (zusammen mit Estland) Italien dar. Dort stieg die Arbeitslosenquote im Herbst um einen halben Prozentpunkt und die Beschäftigung ging im dritten Quartal zurück.

**Abbildung 4**  
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

## Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum weiterhin günstig

Die Europäische Zentralbank hält an ihrer expansiven Geldpolitik fest. Der Einlage- und der Hauptrefinanzierungszinssatz liegen seit März 2016 auf historischen Tiefständen. Sie betragen  $-0,4\%$  bzw.  $0\%$ . Jedoch wurde das Volumen monatlicher Ankäufe im Rahmen des Anleihenkaufprogramms ab Oktober auf 15 Mrd. Euro reduziert. Damit verfolgen die Währungshüter weiterhin ihr Ziel zum Jahresende hin auslaufender Anleihekäufe. Auslaufende Anleihen werden allerdings bis auf weiteres ersetzt. Entsprechend bleiben kurzfristige Zinsen an den Kapitalmärkten unverändert niedrig. Der Zins für unbesichertes Tagesgeld (EONIA) liegt bei  $-0,3\%$ . Sich über den Kapitalmarkt zu finanzieren, wird für Firmen jedoch teurer. Dies lässt sich auf die verringerte Anzahl an Käufen von Unternehmensanleihen durch die Notenbanken, Risiken in der globalen Handelspolitik, Instabilitäten in manchen Schwellenländern und die Haushaltskrise in Italien zurückführen. Der Haushaltsstreit zwischen Italien und der EU-Kommission schlägt sich insbesondere auf dem Markt für Staatsanleihen nieder. Die Differenz der Renditen von deutschen und italienischen Staatsanleihen hat sich auf rund  $3\%$  vergrößert.

Die Kreditvergabe steigt indes weiterhin: Das Volumen der Unternehmenskredite ist im September um  $4,3\%$  und das Volumen der Haushaltskredite um  $3,1\%$  im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Eine steigende Kreditnachfrage trifft dabei auf immer lockerere Kreditvergabestandards. Die Gesamtinflation erreichte im Juni erstmals wieder die  $2\%$ -Marke, aktuell liegt sie bei  $2,2\%$ . Nichtsdestotrotz bleibt die Kerninflation wenig über  $1\%$ . Zwar ist im Auslaufen des Anleihenkaufprogramms eine Normalisierung der Geldpolitik angelegt, zu weiteren Schritten wird sich die Notenbank aber erst entschließen, wenn sich die Verbraucherpreisinflation deutlich dem mittelfristigen EZB-Ziel von knapp  $2\%$  annähert. Die Ankündigungen, dass Rückflüsse aus auslaufenden Anleihen bis auf weiteres wieder angelegt werden und die Leitzinsen bis einschließlich Sommer 2019 nicht angehoben werden, unterstreichen die Absicht der EZB, die Geldpolitik weiterhin expansiv zu halten.

## Öffentliche Finanzen: wieder steigende Defizite im Jahr 2019

Das zusammengefasste öffentliche Defizit im Euroraum sinkt im Jahr 2018 erneut deutlich auf etwa  $0,6\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der wichtigste Grund ist die immer noch recht gute Konjunktur, welche die Sozialhaushalte weiter entlastet. Zudem ist die Zinslast noch rückläufig, weil vor längerer Zeit begebene Schuldtitel weiter durch niedriger verzinsten Papiere ersetzt werden. Die Finanzpolitik ist insgesamt in etwa neutral ausgerichtet. All das wird sich im Jahr 2019 ändern: Die Produktion dürfte kaum noch schneller expandieren als das Produktionspotenzial. Insbesondere dürfte mit der Zahl der Arbeitslosen auch die öffentlichen Ausgaben für ihre Unterstützung nur noch wenig sinken. Auch die Zinskosten sinken nur in geringem Umfang, für Italien haben sie wegen der gestiegenen Risikoprämien in diesem Herbst wieder zugenommen. Schließlich wird die Finanzpolitik im nächsten Jahr in den zwei großen Mitgliedstaaten Deutschland und Italien expansiv. Alles in allem dürfte deshalb das zusammengefasste Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum im Jahr 2019 von  $0,6\%$  auf  $0,9\%$  steigen (2020:  $0,8\%$ ).

Dabei ist die Prognose der Haushaltslage in Italien besonders unsicher, denn die Finanzinvestoren drohen dem Land ihr Vertrauen zu entziehen, und auch mit der Europäischen Kommission ist die italienische Regierung über ihren Haushaltsplan für 2019 in Konflikt geraten. Hatte die Vorgängerregierung noch ein Defizit von  $0,8\%$  angestrebt, sollen es nun  $2,4\%$  sein. Den Unterschied machen vor allem der Verzicht auf eine Mehrwertsteuererhöhung und die geplante Einführung eines Bürgereinkommens aus. Zudem haben sich die konjunkturellen Aussichten eingetrübt. Dem Haushaltsplan der Regierung liegt eine immer noch sehr optimistische Wachstumsprognose von  $1,5\%$  zugrunde. Italien hat auf die Aufforderung der Kommission vom Oktober, den Haushaltsentwurf im Sinn der im europäischen Rahmen vereinbarten Stabilitätsziele abzuändern, nur mit marginalen Änderungen reagiert. Im November ist die Kommission deshalb zum Ergebnis gekommen, dass die Bedingungen für ein Verfahren bei Vorliegen eines übermäßigen Defizits erfüllt seien. Es ist zu erwarten, dass der Rat der EU Anfang 2019 ein solches Verfahren beschließen wird.

**Ausblick**

Einschlägige Stimmungsindikatoren sind seit ihren Höchstständen zu Beginn des Jahres deutlich gefallen und deuten im Prognosezeitraum nur auf eine geringfügige Beschleunigung des Produktionszuwachses hin. Insbesondere dürften vor dem Hintergrund gesunkener Auftragseingänge aus dem Ausland die Exporte nur moderat expandieren. Die Konjunktur im gesamten Währungsgebiet wird dabei nicht unwesentlich von Sonderfaktoren in den drei größten Mitgliedsländern bestimmt. So wird die Produktion der deutschen Automobilindustrie ihr vorheriges Niveau nur allmählich wieder erreichen. In Frankreich ist davon auszugehen, dass Straßenblockaden der Protestbewegung den Güterverkehr sowie die Produktion von Raffinerien bereits beeinträchtigt haben. Eine weitere Eskalation würde die dortige Konjunktur wohl nicht unerheblich und auf breiter Basis dämpfen. In Italien wird die zugrundeliegende Nachfrageschwäche durch politische Unsicherheit weiter verstärkt. Zum Jahresende ist dort mit einer technischen Rezession zu rechnen.

Ungeachtet dessen dürfte sich die Einkommenslage der privaten Haushalte im Euroraum aufgrund der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt und kräftiger steigender Löhne weiter verbessern und die Binnenkonjunktur stärken. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2018 um 1,9% und in den beiden Jahren darauf um jeweils 1,6% zulegen (vgl. Tabelle 3 und Tabelle 4).

Der Preisdruck wird zunächst aufgrund des gefallenen Ölpreises und auslaufender Basiseffekte nachlassen. Im weiteren Prognosezeitraum dürften sich jedoch die bereits beobachteten Lohnsteigerungen infolge zunehmender Kapazitätsengpässe verstärken und in stärker steigenden Verbraucherpreisen niederschlagen. Die Inflationsrate dürfte zu Beginn des Jahres 2019 zurückgehen und im Jahresdurchschnitt auf 1,7% (nach 1,8% im Jahr 2018) sinken. Im Jahr darauf steigt sie auf 1,8%. Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird sich fortsetzen. Der Rückgang der Arbeitslosenquote wird sich jedoch weiter verlangsamen. Nach durchschnittlich 8,2% im Jahr 2018 dürfte sie im Jahresdurchschnitt 2019 auf 7,8% und im Jahr darauf auf 7,5% sinken.

**Konjunktur in Großbritannien trotz Brexit-Unsicherheit stabil**

Anfang Dezember 2018 ist völlig offen, ob der zwischen der britischen Regierung und der EU-Kommission ausgehandelte Trennungsvertrag mitsamt der Absichtserklärung über die zukünftigen Beziehungen durch das Unterhaus angenommen wird.<sup>3</sup> Im Fall einer Annahme kommt es nach dem Austritt Ende März zu einer Übergangszeit, die vertragsgemäß Ende 2020 oder, wenn es beide Seiten so beschlüssen, zu einem späteren Zeitpunkt endet. In dieser Zeit würde sich an den Rahmenbedingungen für die meisten Unternehmen und Haushalte wenig ändern, insbesondere bliebe Großbritannien in der Europäischen Zollunion. Wird der Vertrag abgelehnt, kommt es vermutlich zu einem „harten“ Brexit, also einem Austritt Großbritanniens aus der EU ohne begleitenden Vertrag. Allerdings ist für diesen Fall auch nicht auszuschließen, dass Großbritannien und die EU den Austritt aussetzen, um eine erneute britische Volksabstimmung zum Thema zu ermöglichen.

**Tabelle 3**

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

	2017	2018	2019	2020
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	1,9	1,5	1,6
privater Konsum	1,6	1,3	1,5	1,6
öffentlicher Konsum	1,2	1,0	1,3	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	2,4	3,1	3,2	2,7
inländische Verwendung	1,7	1,6	1,8	1,8
Exporte <sup>1</sup>	5,2	2,8	3,2	3,6
Importe <sup>1</sup>	3,9	2,5	3,7	4,2
Außenbeitrag <sup>2</sup>	0,8	0,2	-0,1	-0,1
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	1,5	1,8	1,7	1,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo <sup>4</sup>	-1,0	-0,6	-0,9	-0,8
Leistungsbilanzsaldo	3,1	2,8	1,7	1,1
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote <sup>5</sup>	9,1	8,2	7,8	7,5

<sup>1</sup> Einschließlich Intrahandel. – <sup>2</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>3</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>4</sup> Gesamtstaatlich. – <sup>5</sup> Standardisiert

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

<sup>3</sup> Damit der Vertrag in Kraft tritt, müsste auch noch das Europäische Parlament zustimmen, womit zu rechnen wäre.

Mitte Dezember hat das britische Pfund wegen der Unsicherheit um den Brexit deutlich abgewertet. Davor ließen die Stabilität des Pfunds und die nur leicht nachgebenden Stimmungsindikatoren vermuten, dass die Wirtschaft trotz Skepsis der Medien doch mit einer Annahme des Vertrages rechnet. Dafür spricht auch, dass es im Lauf des Jahres zu keinem Lageraufbau gekommen ist, obwohl im Fall eines harten Brexit Lieferengpässe drohen. Die Konjunktur hat zwar schon bald nach der Volksabstimmung zugunsten des Austritts im Sommer 2016 begonnen zu schwächeln, ein konjunktureller Einbruch ist aber ausgeblieben. Während die Investitionstätigkeit seit längerem verhalten ist, stützt der private Konsum die Konjunktur. Die privaten Haushalte profitieren von einem hohen Beschäftigungsstand und steigenden Lohnzuwächsen.

Die Inflation liegt seit bald schon zwei Jahren über der 2%-Zielmarke der Bank von England, und die Märkte rechnen damit, dass die Zentralbank ihren Leitzins im Lauf des Jahres 2019 vorsichtig von 0,75% auf 1% erhöhen wird. Die Finanzpolitik wird im kommenden Jahr den in den vergangenen Jahren verfolgten Konsolidierungskurs pausieren lassen. So dürfte die Deckelung der Lohnzuwächse im öffentlichen Dienst bald aufgegeben werden. Alles in allem stehen die Chancen gut, dass die Kurzfristfolgen des EU-Austritts für die britische Wirtschaft gering bleiben – wenn der Vertrag mit der EU denn ratifiziert wird. Unter dieser Annahme dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 mit 1,4% und im Jahr 2020 mit 1,5% expandieren, nach 1,3% im Jahr 2018. Im Fall eines harten Brexit ist eine Rezession wahrscheinlich.

### Mittel- und osteuropäische Mitgliedsländer der EU weiter in der Hochkonjunktur

In den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern expandiert die Produktion seit zwei Jahren mit Raten von nahezu 5% per annum ausgesprochen kräftig (vgl. Tabelle 4).

Die wichtigste Quelle der Wachstumsdynamik ist nach wie vor die Einbindung der Volkswirtschaften in die internationalen und insbesondere europäischen Wertschöpfungsketten. Hohe Exportzuwächse gehen dabei mit einer noch stärkeren Expansion der Importe einher. Die Leistungsbilanzen sind aber zumeist in etwa ausgeglichen.

Neben den Investitionen legen auch die privaten Konsumausgaben kräftig zu, denn die Haushalte profitieren von hohen Realeinkommenszuwächsen. Während die Verbraucherpreise (mit den Ausnahmen Ungarns und Rumäniens) nach wie vor nur moderat zulegen, steigen die Löhne mit jährlichen Zuwachsraten von mehr als 6% (Lohnkosten in der gewerblichen Wirtschaft im zweiten Quartal) sehr rasch. Hier schlägt sich die sehr gute Arbeitsmarktlage nieder. Einige Länder attrahieren in großem Umfang Arbeitnehmer aus Osteuropa, insbesondere finden viele Ukrainer Beschäftigung in Polen. Die Arbeitslosenraten sind im Allgemeinen niedrig und im Verlauf des Jahres 2018 kaum mehr gefallen, vermutlich weil Beschäftigungslose häufig aus dem einen oder anderen Grund schwer vermittelbar sind. Der Mangel an Fachkräften ist gegenwärtig das wichtigste Wachstumshemmnis.

Der binnenwirtschaftliche Aufschwung dürfte in den Jahren 2018 und 2019 von wieder üppiger sprudelnden Finanzierungszuflüssen aus EU-Förderprogrammen einen zusätzlichen Schub erhalten. Denn die zunächst nur schleppend angelaufenen Genehmigungen von Fördergeldern aus dem Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 kommen allmählich in Gang. Die Geldpolitik ist etwas gestrafft worden. Insbesondere die tschechische Notenbank hat ihren Leitzins erhöht, seit Sommer 2017 bis zum Herbst 2018 von 0,05% auf 1,5%. Die in Tschechien zuvor übermäßige Kreditexpansion konnte damit eingedämmt werden. Im Jahr 2018 haben auch die ungarische sowie, freilich zögerlich, die rumänische Notenbank ihre Leitzinsen erhöht. Die Finanzpolitik ist im Jahr 2018 in Polen trotz Hochkonjunktur expansiv ausgerichtet gewesen, im Jahr 2019 wird sie dies in Tschechien sein, sodass der Überschuss des dortigen öffentlichen Sektors zurückgehen dürfte.

In der zweiten Jahreshälfte 2018 hat die insbesondere in Mitteleuropa recht bedeutende Autoindustrie wegen fehlender WLTP-Zertifizierungen einen Dämpfer erhalten (vgl. Kasten 1), der aber nur vorübergehend sein dürfte. Allerdings wird die europaweite Verlangsamung der Konjunktur auch in Mittel- und Osteuropa zu spüren sein. Die Wachstumsdynamik bleibt indes hoch. Alles in allem dürfte im Jahr 2018 die Produktionsausweitung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU 4,4% betragen, für das Jahr 2019 ist mit einer Rate von 3,7% zu rechnen, für 2020 mit 3,1%.

**Tabelle 4**  
**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>				Verbraucherpreise <sup>2</sup>				Arbeitslosenquote <sup>3</sup>			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Deutschland	21,4	2,5	1,5	1,4	1,5	1,7	1,8	1,7	1,6	3,8	3,2	3,0	2,9
Frankreich	14,9	2,3	1,6	1,5	1,5	1,2	2,2	1,8	1,8	9,4	9,0	8,7	8,6
Italien	11,2	1,7	0,9	0,6	1,0	1,3	1,3	1,4	1,6	11,2	10,7	10,4	10,0
Spanien	7,6	3,0	2,5	2,3	2,1	2,0	1,8	1,4	1,8	17,2	15,3	14,3	13,8
Niederlande	4,8	3,0	2,6	1,7	1,7	1,3	1,6	1,7	1,8	4,9	3,9	3,4	3,2
Belgien	2,8	1,7	1,5	1,5	1,6	2,2	2,4	1,9	1,8	7,1	6,4	6,2	6,1
Österreich	2,4	2,7	2,6	1,6	1,8	2,2	2,2	2,0	2,0	5,5	5,0	4,8	4,8
Irland	1,9	7,3	7,2	4,1	3,1	0,3	0,7	1,7	1,9	6,7	5,6	5,0	4,8
Finnland	1,5	2,8	2,4	1,8	1,6	0,8	1,2	1,4	1,7	8,6	7,6	7,1	6,7
Portugal	1,3	2,8	2,1	1,5	1,4	1,6	1,4	1,9	2,1	9,0	7,0	6,1	5,8
Griechenland	1,2	1,5	2,2	2,2	1,7	1,1	0,8	0,8	1,2	21,5	19,5	17,1	15,4
Slowakei	0,6	3,2	4,3	4,0	3,4	1,4	2,7	2,5	2,4	8,1	6,9	6,1	5,8
Luxemburg	0,4	1,6	2,8	2,2	3,0	2,1	1,2	1,4	1,7	5,6	5,2	5,2	5,1
Slowenien	0,3	5,3	4,6	3,8	2,9	1,6	2,0	1,6	2,0	6,6	5,3	5,0	5,0
Litauen	0,3	4,2	3,3	3,2	2,9	3,7	2,7	2,5	2,5	7,1	6,3	5,9	5,7
Lettland	0,2	5,0	5,0	4,4	3,3	2,9	2,7	2,5	2,4	8,7	7,5	6,9	6,8
Estland	0,1	4,8	3,8	3,9	2,8	3,6	3,4	2,8	2,2	5,8	5,6	5,4	5,2
Zypern	0,1	4,2	3,7	2,5	2,4	0,7	0,9	1,3	2,0	11,1	8,6	8,5	8,4
Malta	0,1	6,7	6,7	5,0	3,3	1,2	2,0	2,2	2,4	4,0	3,8	3,7	3,7
Euroraum insgesamt	72,9	2,5	1,9	1,5	1,6	1,5	1,8	1,7	1,8	9,1	8,2	7,8	7,5
Euroraum ohne Deutschland	51,6	2,6	2,0	1,6	1,7	1,4	1,8	1,6	1,8	11,0	10,0	9,4	9,1
Großbritannien	15,2	1,7	1,3	1,4	1,5	2,7	2,5	2,2	2,1	4,4	4,1	4,4	4,6
Schweden	3,1	2,4	2,3	1,6	2,1	1,9	2,0	1,3	1,2	6,7	6,3	5,9	5,9
Polen	3,0	4,8	5,2	4,0	3,4	1,6	1,2	1,5	1,9	4,9	3,8	3,7	3,7
Dänemark	1,9	2,3	0,7	1,6	1,6	1,1	0,7	1,1	1,4	5,7	4,9	4,7	4,5
Tschechien	1,2	4,5	2,8	2,6	2,6	2,4	2,1	2,6	2,5	2,9	2,3	2,3	2,3
Rumänien	1,2	6,8	4,4	4,3	3,2	1,1	4,3	3,8	3,3	4,9	4,3	3,9	3,9
Ungarn	0,8	4,4	4,8	3,6	3,0	2,4	3,0	3,3	2,8	4,2	3,7	3,6	3,5
Bulgarien	0,3	3,8	3,1	2,3	3,1	1,2	2,8	2,3	2,4	6,2	5,4	5,0	4,9
Kroatien	0,3	2,9	3,0	2,7	2,4	1,3	1,8	2,0	2,5	11,0	8,6	8,1	8,0
MOE-Länder <sup>4</sup>	8,4	4,8	4,4	3,7	3,1	1,8	2,3	2,4	2,4	5,4	4,4	4,2	4,1
EU 28 <sup>5</sup>	100,0	2,6	2,0	1,7	1,7	1,7	1,9	1,8	1,8	7,7	6,9	6,6	6,4

<sup>1</sup> Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.

<sup>2</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

<sup>3</sup> Standardisiert.

<sup>4</sup> Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

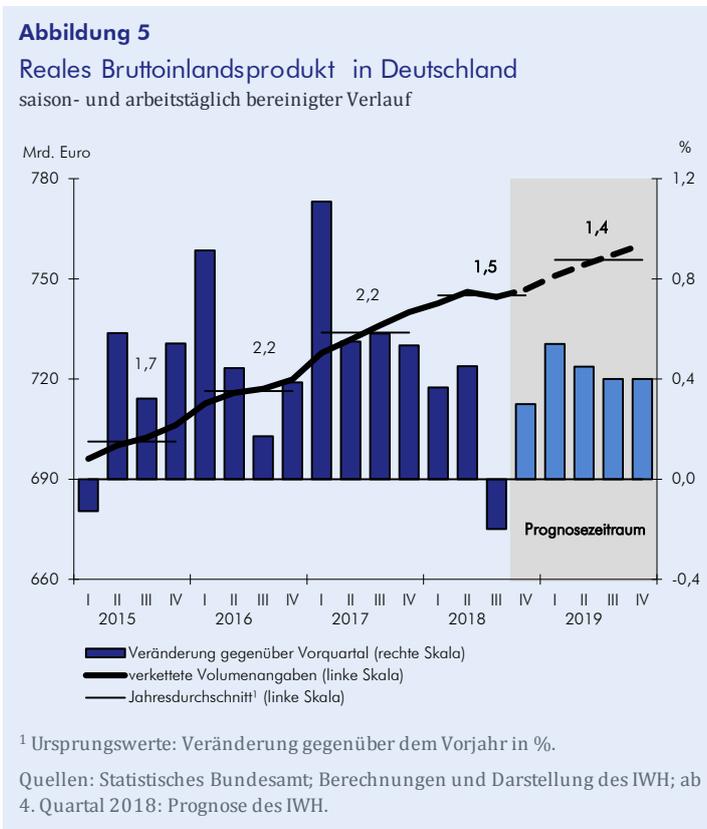
<sup>5</sup> Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2017.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

Das Risiko einer Überhitzung besteht vor allem für die rumänische Wirtschaft. Hier überstieg der von Eurostat erhobene Lohnkostenindex im zweiten Quartal 2018 seinen Vorjahreswert um über 30%, die Verbraucherpreisinflation liegt bei mehr als 4%. Das öffentliche Defizit dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sowohl im Jahr 2018 als auch im Jahr 2019 über der 3%-Marke liegen, und auch das Leistungsbilanzdefizit ist mit etwa 4% derzeit recht hoch.

## Deutsche Konjunktur: Schwächere Auslandsnachfrage und Kapazitätsengpässe

Im zweiten Halbjahr 2018 ist der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ins Stocken geraten. Im dritten Quartal sank die Produktion zum ersten Mal seit dreieinhalb Jahren (vgl. Abbildung 5 und Tabelle 5). Der Rückschlag geht vor



allem auf die Automobilbranche zurück: Weil deutsche Autobauer einen Teil ihrer Angebotspalette noch nicht nach dem ab September eingeführten Abgas-Prüfverfahren zertifiziert hatten, mussten Verkäufe und Produktion von Fahrzeugen erheblich zurückgefahren werden. Zudem wurde die Produktion in der westdeutschen Chemieindustrie durch Transportprobleme wegen des niedrigen Wasserstands des Rheins beeinträchtigt. Beide Effekte zusammen dürften die Wertschöpfung um knapp einen halben Prozentpunkt reduziert und auch den Rückgang des privaten Konsums und der Exporte verursacht haben. Allerdings hätte die Produktion wohl auch ohne diese Dämpfer langsamer expandiert als im ersten Halbjahr 2018 und vor allem als im Jahr 2017. Das Auslandsgeschäft schwächt sich schon seit Beginn des Jahres ab, denn die internationale Konjunktur hat den hohen Schwung des Jahres 2017 nicht halten können, vor allem wohl wegen der hohen politischen Unsicherheiten, welche die Handelskonflikte, der nahende Brexit und der Konflikt um den italienischen Staatshaushalt mit sich bringen. Entsprechend hat sich das ifo

Geschäftsklima im Jahresverlauf in der Tendenz abgekühlt, und gegenwärtig ist nur mehr der Indikator für die Lage überdurchschnittlich hoch, der für die Aussichten liegt im langjährigen Mittel.

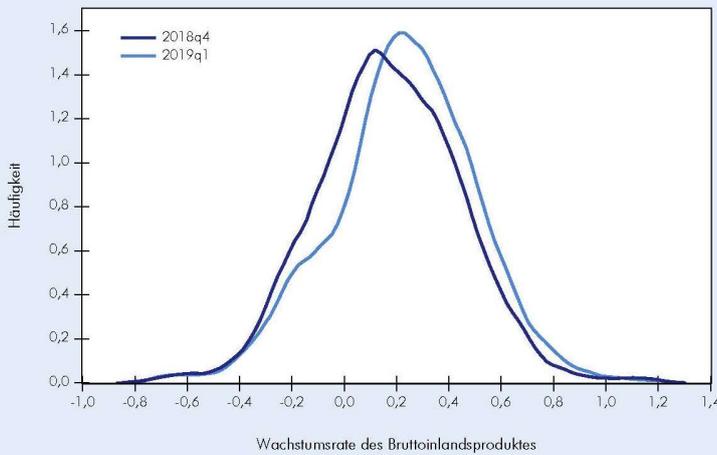
**Tabelle 5**  
**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung<sup>1</sup>**  
 Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,7	0,8	0,1	0,2	0,5	0,3	-0,3	0,4	0,7	0,5	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	0,5	0,4	0,3	0,4	-0,5	0,8	0,2	0,6	0,3	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	2,2	2,7	1,2	0,5	2,1	0,1	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Bauten	2,4	0,7	-0,1	0,2	1,6	0,9	0,9	0,9	0,6	0,6	0,6	0,6
sonstige Anlagen	0,5	0,4	0,2	0,4	-0,5	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Vorratsinvestitionen <sup>2</sup>	-0,4	0,0	0,1	0,0	-0,1	0,2	0,7	-0,1	-0,3	-0,2	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,5	0,8	0,3	0,3	0,4	0,7	0,8	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5
Außenbeitrag <sup>2</sup>	0,7	-0,2	0,4	0,2	0,0	-0,2	-1,0	-0,1	0,2	0,1	0,0	0,0
Exporte	2,3	1,1	1,2	1,7	-0,3	0,8	-0,9	0,3	1,5	1,2	1,2	1,2
Importe	1,1	1,9	0,5	1,4	-0,3	1,5	1,3	0,5	1,1	1,1	1,2	1,4
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,5	0,6	0,5	0,4	0,5	-0,2	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4

<sup>1</sup> Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – <sup>2</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

**Abbildung 6**  
**Einzelindikatorprognosen für das Winterhalbjahr 2018/2019**  
 Verteilung nach Wachstumsraten



Quellen: Statistisches Bundesamt; [IWH-Flash-Indikator vom 20.11.2018](#).

Binnenwirtschaftlich dürfte sich aber der Aufschwung in Deutschland im Lauf des Jahres kaum verlangsamt haben. So nahmen die Ausrüstungsinvestitionen trotz der Lieferschwierigkeiten der Autoindustrie auch im dritten Quartal deutlich zu. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien befindet sich die Bauwirtschaft weiter im Boom. Freilich arbeitet der Wohnungsbau schon seit einiger Zeit an seinen Kapazitätsgrenzen. Hier lagen die Preise im dritten Quartal, gemessen am Preisdeflator, um 4,9% höher als ein Jahr zuvor.

Auch die Verbraucherpreisinflation hat im Jahresverlauf vor allem wegen höherer Energiepreise deutlich zugenommen (2,3% im November). Die höheren Preise können nur teilweise erklären, warum die privaten

Haushalte ihren Konsum im Jahresverlauf nur zögerlich ausgeweitet haben, denn die real verfügbaren Einkommen steigen recht deutlich, vor allem, weil die Beschäftigung bis zuletzt kräftig gestiegen ist, und zwar trotz der Produktionsprobleme auch im Verarbeitenden Gewerbe. Der Lohnanstieg hat sich vor dem Hintergrund gravierender Knappheiten auf den Arbeitsmärkten und weiter sinkender Arbeitslosigkeit beschleunigt.

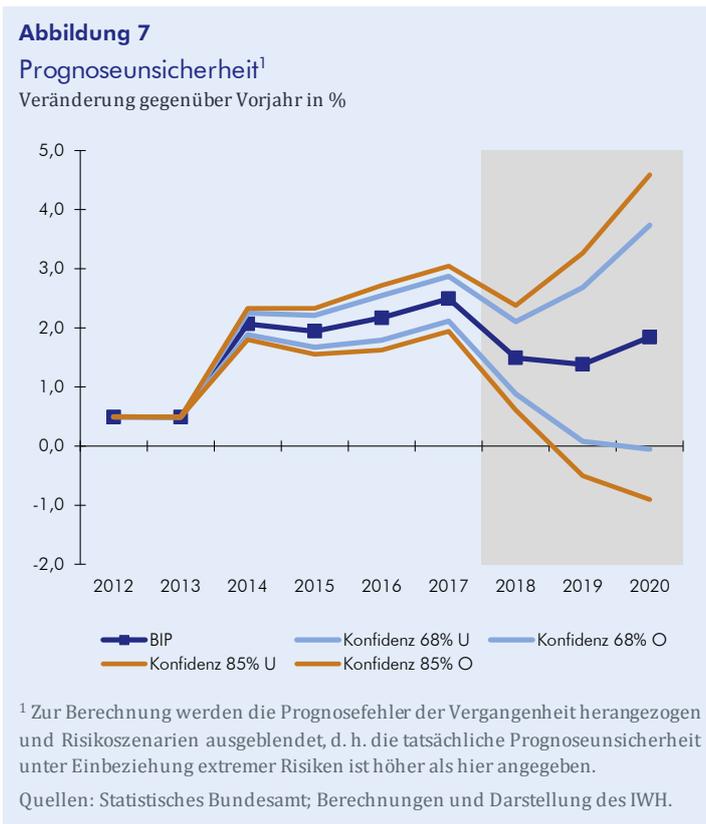
**Tabelle 6**  
**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts<sup>a</sup>**  
 in Prozentpunkten

	2017	2018	2019	2020
Konsumausgaben	1,2	0,8	1,2	1,3
private Konsumausgaben	0,9	0,6	0,9	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,2	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,6	0,5	0,6
Ausrüstungen	0,2	0,3	0,2	0,2
Bauten	0,3	0,3	0,3	0,3
sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,5	-0,1	-0,1
inländische Verwendung	1,9	1,9	1,6	1,8
Außenbeitrag	0,3	-0,4	-0,2	0,0
Exporte	2,1	0,9	1,5	2,5
Importe	-1,8	-1,3	-1,7	-2,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,5	1,4	1,8

<sup>a</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

Ein Hauptgrund für den binnenwirtschaftlichen Aufschwung sind die schon seit einigen Jahren sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. Sie werden aufgrund der weiter expansiven Geldpolitik der EZB auch im Jahr 2019 günstig bleiben, auch wenn die Renditen für Unternehmensschuldtitle seit Jahresbeginn gestiegen sind. Allerdings ist zu erwarten, dass das weniger freundliche außenwirtschaftliche Umfeld nicht nur die Exporte dämpft, sondern bald auch auf Investitionsentscheidungen und Personalpolitik der Unternehmen durchschlagen wird; zunächst wohl im Verarbeitenden Gewerbe, dann auch bei den Dienstleistern. Weiter bremsend wirkt zugleich der Fachkräftemangel am Bau, aber auch in anderen Branchen. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass die Produktion im Jahr 2019 nur noch in etwa so stark zulegt wie die Produktionskapazitäten. Im Winterhalbjahr dürfte die Expansion noch etwas höher ausfallen, denn zum einen dürfte die Autoproduktion nach Überwindung der Zertifizierungsprobleme und Abbau der hohen Lagerbestände wieder hochgefahren werden, zum anderen kommt von der Finanz-



politik Anfang des Jahres ein expansiver Impuls. Aus diesen Gründen beinhaltet die vorliegende Prognose für die kurze Frist eine etwas höhere Dynamik, als der IWH-Flash-Indikator nahelegt (vgl. Abbildung 6 und Tabelle 5).<sup>4</sup>

Alles in allem steigt nach vorliegender Prognose das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2018 um 1,5% und im Jahr 2019 um 1,4% (vgl. Abbildung 5 und Tabelle 6). Für 2020 beinhaltet die Prognose einen wieder höheren Zuwachs von 1,8%, denn es fallen in diesem Jahr deutlich mehr Arbeitstage an als im Jahr 2019 (vgl. Tabelle 7). Arbeitstäglich bereinigt expandiert die Produktion im Jahr 2020 etwas langsamer als das Produktionspotenzial (vgl. Kasten 2). Für das Jahr 2018 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 1,3% bis 1,7%, für das Jahr 2019 von 0,4% bis 2,4% und für das Jahr 2020 von 0,2% bis 3,4% (vgl. Abbildung 7).<sup>5</sup>

Die Risiken für die Konjunktur in Deutschland entsprechen im Wesentlichen denen für die Weltwirtschaft. Freilich haben die mit dem Brexit und dem

Konflikt um den italienischen Staatshaushalt verbundenen Unsicherheiten für Deutschland als in beiden Fällen engem Handelspartner des jeweils betroffenen Landes eine besondere Bedeutung.

**Tabelle 7**  
**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**  
 in % bzw. Prozentpunkten

	2017	2018	2019	2020
statistischer Überhang <sup>a</sup>	0,5	0,8	0,2	0,6
Jahresverlaufsrate <sup>b</sup>	2,8	0,9	1,8	1,3
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,5	1,5	1,4	1,5
Kalendereffekt <sup>c</sup>	-0,3	0,0	0,0	0,4
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich <sup>d</sup>	2,2	1,5	1,4	1,8

<sup>a</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>b</sup> Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – <sup>c</sup> In % des realen BIP. – <sup>d</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

Darüber hinaus würde die Einführung hoher US-Zölle auf Automobilimporte wegen der großen Bedeutung der Branche hierzulande die deutsche Konjunktur wohl besonders treffen. Mit dem Automobilsektor sind noch andere Risiken verbunden: In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass der Produktionseinbruch vom Herbst nach Behebung des Zertifizierungsstaus wieder verschwindet. Es ist aber auch denkbar, dass er sich als hartnäckiger erweist, wenn er nämlich zum Teil nachfragebedingt war. So dürfte mit dieselgetriebenen Fahrzeugen eine Produktklasse an Attraktivität eingebüßt haben, die für deutsche Anbieter eine besondere Bedeutung hat.

<sup>4</sup> Vgl. Heinisch, K.: IWH-Flash-Indikator IV. Quartal 2018 und I. Quartal 2019.

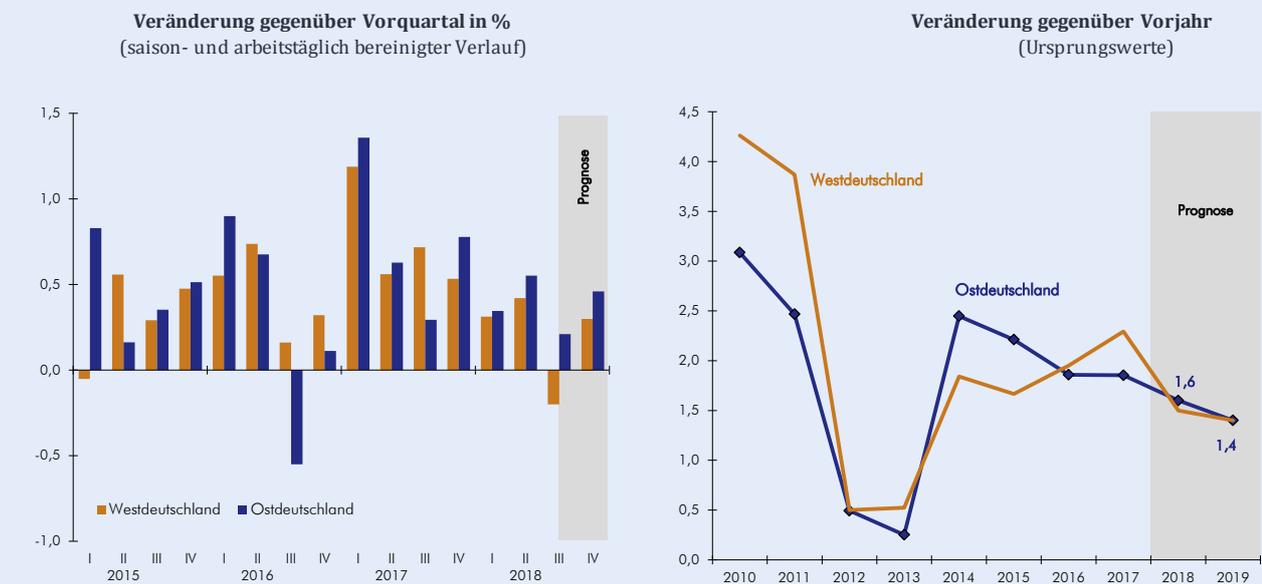
<sup>5</sup> Das 66%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben. Darüber hinaus dürfte das Bruttoinlandsprodukt für die Vergangenheit ebenso in den kommenden Jahren revidiert werden, wie Abbildung Prognoseintervall für die Jahre 2014-2017 zeigt. Zur Methode des Backcasting, vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (1), 2014, 18-19.

Allgemeiner gesagt könnte ein von vielen Experten erwarteter Strukturwandel der Automobilindustrie rascher notwendig werden, als hier unterstellt, und schon kurzfristig die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland belasten.

### Produktion in Ostdeutschland profitiert von steigenden verfügbaren Einkommen

Die Faktoren, welche die gesamtdeutsche Konjunktur dämpfen, gelten im Prinzip auch für Ostdeutschland:<sup>6</sup> Knappheiten bei qualifizierten Arbeitskräften sind hier sogar eher noch gravierender als im Westen. Außerdem ist die ostdeutsche Wirtschaft zwar insgesamt weniger exportorientiert als die westdeutsche, aber ein besonders hoher Anteil der ostdeutschen Exporte geht ins europäische Ausland, wo sich die Konjunktur besonders deutlich verlangsamte hat. Schließlich hängt die Wertschöpfung der Autofabriken, von denen ein Teil in Ostdeutschland steht, enger an der laufenden Produktion als die Wertschöpfung an den westdeutschen Firmensitzen. Allerdings dürfte eine im Osten besonders deutliche Expansion der verfügbaren Einkommen die ostdeutschen Haushalte veranlassen, ihre Konsumausgaben kräftig auszuweiten. Darauf deuten die guten Stimmungsindikatoren im ostdeutschen Einzelhandel hin.

**Abbildung 8**  
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte die Produktion in Ostdeutschland mit 1,6% expandieren (Gesamtdeutschland: 1,5%), vgl. Abbildung 8.<sup>7</sup> Für das Jahr 2019 ist ebenfalls mit einem Zuwachs um 1,4% zu rechnen (Deutschland ebenfalls 1,4%). Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit dürfte von 7,6% im Jahr 2017 auf 6,9% im Jahr 2018 und 6,6% im Jahr 2019 sinken.

<sup>6</sup> Die Synchronisation zwischen ostdeutschem und westdeutschem Konjunkturzyklus ist jedoch seit dem Jahr 2016 wieder schwächer. Vgl. Gießler, S.; Heinisch, K.; Holtemöller, O. (2018): (Since When) Are East and West German Business Cycles Synchronized? IWH Discussion Paper, im Erscheinen.

<sup>7</sup> Die Prognose des laufenden Quartals folgt dem Ansatz von Claudio, J. C.; Heinisch, K.; Holtemöller, O. (2018): Nowcasting East German GDP Growth: A MiDaS Approach. IWH Discussion Paper, im Erscheinen.

**Kasten 2**

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH wendet zur Bestimmung des Produktionspotenzials die Methode an, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Auf Basis der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum 2018 bis 2023 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,5% (vgl. Tabelle K2).

**Tabelle K2:**

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent<sup>a</sup>

	1995-2017 <sup>b</sup>		1995-2017		2017-2023	
Produktionspotenzial	1,4		1,4		1,5	
Kapitalstock	1,6	(0,6)	1,6	(0,6)	1,4	(0,5)
Solow-Residuum	0,8	(0,8)	0,7	(0,7)	0,8	(0,8)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,1	(0,1)	0,4	(0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,1		-0,1		0,0	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,4	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,5		0,0	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,3		1,3		1,2	

<sup>a</sup> Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – <sup>b</sup> Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

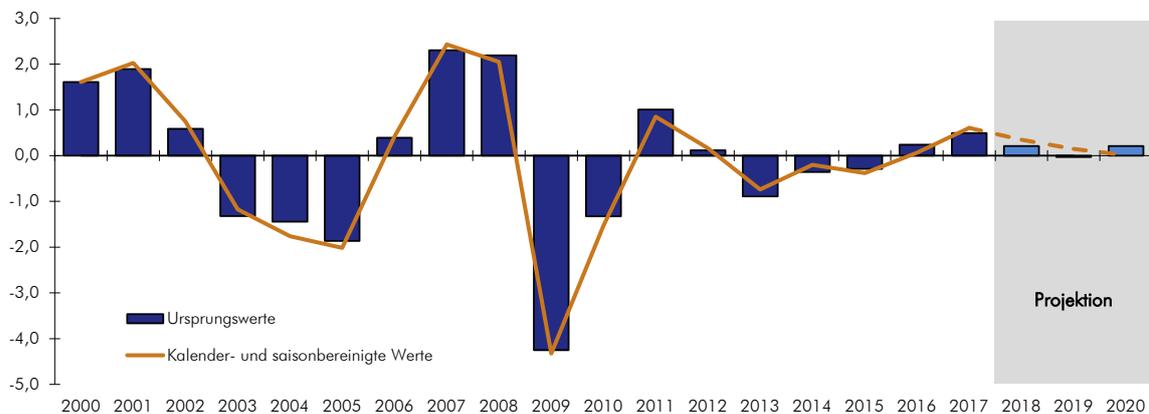
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die jährliche Zuwachsrate des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,8% im Jahr 2018 auf -0,1% im Jahr 2023 spürbar rückläufig sein. Dieser Schätzung liegen folgende Projektionen zu Grunde: Unter der Annahme einer abgeschwächten Fluchtmigration und einer sich bis 2020 weiter abschwächenden sonstigen Zuwanderung wird von einer Verringerung des Wanderungssaldos von 350 000 Personen im Jahr 2018 auf 200 000 Personen im Jahr 2020 ausgegangen. Für die Jahre 2021 bis 2023 wird gleichbleibend ein jährlicher Saldo von 200 000 Personen angenommen. Trotz eines durchgängig positiven Wanderungssaldos wird sich aufgrund des allgemeinen demographischen Wandels ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) um gut 200 000 Personen auf 62 Mio. im Jahr 2023 einstellen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird vor dem Hintergrund einer nach wie vor zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen sowie einer wachsenden Erwerbsbeteiligung von Geflüchteten von 74,2% im Jahr 2018 auf 75,4% im Jahr 2023 weiter steigen. Ausgehend von einer anhaltend guten Arbeitsmarktlage wird die strukturelle Erwerbslosenquote im Jahr 2023 mit 3,4% nur geringfügig höher liegen als im Jahr 2018 (3.3%).

**Abbildung K2:**

Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der totalen Faktorproduktivität wird im Projektionszeitraum 0,8% betragen. Der Kapitalstock dürfte um durchschnittlich 1,4% pro Jahr ausgeweitet werden. Wird bei der Berechnung der Produktionslücke die um den Kalendertageeffekt bereinigte Prognose des Bruttoinlandsprodukts zugrunde gelegt, ergibt sich eine Produktionslücke von 0,2% im Jahr 2018. In den Jahren 2019 und 2020 wird die Produktionslücke annähernd geschlossen sein (vgl. Abbildung K2).

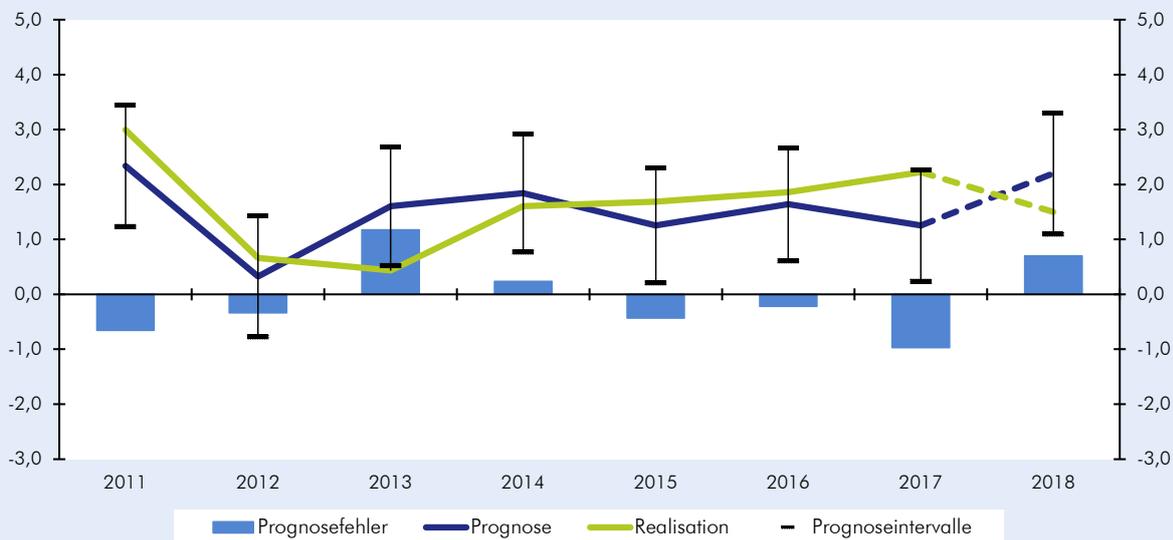
### Analyse des Prognosefehlers für das Jahr 2018

Im Jahr 2018 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 1,5% zugelegt haben. In der Prognose des IWH vom 14. Dezember 2017 wurde dagegen eine recht hohe Zuwachsrate von 2,2% prognostiziert. Der aus heutiger Sicht zu erwartende Prognosefehler ist relativ zu denen der IWH-Prognosen früherer Jahre groß (vgl. Abbildung 9).

**Abbildung 9**

Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr

Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Ein kleiner Teil des Fehlers (0,1 Prozentpunkte) ist darauf zurückzuführen, dass die amtliche Statistik die Produktion im zweiten und im dritten Quartal 2017 nach Veröffentlichung der Prognose im Dezember 2017 herunterrevidiert hat. Daraus ergibt sich ein etwas niedrigerer Startwert für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018. Ein weiterer Grund für die deutlich niedrigere Zuwachsrate sind die Zulassungsprobleme im Automobilsektor im zweiten Halbjahr (vgl. Kasten 1), welche den gesamtwirtschaftlichen Zuwachs 2018 um etwa zwei Zehntel Prozentpunkte senken dürften und Ende 2017 kaum absehbar waren. Aus heutiger Sicht wäre die Prognose aber auch zu optimistisch gewesen, selbst wenn es die beiden genannten Effekte nicht gegeben hätte.

Deutlich zu hoch (in Wachstumsbeiträgen um 2,1 Prozentpunkte) war die Exportprognose von 6,2% (aktuelle Prognose: 1,9%). Die Welthandelsprognose ist dagegen nur leicht, von 3,8% Ende 2017 auf 3,5% im vorliegenden Jahresausblick, reduziert worden,<sup>8</sup> die Prognose für die Weltproduktion steht unverändert bei 3,2%. Ebenfalls zu stark wurde im Jahresausblick 2018 der Zuwachs im privaten Konsum veranschlagt: Statt der damaligen 2% lautet die aktuelle Prognose 1,1%. Die Bruttoanlageinvestitionen sind dagegen recht gut getroffen worden (Jahresausblick 2018: 3,3%; Jahresausblick 2019: 3%). Dabei wurde die Dynamik der Bauinvestitionen allerdings unterschätzt und die der Ausrüstungs- und der sonstigen Anlageinvestitionen überschätzt, die der letzteren deutlich. Die zu optimis-

<sup>8</sup> Die jüngste Welthandels-Prognose der OECD (November 2018) beträgt 3,9%.

tischen Prognosen bei den Exporten und in geringerem Maß bei den Ausrüstungsinvestitionen und beim privaten Konsum zogen schließlich eine deutliche Überschätzung der Importe nach sich.

Der Prognosefehler von 0,7 Prozentpunkten beim Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts geht zu jeweils reichlich einem halben Prozentpunkt auf die Überschätzung der Nettoexporte und auf die des privaten und öffentlichen Konsums zurück. Dagegen liegt in der aktuellen Prognose der Wachstumsbeitrag des Lagers einen halben Prozentpunkt höher als zum Jahresausblick 2018. Hier dürfte sich die Produktion auf Lager von noch nicht zertifizierten Kraftfahrzeugen im Sommerhalbjahr niederschlagen.

### Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,15 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte in etwa konstant bleiben. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2018 um 3,5% zulegen. Im Jahr 2019 steigt er nach vorliegender Prognose um 3,4% und im Jahr 2020 um 3,3%. Ferner wird davon ausgegangen, dass der Hauptrefinanzierungssatz der EZB im vierten Quartal 2019 erstmals auf 0,25% und im Jahr 2020 nochmals um 25 Basispunkte angehoben wird. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2018 bei 71,4 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 67 US-Dollar, und im Jahr 2020 bei 69 US-Dollar.

### Monetäre Rahmenbedingungen in Deutschland weiter sehr günstig

Der deutsche Staat zahlt für seine Schulden mit rund 0,3% (10-jährige Staatstitel) weiterhin die niedrigsten Zinsen im Euroraum. Der Euroraum-Durchschnitt liegt aktuell bei rund 1,3%. Umlaufrenditen für deutsche Unternehmensanleihen liegen allerdings bei 2,8%, ein Höchststand seit Anfang 2016. Die Differenz zwischen den Renditen deutscher Unternehmensanleihen und Staatsanleihen hat sich somit deutlich vergrößert. Dies ist unter anderem wohl auf die gestiegenen makroökonomischen Risiken im Euroraum zurückzuführen. Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte sind aber unverändert günstig, und die deutschen Banken verzeichneten auch in den letzten Monaten eine gestiegene Kreditnachfrage. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist das Kreditvolumen allerdings mit knapp 49% im Herbst 2018 nicht höher als im Jahr 2017. Eine Kreditblase lässt sich somit auch weiterhin nicht erkennen.

Die aktuelle Umfrage des Bank Lending Survey (BLS) deutet weiter auf eine positive Stimmung hin. Banken erwarten, dass die Nachfrage nach Krediten sowohl im Euroraum als auch in Deutschland weiter zunehmen wird. Insbesondere für Firmenkredite erwarten die Banken in den kommenden Monaten eine stark steigende Nachfrage. Die monetären Rahmenbedingungen werden somit wohl auch im Jahr 2019 die Konjunktur in Deutschland stützen.

### Spürbare Impulse von der Finanzpolitik

Im Jahr 2019 schwenkt die Finanzpolitik auf einen expansiveren Kurs ein. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere die nach und nach anlaufenden Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Frühjahr 2018. In dieser Prognose sind nicht nur die bereits verabschiedeten, sondern auch alle hinreichend spezifizierten geplanten Maßnahmen berücksichtigt (vgl. Tabelle 8).

So wird zu Beginn des Jahres bei der Einkommensteuer der Grund- und der Kinderfreibetrag angehoben und die Tarifeckwerte zum Ausgleich der Kalten Progression werden um 1,8% verschoben. Auch die Belastung der privaten Haushalte mit Sozialbeiträgen wird sich insgesamt verringern. Zwar steigt der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte. Dagegen wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte reduziert und auch der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung dürfte im Durchschnitt um 0,1 Prozentpunkt auf 0,9% sinken. Darüber hinaus entlasten die Verringerung des Mindestbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige und die Ausweitung der Gleitzone im Midijobbereich. Spürbare Impulse liefert auch die Ausweitung monetärer Sozialleistungen. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung

betrifft dies insbesondere die Mütterrente, aber auch die Verbesserungen für Erwerbsgeminderte. Zudem wurde im Herbst 2018 rückwirkend zum 1. Januar ein Baukindergeld eingeführt, welches allmählich abgerufen werden dürfte.

**Tabelle 8****Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1</sup>**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2018	2019	2020
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften</b>			
Alterseinkünftegesetz	-1,3	-1,4	-1,4
Erhöhung des Kindergeldes, des Grund- und Kinderfreibetrags und Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif 2017 und 2018	-3,4	-0,8	-0,3
weitere Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 01.01.2019 und zum 01.01.2020		-1,0	-2,2
Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 01.01.2019 und zum 01.01.2020		-2,0	-2,2
Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften	-0,6	0,1	0,0
Wegfall von Altkapitalerstattungen	2,4	0,1	0,0
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	-0,4	-1,3	0,1
Jahressteuergesetz 2018	0,0	-0,1	0,2
steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben		-0,7	-0,8
sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>2</sup>	0,1	0,0	-0,2
LKW-Maut auf allen Bundesstraßen und Anhebung der Mautsätze zum 1. Januar 2019	0,8	1,7	0,0
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>			
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2018 um 0,1 Prozentpunkt auf durchschnittlich 1,0% und zum 01.01.2019 um 0,1 Prozentpunkt auf durchschnittlich 0,9%	-1,0	-1,2	-0,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2018 um 0,1 Prozentpunkt auf 18,6%	-1,2	-0,1	-0,1
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,5%		-5,6	-0,1
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2018 um 0,03 Prozentpunkte	-0,3	0,0	0,0
Ausweitung der Gleitzone im Midijobbereich zum 1. Januar 2019		-0,4	0,0
Änderung der Mindestbeiträge von Selbständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung		-0,8	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,05%		7,3	0,1
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>			
Bundesteilhabegesetz	-0,3	0,0	-0,2
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 <sup>4</sup>	-2,0	-1,0	1,0
Investitionsprogramm zur Mikroelektronik	-0,2	0,0	0,0
Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt	-0,1	0,0	0,1
Mobilitätsfonds/Kaufbonus E-Mobilität	-0,5	0,0	0,0
Auslaufen der Fluthilfemaßnahmen	0,2	0,3	0,3
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 <sup>6</sup>		-2,3	-2,5
paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung ab 1. Januar 2019		-0,9	0,0
Reform des BAföG		-0,1	-0,3
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019		-1,1	-0,8
Baukindergeld	-0,1	-0,4	-0,2
Erhöhung des Kinderzuschlags		-0,2	-0,2
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung		0,0	-0,2
zusätzliche Mittel für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt	-0,3	-0,6	-0,1
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	-0,4	-0,6	0,4
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz		-0,3	-0,3
Mehrausgaben für regionale Strukturpolitik und ländliche Räume	-0,2	-0,2	-0,1
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>			
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode <sup>3</sup>	-0,2	-0,7	-0,2
Verlängerung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte		-0,1	-0,1
Aufstockung der Mütterrente		-3,8	-0,1
Grundrente			-1,2
zweites Pflegestärkungsgesetz	0,6	0,0	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz		-1,9	-0,3
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	-0,3	-0,1	-0,1
Integrationsgesetz	0,2	0,0	0,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	-0,1	-0,1	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz		-0,6	-0,0
<b>insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)<sup>5</sup></b>	<b>-8,6</b>	<b>-21,2</b>	<b>-12,2</b>
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,3	-0,6	-0,3

<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – <sup>2</sup> Reform der Investmentbesteuerung, Änderung des Einkommensteuergesetzes im Rahmen der Hilfen für Milchbauern, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Überarbeitung des BMF-Schreibens vom 10. Januar 2014 zur Steuerermäßigung bei Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – <sup>3</sup> Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – <sup>4</sup> investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – <sup>5</sup> Differenzen durch Rundungsfehler. – <sup>6</sup> Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Zur Mitte des Jahres 2019 wird darüber hinaus das Kindergeld deutlich erhöht und auch die BAföG-Leistungen sollen im kommenden Jahr aufgestockt werden. Weitere Impulse dürften von diversen zusätzlichen investiven Maßnahmen, etwa dem Breitbandausbau oder dem Digitalpakt für Schulen, ausgehen, die im Jahr 2019 nach und nach anlaufen. Weitere staatliche Mehrausgaben sind für Personalaufstockungen in den Bereichen Pflege, innere Sicherheit und Justiz sowie für die Verteidigung vorgesehen. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2019 auf 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Nach dem Anlaufen eines Großteils der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag im Jahr 2019 schwächt sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik im Jahr 2020 wieder ab. Stimulierend wirken die weitere Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags und die neuerliche Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer.

Weitere steuerliche Entlastungen ergeben sich aus der geplanten Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Auch ist die Einführung einer Grundrente geplant, durch die sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöhen. Darüber hinaus stimuliert das weitere Anlaufen zusätzlicher investiver Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die übrigen im Jahr 2019 angelaufenen expansiven finanzpolitischen Maßnahmen liefern im Jahr 2020 kaum zusätzliche Impulse. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt beläuft sich der finanzpolitische Impuls im Jahr 2020 auf 0,3%.

### Beschäftigungsaufbau wird schwächer

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich erneut verbessert. Obwohl die Produktion im dritten Quartal 2018 rückläufig war, lag die Beschäftigung um 117 000 Personen bzw. 0,3% über dem Stand im Vorquartal. Mit der gleichen Zuwachsrate stieg das Arbeitsvolumen. Außer bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern nahm die Beschäftigung in allen Wirtschaftsbereichen zu, wobei die stärksten Zuwächse in den Bereichen Information und Kommunikation, Baugewerbe, Öffentliche Dienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen zu verbuchen waren. Bemerkenswert ist, dass die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe trotz des kräftigen Produktionsrückgangs von 1,0% um 0,3% zugenommen hat.

Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau erneut von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die um 153 000 Personen bzw. 0,5% zunahm. Davon waren mehr als die Hälfte Vollzeitstellen. Etwa die Hälfte der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung entfiel auf Ausländer. Die Zahl der Personen, die ausschließlich einen Minijob haben, ging gegenüber dem Vorjahresquartal erneut zurück (69 000 bzw. -1,5%). Hingegen stieg die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten im Nebenjob gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 135 000 Personen bzw. 5,0%. Bei der selbstständigen Beschäftigung hat sich der seit dem Jahr 2012 zu beobachtende Rückgang fortgesetzt. Dies dürfte durch die anhaltend günstige Arbeitsmarktlage bedingt sein, die vor allem für Solo-Selbstständige<sup>9</sup> die Chancen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöht hat.<sup>10</sup> Der Anteil von Personen aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern<sup>11</sup> an der Beschäftigung<sup>12</sup> beträgt 0,9%.

Infolge des anhaltend kräftigten Beschäftigungsaufbaus zeigen sich in einzelnen Segmenten zunehmend Knappheiten von Arbeitskräften.<sup>13</sup> Dies zeigt sich beispielsweise bei zunehmenden Rekrutierungsproblemen von qualifiziertem Personal. So nimmt die durchschnittliche Dauer bis zur Stellenbesetzung zu: Die durchschnittliche Vakanzzeit beträgt

---

<sup>9</sup> Unter Solo-Selbstständige werden Selbstständige ohne weitere Mitarbeiter verstanden. Im Jahr 2017 waren 1,94 Millionen Personen bzw. 5,2% aller Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren Solo-Selbstständige. Vgl. Statistisches Bundesamt: [Pressemitteilung Nr. 318 vom 27.08.2018: Anteil der Normalarbeitsverhältnisse blieb 2017 stabil](#).

<sup>10</sup> Vgl. Fuchs, J.; Gehrke, B.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Zika, G.: IAB-Prognose für 2018/2019: Aufschwung bleibt, verliert aber an Tempo, in: [IAB-Kurzbericht, 21/2018, 6](#). Etwa 70% des Rückgangs der Zahl der Selbstständigen zwischen den Jahren 2016 und 2017 entfällt auf die Solo-Selbstständigen. Vgl. Statistisches Bundesamt: [Pressemitteilung Nr. 318 vom 27.08.2018: Anteil der Normalarbeitsverhältnisse blieb 2017 stabil](#).

<sup>11</sup> Dabei handelt es sich um Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

<sup>12</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

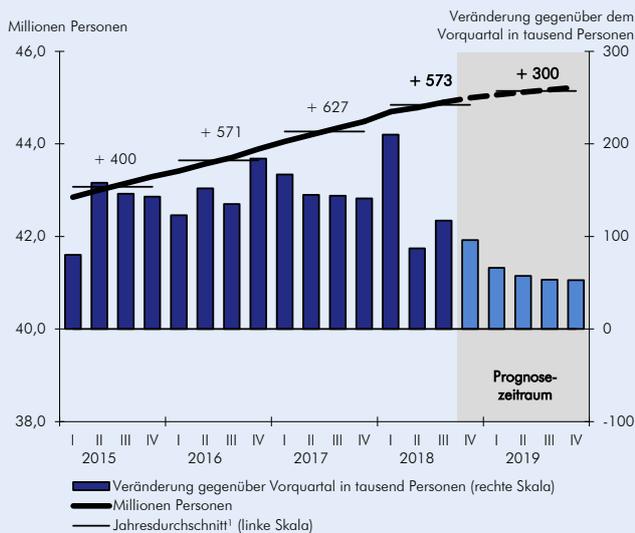
<sup>13</sup> Vgl. Fuchs, J.; et al., 4; siehe auch: Bundesagentur für Arbeit: [Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Fachkräfteengpassanalyse, Nürnberg, Juni 2018](#).

gegenwärtig 107 Tage und liegt damit um sieben Tage über dem Vorjahreszeitraum.<sup>14</sup> Auch sichern sich die Unternehmen ihr Fachpersonal, was am deutlich gesunkenen Risiko, arbeitslos zu werden, sichtbar wird.<sup>15</sup> Dies zeigt sich auch darin, dass die Zahl der Erwerbstätigen, die den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben und dafür auch zur Verfügung stehen, im Jahr 2017 um 195 000 Personen bzw. 7,4% gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.<sup>16</sup>

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag im dritten Quartal 2018 um 35 000 Personen unter dem Stand des Vorquartals. Der Rückgang setzte sich bis November 2018 fort. Dabei ging seit September 2018 auch die Zahl der arbeits-

**Abbildung 10****Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

44 000 Personen zurück. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 573 000 Personen bzw. 1,3% steigen (vgl. Tabelle 9). Die registrierte Arbeitslosigkeit wird um etwa 190 000 Personen unter dem Vorjahreswert liegen. Die Arbeitslosenquote<sup>18</sup> beträgt 5,2%. Im Verlauf des Jahres 2019 wird sich der Beschäftigungsaufbau wegen der weiterhin insgesamt positiven Entwicklung der Produktion – wenn auch abgeschwächt – fortsetzen. Dafür sprechen der sehr hohe Bestand an offenen Stellen, das ifo Beschäftigungsbarometer sowie das IAB-Arbeitsmarktbarometer.<sup>19</sup> Eine wichtige Rolle spielt dabei die weitere Erhöhung des Arbeitsangebots.<sup>20</sup> Allerdings wird die

losen Personen im Kontext von Fluchtmigration zurück, obwohl weniger arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für diese Personengruppe durchgeführt wurden. Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit war erneut deutlich geringer als der Beschäftigungsaufbau, da das Erwerbspersonenpotenzial weiter stark zugenommen hat. Die Nettozuwanderung betrug im Jahr 2017 416 000 und im ersten Halbjahr 2018 214 000 Personen. Neben der starken Zuwanderung resultiert der Zuwachs des Erwerbspersonenpotenzials nach wie vor auch aus der steigenden Erwerbsbeteiligung. Dies betrifft vor allem Frauen sowie ältere Personen. So war die Erwerbsbeteiligung von Personen im Alter von 60 bis 64 Jahren im zweiten Quartal 2018 um 0,7 Prozentpunkte höher als im Vorjahresquartal.<sup>17</sup>

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich im vierten Quartal 2018 fortgesetzt haben. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm wohl um 96 000 Personen bzw. 0,2% zu (vgl. Abbildung 10). Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im gleichen Zeitraum um

<sup>14</sup> Die durchschnittliche Vakanzeit wurde als gleitender Jahresdurchschnitt (Mai 2017 bis April 2018) berechnet, wobei Helfer ausgenommen wurden. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Berichte: [Blickpunkt Arbeitsmarkt- Fachkräfteengpassanalyse, Nürnberg, Juni 2018](#).

<sup>15</sup> Gemessen wird dies am sogenannten Zugangsrisiko. Dies gibt das Risiko an, aus Beschäftigung heraus im nächsten Monat arbeitslos zu werden. Es bezieht die Arbeitslosmeldungen von zuvor sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) auf den Beschäftigungsbestand des jeweiligen Vormonats. Danach meldeten sich im gleitenden Jahreszeitraum November 2017 bis Oktober 2018 – jüngere Daten liegen nicht vor – monatsdurchschnittlich 0,66% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitslos. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug das Zugangsrisiko 0,69%. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: [Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht, November 2018, Nürnberg 2018](#), 14.

<sup>16</sup> Hingegen ist die Zahl der Beschäftigten, die weniger arbeiten wollten, um 234 000 bzw. 20,2% gestiegen. Vgl. Statistisches Bundesamt: [Pressemitteilung Nr. 260 vom 13.07.2018: Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial im Jahr 2017: 5,1 Millionen Menschen wollen \(mehr\) Arbeit](#).

<sup>17</sup> Vgl. hierzu: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment\\_unemployment\\_ifs/data/database](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_ifs/data/database).

<sup>18</sup> Definition der Bundesagentur für Arbeit.

<sup>19</sup> Vgl. Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 27.11.2018: [IAB-Arbeitsmarktbarometer: Arbeitsmarkt zieht nochmals an](#).

<sup>20</sup> So geht das IAB von einer Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2019 um etwa 210 000 Personen aus, nach 260 000 Personen im Jahr 2018. Vgl. Fuchs, J., et al., 8f.

Nettozuwanderung deutlich abnehmen.<sup>21</sup> Im Jahresdurchschnitt 2019 dürfte die Erwerbstätigkeit um 300 000 Personen bzw. 0,7% steigen. Im Jahr 2020 wird der Beschäftigungsaufbau mit ca. 210 000 bzw. 0,5% schwächer ausfallen. Dabei wird die Zunahme der Erwerbstätigkeit wohl auch weiterhin ausschließlich von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen werden. Im Verlauf des Jahres 2019 dürfte die Arbeitslosigkeit weiter abnehmen. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2019 bei 4,9% und im Jahr 2020 bei 4,7% liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial wird im Prognosezeitraum weiter steigen.<sup>22</sup>

**Tabelle 9****Erwerbstätigkeit nach Beschäftigungsgruppen in Deutschland 2017 und 2018**

	2017	2018	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	39 975	40 610	635	1,6
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32 234	32 944	710	2,2
Geförderte <sup>1</sup>	125	115	-10	-8,0
nicht geförderte	32 109	32 829	720	2,2
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 742	4 678	-64	-1,3
sonstige	2 999	2 988	-11	-0,4
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 294	4 232	-62	-1,4
geförderte Selbstständigkeit	27	24	-3	-11,1
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 267	4 208	-59	-1,4
Erwerbstätige (Inland)	44 269	44 842	573	1,3
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	265	235	-30	-11,3
geförderte Erwerbstätige <sup>2</sup>	152	139	-13	-8,6
Kurzarbeit	113	96	-17	-15,0
ungeförderte Erwerbstätigkeit	44 004	44 607	603	1,4
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,6	0,5		

<sup>1</sup> Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – <sup>2</sup> Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2018: Prognose des IWH.

**Kräftige Tariflohnsteigerungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe**

Die Tarifverdienste dürften im Jahr 2018 mit 2,9% recht kräftig gestiegen sein (vgl. Tabelle 10). So erhielten im Baugewerbe die Beschäftigten im Schnitt 4,3% mehr Lohn und Gehalt (3,3% ohne Sonderzahlungen). Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe kam es durch eine Reihe von neuen Tarifabschlüssen zu einer Tarifloohnerhöhung von durchschnittlich 3,5%. Dabei hatten die Beschäftigten in der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, im Maschinenbau, in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und im Sonstigen Fahrzeugbau besonders hohe Tariflohnsteigerungen um jeweils 3,9%. Auch im Dienstleistungsbereich gab es einzelne kräftige Lohnsteigerungen wie beispielsweise bei Post-, Kurier- und Expressdiensten mit 4,3% (3,2% ohne Sonderzahlungen). Kräftige Nachzahlungen erfolgten für die Beschäftigten der Wasserversorgung und der Erbringung von Finanzdienstleistungen im Sommer 2018. Im Jahr 2019 dürfte der Tariflohnanstieg (mit Sonderzahlungen) 2,6% betragen. Es ist bereits derzeit absehbar, dass ebenso wie im Jahr 2018 Sonderzahlungen einen nicht unwesentlichen Anteil am Tariflohnanstieg haben werden. So wird es beispielsweise im Juli 2019 für die Beschäftigten der Metall- und

<sup>21</sup> In der Prognose des IWH ist für das Jahr 2018 eine Nettozuwanderung von ca. 350 000, für 2019 von 250 000 und für das Jahr 2020 von 200 000 Personen unterstellt. Zudem wird angenommen, dass in den Jahren 2019 bis 2020 jährlich etwa 200 000 Asylanträge gestellt werden. Ab dem 1. August 2018 ist der Familiennachzug von engsten Familienangehörigen für subsidiär Schutzberechtigte wieder möglich. Dafür ist ein Kontingent von 1 000 Personen pro Monat vorgesehen. Dies ist in den Prognoseannahmen zur Fluchtmigration berücksichtigt.

<sup>22</sup> Nach Schätzungen des IAB wird das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2018 um 219 000 Personen zunehmen, im Jahr 2018 waren es noch 260 000 Personen. Vgl. Fuchs, J., et al., 8f.

Elektroindustrie eine Sonderzahlung von 400 Euro und 27,54% des Monatsentgelts geben. Da im Jahr darauf diese Sonderzahlungen teilweise wieder entfallen, wird das den Tariflohnanstieg dann etwas bremsen. Insgesamt dürften die Tariflöhne im Jahr 2019 um 2,6% und danach um 2,1% steigen.

**Tabelle 10**  
**Tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Wirtschaftszweig	2017	2018	2019	2020
C Verarbeitendes Gewerbe	2,5	3,5	3,0	1,8
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Maschinenbau, Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Sonstigen Fahrzeugbau	2,6	3,9	3,8	1,1
E Wasserversorgung; Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	3,0	2,9	2,9	2,3
F Baugewerbe	2,3	4,3	2,7	2,4
G-S Dienstleistungsbereich	2,5	2,7	2,5	2,1
Post-, Kurier- und Expressdienste	2,2	4,3	3,3	2,0
A-S Gesamtwirtschaft	2,5	2,9	2,6	2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

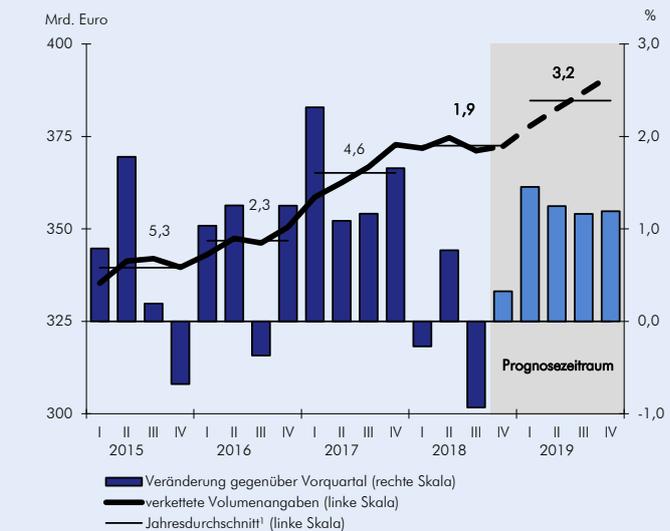
Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten dürften im Jahr 2018 kräftig um 3,2% zugelegt haben. Sie sind damit noch schneller als die Tariflöhne gestiegen. Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Abschwächung werden die Löhne wohl nicht weiter an Dynamik gewinnen und im Jahr 2019 in etwa gleich schnell steigen. Mit Beginn des Jahres 2019 wird der gesetzliche Mindestlohn um knapp 4% auf 9,19 Euro je Stunde erhöht; im Jahr 2020 wird er erneut steigen, auf dann 9,35 Euro. Das entspricht dann noch einmal einer Steigerung um 1,7%. Zuletzt war der Mindestlohn vor zwei Jahren erhöht worden. Damit steigen die Mindestlöhne etwas weniger kräftig als die Tariflöhne in den Jahren 2018 bis 2020 (2,9%, 2,6% und 2,1%). Die Lohnstückkosten sind im Jahr 2018 um 2,6% gestiegen und werden in den beiden Jahren danach wohl um 2,6% und 1,5% zunehmen.

### Außenhandel hat an Tempo verloren

Der Außenhandel expandierte im Jahr 2018 vor dem Hintergrund einer abgeschwächten Entwicklung des Welthandels und einer Verlangsamung der Konjunktur im Euroraum nur verhalten. Nach einem schwachen ersten Quartal belebte sich der Außenhandel im zweiten Quartal leicht, um im dritten Quartal erneut zu schwächeln. Das dritte Quartal war geprägt durch einen Rückgang der Exporte, während die Importe insgesamt noch recht kräftig expandierten. Im Ergebnis war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels negativ, außerdem gab es einen spürbaren Lageraufbau.

Die Warenausfuhren litten unter der schwächeren weltweiten Nachfrage. Die Lieferungen sanken im August und September spürbar sowohl in den Euroraum als auch in die übrigen europäischen Länder, hier vor allem nach Großbritannien und Osteuropa. Auch in die USA und die meisten asiatischen Länder waren die Lieferungen im dritten Quartal überwiegend rückläufig. Einzige Ausnahme von dieser Entwicklung bildete China. Eine nicht unwesentliche Rolle für die Ausfuhrschwäche bei Investitions- und Vor-

**Abbildung 11**  
**Reale Exporte**  
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

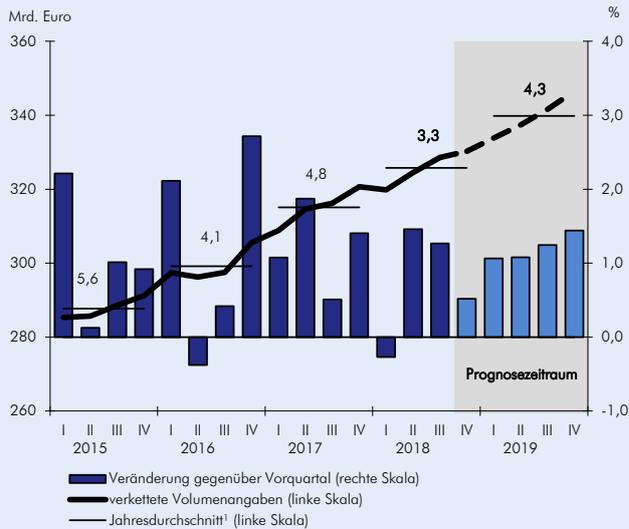
leistungsgütern dürften die Engpässe in der Automobilindustrie im Zusammenhang mit der Einführung des neuen WLTP-Prüfverfahrens gespielt haben. Im vierten Quartal dürften die Ausfuhren allerdings wieder leicht zulegen, darauf deuten die Exporte in Abgrenzung des Spezialhandels im Oktober hin.

Die verschiedenen protektionistischen Maßnahmen und Drohungen bildeten im Jahr 2018 ein stets präsent Risiko für das Außenwirtschaftsgeschäft, was sich auch in den Indikatoren für die Außenwirtschaft widerspiegelt. Seit Jahresbeginn verschlechterten sich die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe von Monat zu Monat, sie lagen im Herbst trotz kurzzeitiger Aufhellung in den Sommermonaten auf dem niedrigsten Stand seit Anfang 2017. Die gestiegene Verunsicherung zeigte auch der ifo Geschäftsklimaindex für die Gesamtwirtschaft an, wo die Geschäftserwartungen im Herbst nur noch etwa dem langjährigen Durchschnitt entsprachen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland waren für das Verarbeitende Gewerbe in der Tendenz seit Jahresbeginn rückläufig, erst zuletzt (Oktober) stiegen sie wieder an. Am deutlichsten fiel der Rückgang bei Vorleistungen und Investitionsgütern aus. Regional waren sowohl der Euroraum wie auch das übrige Europa betroffen, die Aufträge aus Drittländern stagnierten etwa. Insgesamt ist 2018 eine erheblich abgeschwächte Expansion der Exporte von nur 1,9% zu erwarten, was mehr als eine Halbierung gegenüber dem Vorjahreswert ist. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausfuhren dann wieder etwas kräftiger mit 3,2% (2019) bzw. mit 5,2% (2020) zulegen (vgl. Abbildung 12).

**Abbildung 12**

**Reale Importe**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

2018, was allerdings vor allem dem kräftigen Anstieg im Juli geschuldet ist, im August und September gingen sie leicht zurück. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Einfuhren nach und nach von den erneut etwas kräftigeren Ausfuhren sowie der Binnennachfrage profitieren; im Oktober deutet der preisbereinigte Spezialhandel ebenfalls auf eine Zunahme im vierten Quartal hin. Fiskalische Impulse im Jahr 2019 dürften zusätzliche Wirkung haben. Die Importe werden 2018 mit rund 3,3% sowie in den kommenden beiden Jahren mit 4,3% und 5,8% weiterhin etwas stärker steigen als die Exporte (vgl. Abbildung 12). Der Beitrag des Außenhandels zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts fällt damit in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt negativ aus; 2020 wird er in etwa neutral bleiben.

Die Terms of Trade haben sich nach der Verbesserung zum Jahresbeginn 2018 im Jahresverlauf aufgrund von erneuten Rohstoffpreisanstiegen und einem deutlichen Anstieg der Einfuhrpreise wieder verschlechtert; im Jahresdurchschnitt wird eine leichte Verschlechterung bleiben. Im weiteren Prognosezeitraum werden sich die Terms of Trade sukzessive wieder etwas verbessern und 2020 in etwa konstant bleiben (vgl. Tabelle 11).

Die Einfuhren expandierten im dritten Quartal geschuldet ist, im August und September gingen sie leicht zurück. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Einfuhren nach und nach von den erneut etwas kräftigeren Ausfuhren sowie der Binnennachfrage profitieren; im Oktober deutet der preisbereinigte Spezialhandel ebenfalls auf eine Zunahme im vierten Quartal hin. Fiskalische Impulse im Jahr 2019 dürften zusätzliche Wirkung haben. Die Importe werden 2018 mit rund 3,3% sowie in den kommenden beiden Jahren mit 4,3% und 5,8% weiterhin etwas stärker steigen als die Exporte (vgl. Abbildung 12). Der Beitrag des Außenhandels zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts fällt damit in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt negativ aus; 2020 wird er in etwa neutral bleiben.

Die Einfuhren expandierten im dritten Quartal geschuldet ist, im August und September gingen sie leicht zurück. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Einfuhren nach und nach von den erneut etwas kräftigeren Ausfuhren sowie der Binnennachfrage profitieren; im Oktober deutet der preisbereinigte Spezialhandel ebenfalls auf eine Zunahme im vierten Quartal hin. Fiskalische Impulse im Jahr 2019 dürften zusätzliche Wirkung haben. Die Importe werden 2018 mit rund 3,3% sowie in den kommenden beiden Jahren mit 4,3% und 5,8% weiterhin etwas stärker steigen als die Exporte (vgl. Abbildung 12). Der Beitrag des Außenhandels zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts fällt damit in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt negativ aus; 2020 wird er in etwa neutral bleiben.

**Tabelle 11**  
Indikatoren zur Außenwirtschaft

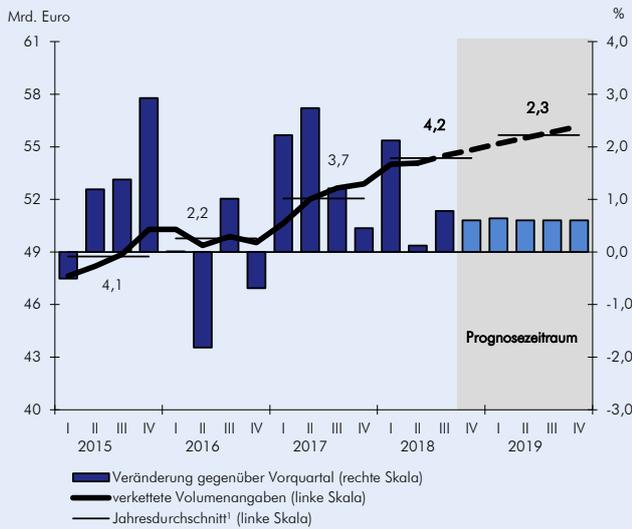
	2017	2018	2019	2020
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	4,6	1,9	3,2	5,2
Importe, real	4,8	3,3	4,3	5,8
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	47,0	46,9	47,6	48,8
Importe, nominal	39,5	40,2	41,2	42,4
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	247,8	227,8	223,8	232,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

## Schwächere Konjunktur dämpft Ausrüstungsinvestitionen

Die Anlageinvestitionen wurden im Frühjahr kräftig ausgeweitet, entwickelten sich aber in den folgenden Quartalen schwächer. Die insbesondere zu Beginn des Jahres hohe Auslandsnachfrage und die hohe Kapazitätsauslastung des Verarbeitenden Gewerbes haben die Investitionstätigkeit inländischer Unternehmen und ihrer Zulieferer nochmals

**Abbildung 13**  
**Reale Investitionen in Ausrüstungen**  
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

verstärkt. Gleichzeitig führten die öffentlichen Haushalte im zweiten Quartal erhebliche investive Maßnahmen durch. Beim gewerblichen Wirtschaftsbau ist im Gegenzug ein Rückgang während des ganzen Sommerhalbjahres verzeichnet worden. Die stärksten Zuwächse konnten im Laufe des ganzen Jahres im privaten Wohnungsbau verbucht werden. Nicht ganz so stark expandierten die öffentlichen Investitionen in Tiefbauten.

Im Winterhalbjahr 2018/2019 werden die Ausrüstungsinvestitionen nur moderat zulegen (vgl. Abbildung 13). Darauf deuten der von der Deutschen Bundesbank erstellte Order-Capacity-Index und die vom ifo gemessene technische Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe hin, die schon seit mindestens zwei Quartalen kontinuierlich zurückgehen. Die inländischen Auftrageingänge der Investitionsgüterproduzenten sind im Frühjahr stark gestiegen und verharren am aktuellen Rand auf einem hohen Niveau trotz einer leichten Dämpfung im zweiten Quartal. Hingegen signalisieren die inländischen Umsätze der Investitions-

güterhersteller seit Beginn des Sommerhalbjahres eine Verlangsamung, mit einem besonderen Rückgang im September. Die Exportaussichten weisen gegenwärtig eine rückläufige Tendenz auf, und auch die sich verschlechternden Produktionserwartungen der Unternehmen werden die Investitionsentscheidungen dämpfen.<sup>23</sup> All diese Faktoren dürften die Unternehmen veranlassen, geplante Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen eher zögerlich umzusetzen. Auch im späteren Prognoseverlauf dürften die Unternehmen angesichts der dämpfenden konjunkturellen Entwicklung eher verhältnismäßig moderate Erweiterungsinvestitionen tätigen. Alles in allem dürften die Unternehmen bis zum Ende des Prognosezeitraums weiterhin moderat in Anlagen investieren.

Die Investitionen in Ausrüstungen dürften nach dem starken Zuwachs von 4,2% im Jahr 2018 im Folgejahr mit 2,3% eher langsamer zunehmen; im Jahr 2020 fällt die Dynamik nach vorliegender Prognose aufgrund zusätzlicher Arbeitstage stärker aus (vgl. Tabelle 12).

**Tabelle 12**  
**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**  
 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2017	2018	2019	2020
Anlageinvestitionen insgesamt	2,9	3,0	2,5	2,8
Ausrüstungen	3,7	4,2	2,3	3,2
sonstige Anlagen	1,3	0,4	1,4	1,5
Bauinvestitionen insgesamt	2,9	3,3	3,0	3,1
Wohnbauten	3,0	4,2	3,6	3,2
Nichtwohnbauten insgesamt	2,9	1,8	1,9	2,8
gewerbliche Bauten	3,1	0,5	1,5	2,6
öffentliche Bauten	2,4	4,9	3,0	3,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

<sup>23</sup> Die Streuung der Produktionserwartungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bildet das ifo Unsicherheitsmaß ab. Dieses hat sich nach einem leichten Rückgang im Frühsommer zuletzt wieder deutlich erhöht.

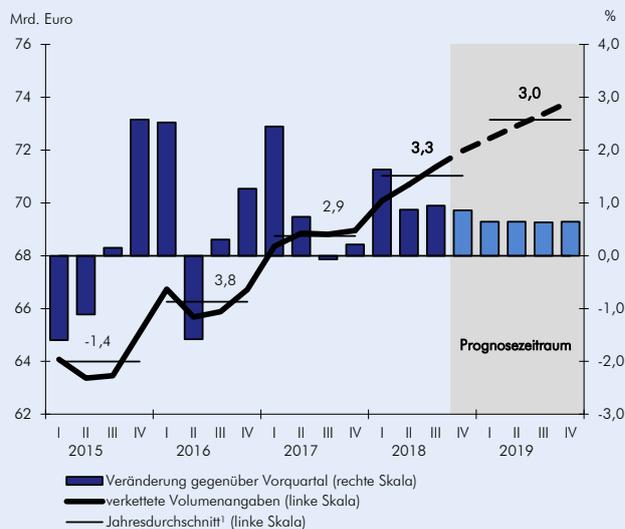
## Wohnungsbau bleibt ausgelastet, rückläufige Tendenz bei gewerblichen Bauten

Die Baukonjunktur wird vor allem vom starken Wohnungsbau getrieben. Im Wohnungsbau haben sich außergewöhnlich hohe Auftragsbestände angestaut. In der Zeit von Januar 2018 bis September 2018 ist es zudem zu Zuwächsen bei den Baugenehmigungen im Wohn- und Wirtschaftsbau gekommen. Gegen eine weitere deutliche Ausweitung der Bautätigkeit sprechen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und hohe Materialkosten, die sich letztlich in den Baukosten niederschlagen. Dynamik und zeitliche Umsetzung dürften deswegen stark von den Kapazitäten des Baugewerbes abhängen, genügend zusätzliches Personal zu finden. In der vorliegenden Prognose ist deshalb eine zeitliche Streckung anstehender Wohnungsbaumaßnahmen bis in das Jahr 2019 unterstellt, die mit deutlich anziehenden Baupreisen einhergeht. Alles in allem steigen die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2018 um 4,2%, in den Jahren 2019 und 2020 dürfte der Zuwachs bei etwa 3,6% bzw. 3,2% liegen.

**Abbildung 14**

### Reale Bauinvestitionen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

Der öffentliche Bau bleibt im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet. Die Auftragsbestände sind bis zuletzt angestiegen und befinden sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Auch sind die zeitlich weiter reichenden Baugenehmigungen für öffentliche Hochbauten zuletzt gestiegen. Nach den von der Bundesregierung bereits seit längerem eingeleiteten Maßnahmen zum Ausbau von Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur sowie zur Förderung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen bleiben aber weitere starke Impulse aus. Alles in allem dürfte es zu einem starken Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von 4,9% im Jahr 2018 sowie von 3% bzw. 3,3% in den beiden Folgejahren kommen.

Die Investitionen der Unternehmen in Bauten dürften nach einer negativen Entwicklung im Sommer 2018 leicht zunehmen; allerdings deuten die klaren Zeichen von Kapazitätsgrenzen an, dass trotz hoher Auftragsbestände im späteren Verlauf eher nur schwache Impulse vom Wirtschaftsbau zu erwarten

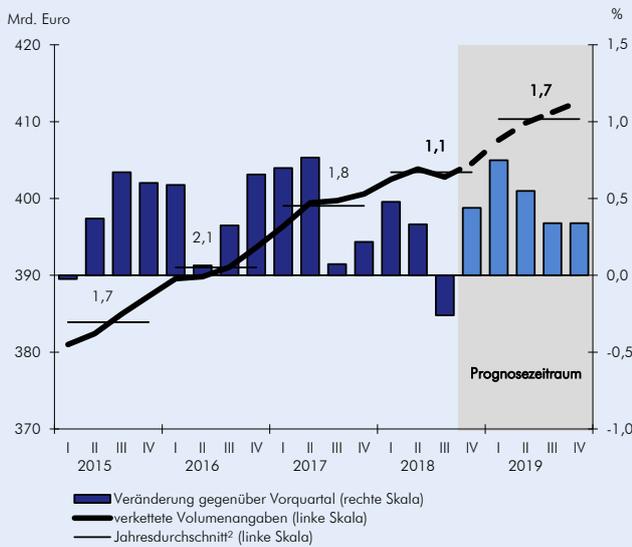
sind. In den Jahren 2019 und 2020 dürften die Investitionen in gewerbliche Bauten aber wieder zunehmen.

Insgesamt nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2018 um 3,3% zu und dürften in den Jahren 2019 und 2020 um 3% und 3,1% zulegen (vgl. Abbildung 14).

## Privater Konsum vorübergehend schwach trotz kräftig gestiegener Löhne

Die privaten Haushalte weiteten ihre Käufe im Jahr 2018 bislang wesentlich weniger kräftig aus als noch im Jahr zuvor. Nachdem in den ersten beiden Quartalen des Jahres der private Konsum noch moderat zunahm, gingen im dritten Quartal die Käufe um 0,3% zurück (vgl. Abbildung 15). Allerdings zeigten sich erste Bremsspuren im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) schon deutlich früher. Hier war die Umsatzentwicklung bereits zu Beginn des Jahres durchgewachsen und seit Frühsommer gingen die Umsätze kontinuierlich zurück. Die Kfz-Umsätze waren schon zu Beginn des Jahres 2018 rückläufig, konnten sich dann jedoch zu Beginn des Sommers wieder stabilisieren. Aufgrund der Probleme der Automobilindustrie mit der Einführung eines neuen Prüfzyklus für Automobile gibt es zurzeit Lieferengpässe. Dies dürfte die Kfz-Umsätze weiterhin merklich dämpfen.

**Abbildung 15**  
**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup>**  
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - <sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter dürfte im Jahr 2018 um 4,8% gestiegen sein und in den beiden Jahren danach etwas langsamer zulegen. Die monetären Sozialleistungen dürften in der zweiten Jahreshälfte 2018 infolge der Erhöhung der gesetzlichen Rentenleistungen überdurchschnittlich zugenommen haben. Zudem werden im Jahr 2019 die privaten Haushalte von zusätzlichen öffentlichen Transferleistungen profitieren, so dass die monetären Sozialleistungen um mehr als 4% steigen werden. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen stagnieren hingegen im Zuge der konjunkturellen Abkühlung im zweiten Halbjahr 2018 und werden auch noch zu Beginn 2019 recht schwach sein. In der Summe steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2018 und auch in den beiden Folgejahren recht kräftig an (vgl. Tabelle 13). Die hohen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte und die gleichzeitige Konsumzurückhaltung haben dazu geführt, dass die Sparquote zuletzt deutlich gestiegen ist.

Damit verfügen die privaten Haushalte im Prognosezeitraum über hinreichend finanziellen Spielraum, um ihre Käufe auszuweiten. Die im Prognosezeitraum etwas gemächlichere konjunkturelle Expansion dürfte die Konsumlust nur wenig bremsen. Insgesamt werden die privaten Haushalte ihre Käufe daher wohl in den Jahren 2019 und 2020 weiterhin deutlich ausweiten und die derzeit hohe Sparquote wird dann zum Ende des Prognosezeitraums wieder leicht zurückgehen. Alles in allem trägt der private Konsum mit 0,6 Prozentpunkten im Jahr 2018 und danach jährlich mit 0,9 Prozentpunkten zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei.

**Tabelle 13**  
**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup> in Deutschland**  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2017	2018	2019	2020
verfügbares Einkommen, nominal	3,4	3,2	3,2	3,3
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,9	4,5	4,3	3,3
monetäre Sozialleistungen	3,7	2,9	4,2	3,6
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	3,7	1,8	1,1	2,9
Sparen	4,3	7,2	3,1	2,5
private Konsumausgaben, nominal	3,4	2,7	3,2	3,3
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,2	4,8	3,9	3,5
Sparquote (in %)	9,9	10,3	10,3	10,2
Preisindex des privaten Konsums	1,6	1,5	1,5	1,5
private Konsumausgaben, real	1,8	1,1	1,7	1,8

<sup>1</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

## Inländischer Preisauftrieb lässt nach

Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2018 mit 2,0% nochmals höher sein als im Jahr zuvor. Dies ist vor allem den Energiepreisen geschuldet, die bis zum dritten Quartal durch den weltweit kräftig gestiegenen Rohölpreis getrieben wurden und danach – trotz sinkender Rohölpreise – aufgrund von Transportproblemen auf dem Rhein infolge niedriger Pegelstände weiterhin zulegten. Auch in einigen Dienstleistungsbereichen (beispielsweise im Gastgewerbe) stiegen die Verbraucherpreise teilweise leicht überdurchschnittlich. Deutliche Preisaufschläge gab es auch bei Dienstleistungen für die Instandhaltung der Wohnungen, die wohl auf die hohe Kapazitätsauslastung im Baugewerbe zurückzuführen sind. Die Mieten stiegen insgesamt hingegen kaum, da sich die Verknappungstendenzen bei Neuvermietungen in den Ballungsräumen nur sehr langsam auf den Gesamtbestand auswirken.

Im November 2018 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland im Vergleich zum Vormonat nur gering und die Inflationsrate lag bei 2,3%. Im Monat zuvor lag sie noch bei 2,5%, Nahrungsmittel- und Energiepreisanstieg herausgerechnet bei 1,7%. Insgesamt dürfte die Inflationsrate im Jahr 2018 bei 2,0% liegen. Die vorliegende Prognose beinhaltet, dass in den beiden folgenden Prognosejahren die Rohölpreise nur langsam steigen und unter dem Preisdurchschnitt des Jahres 2018 bleiben. Dies dürfte die Inflation dämpfen. Die hohe Kapazitätsauslastung der Wirtschaft wird im Prognosezeitraum abnehmen und bestehende Knappheiten werden in den nächsten zwei Jahren wohl abgebaut werden. Die Erhöhung des Mindestlohns zum Jahresbeginn 2019 dürfte zu Preiserhöhungen in vom Mindestlohn besonders stark betroffenen Bereichen führen. Alles in allem wird die Verbraucherpreisinflation damit im Jahr 2019 bei 1,7% und danach etwas niedriger liegen.

## Produktion nimmt wieder Fahrt auf

Das Bruttoinlandsprodukt hat in den ersten drei Quartalen des Jahres 2018 um 1,2% zugenommen. Allerdings ist die Produktion im dritten Quartal um 0,2% geschrumpft (vgl. Tabelle 14). Dies ist maßgeblich auf den Rückgang der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (-1,0%) zurückzuführen. Einen wichtigen Einfluss hatte dabei die ungünstige Entwicklung in der Kfz-Branche. Infolge der Umstellung auf das neue Abgas-Prüfverfahren für die Neuzulassung von Personenwagen und leichten Nutzfahrzeugen WLTP nahm in dieser Branche die Produktion im dritten Quartal saisonbereinigt um 7,6% ab (vgl. Kasten 1). Der Tiefpunkt des Produktionsrückgangs wurde dabei im August erreicht. Aufgrund des hohen Gewichts der Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen am Bruttoinlandsprodukt führte dies rechnerisch zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um ca. 0,3 Prozentpunkte. Der negative Effekt ist allerdings erheblich höher, da über die Vorleistungsverflechtungen die Produktion auch in anderen Branchen beeinflusst wird. Neben der Automobilindustrie wurde auch in der

**Tabelle 14**

**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>**  
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2018			2019
	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,5	-0,2	0,3	0,5
<i>Darunter</i>				
Bruttowertschöpfung	0,3	-0,1	0,3	0,5
<i>darunter</i>				
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,2	-0,6	-0,5	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	0,4	-1,0	-0,3	0,4
Energie- und Wasserversorgung	-1,3	3,3	-2,0	0,4
Baugewerbe	1,4	1,2	1,1	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,2	-0,5	0,4	0,6
Information und Kommunikation	0,3	0,8	1,2	0,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,5	0,3	0,4	0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,3	0,2	0,8	0,7
Unternehmensdienstleister	0,8	-0,5	0,4	0,6
öffentliche Dienstleister	0,1	0,2	0,3	0,4
sonstige Dienstleister	0,6	-0,1	0,3	0,4

<sup>1</sup> Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2018: Prognose des IWH.

Chemischen Industrie die Produktionsentwicklung von Sondereffekten beeinflusst. Der Rückgang, der im dritten Quartal 2,1% betrug, war – neben einem besonders kräftigen Rückgang der Bestellungen aus der Automobilbranche – auch auf das trockene Wetter zurückzuführen, da das Niedrigwasser für viele Chemieunternehmen entlang des Rheins die

Anlieferung von Vorleistungen bzw. den Abtransport von Fertigprodukten erschwerte.<sup>24</sup> Auch in den Bereichen Handel<sup>25</sup>, Verkehr, Gastgewerbe und bei den Unternehmensdienstleistern ging die Bruttowertschöpfung deutlich zurück. Im Baugewerbe stieg die Produktion mit 1,2% besonders kräftig. Auch im Bereich Information, Kommunikation stieg die Produktion deutlich. Bemerkenswert ist, dass im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei die Wertschöpfung mit 0,1% nur geringfügig zurückging, obwohl hier infolge der extremen Witterungsbedingungen in erheblichem Maße Ernteausfälle zu verbuchen waren.

Im vierten Quartal 2018 dürfte die Produktion wieder expandieren.<sup>26</sup> Im Verarbeitenden Gewerbe wird zwar die Wertschöpfung wohl nochmals um 0,3% abnehmen. Dies ist auch auf die nur schrittweise Normalisierung bei der Produktion von Kraftfahrzeugen zurückzuführen. Zwar waren die Auftragseingänge in dieser Branche in den ersten drei Quartalen des Jahres 2018 rückläufig und nahmen erst wieder im Oktober zu. Der Auftragsbestand ist hingegen sehr hoch und lag im dritten Quartal um 8,4% über dem Vorjahresstand. Die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte weiter kräftig expandieren. Dafür sprechen der ifo Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe sowie die recht guten Auftragseingänge. Zudem schlagen die hohen Auftragsbestände positiv zu Buche. Allerdings stehen zunehmend Kapazitätsengpässe sowie ein Arbeitskräftemangel einer stärkeren Ausweitung der Bauproduktion entgegen. Die Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe dürfte infolge des spürbaren Anstiegs des privaten Verbrauchs wieder zunehmen. Alles in allem wird die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal wohl um 0,3% zunehmen.

Im ersten Quartal des Jahres 2019 dürfte die Produktion stärker steigen als im Vorquartal. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe dürfte vor allem aufgrund der weiteren Erholung der Produktion im Bereich Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile nun wieder zunehmen. Vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe werden kräftige Impulse auf die Unternehmensdienstleister ausgehen. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe wird wohl die Wertschöpfung angesichts steigender Einkommen weiter zunehmen. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird vor allem von der hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien profitieren. Insgesamt dürfte die Produktion im ersten Quartal 2019 um 0,5% steigen (vgl. Tabelle 14).

## Öffentliche Finanzen: Haushaltsüberschüsse gehen zurück

Im Jahr 2018 dürfte sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte nochmals deutlich erhöhen. Ausschlaggebend hierfür sind auf der Einnahmeseite insbesondere die kräftig steigenden Bruttolöhne und -gehälter, die zu einem starken Zuwachs bei Steuern und Sozialbeiträgen führen. Der Anstieg der öffentlichen Ausgaben wird unter anderem durch die weiterhin rückläufige Zahl der Arbeitslosen und die günstigen Refinanzierungskonditionen des Staates gedämpft.<sup>27</sup> Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss dürfte sich im Jahr 2018 auf knapp 60 Mrd. Euro belaufen. Dies entspricht 1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

<sup>24</sup> Vgl. Verband der Chemischen Industrie e.V.: [Jahrespressekonferenz am 4. Dezember 2018](#).

<sup>25</sup> Der preisbereinigte Umsatz im Bereich Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz lag im dritten Quartal 2018 um 1,3% unter dem Wert des Vorquartals.

<sup>26</sup> Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf zwei Ansätzen: In der sehr kurzen Frist, d. h. für zwei Quartale, kommen vor allem die Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatorprognosen (Pooling) zum Einsatz. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahres erfolgt die Schätzung durch eine Erweiterung des makroökonomischen Deutschlandmodells des IWH. Zu den Pooling Ansätzen vgl. Heinisch, K.; Scheufele, R.: [Bottom-up or Direct? Forecasting German GDP in a Data-rich Environment](#), in: Empirical Economics, 54(2), 705-745. Zur Schätzung der Produktion mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell des IWH: Vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland; in: Konjunktur aktuell, 2 (1), 2014, 31.

<sup>27</sup> Darüber hinaus tragen im Jahr 2018 Einmaleffekte zum Anstieg des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bei. So leisteten Volkswagen und Audi Bußgeldzahlungen in Höhe von knapp 2 Mrd. Euro. Zudem hat sich der Betreiber des Lkw-Mautsystems, Toll Collect, zu einer Entschädigungszahlung von über 1 Mrd. Euro an den Bund für die verspätete Einführung des Mautsystems verpflichtet. Schließlich dürften die geleisteten Vermögenstransfers im Jahr 2018 deutlich niedriger ausfallen als im Vorjahr. Zwar sollten hier im laufenden Jahr Verluste im Zusammenhang mit der Abwicklung der HSH-Nordbank in Höhe von knapp 6 Mrd. Euro verbucht werden. Jedoch entfällt der Effekt aus der Erstattung der Kernbrennstoffsteuer, durch den sich die geleisteten Vermögenstransfers im Jahr 2017 einmalig um 7,3 Mrd. Euro erhöht hatten.

Im Jahr 2019 werden die Überschüsse der öffentlichen Haushalte mit der konjunkturellen Abschwächung und dem Anlaufen zahlreicher expansiver finanzpolitischer Maßnahmen zurückgehen. Der Zuwachs der öffentlichen Einnahmen wird sich deutlich abschwächen. Mit der spürbar verlangsamten Expansion der Bruttolöhne und -gehälter legen die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen langsamer zu als in den Jahren zuvor. Der Zuwachs des Steueraufkommens wird zudem durch deutliche Entlastungen, insbesondere bei der Einkommensteuer, und kaum steigende Unternehmens- und Vermögenseinkommen gedämpft. Auch bei den Sozialversicherungen wirken diverse Maßnahmen einnahmemindernd. Zwar wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Dagegen wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung entsprechend gesenkt. Auch der durchschnittlich zu entrichtende Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt zu Beginn des Jahres 2019 um 0,1 Prozentpunkt. Durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung erhöhen sich die staatlichen Beitragszahlungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes und für Rentner. Schließlich mindert die Erweiterung der Gleitzone die Beitragsbelastungen von sogenannten Midijobbern, und Selbstständige werden durch die Halbierung des Mindestbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung entlastet. Die empfangenen laufenden Transfers, die im Jahr 2018 durch Bußgeldzahlungen von Automobilkonzernen überzeichnet waren, gehen im Jahr 2019 zurück. Gleiches gilt für die empfangenen Vermögenstransfers, die durch die Entschädigungszahlung des Maut-Betreibers Toll Collect im Jahr 2018 besonders hoch ausgefallen sind. Alles in allem legen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte im Jahr 2019 um 2,7% zu, nach 4,8% im vorhergehenden Jahr.

**Tabelle 15****Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2017	2018	2019	2020
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	34,0	59,6	42,3	37,4
– Konjunkturkomponente <sup>a</sup>	8,9	3,9	–0,6	4,2
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	25,1	55,7	42,9	33,2
– Einmaleffekte <sup>b</sup>	–9,5	–3,0	–0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	34,6	58,6	42,9	33,2
+ Zinsausgaben des Staates	33,8	31,6	30,6	30,1
= Struktureller Primärsaldo	68,4	90,3	73,5	63,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	1,1	21,8	–16,8	–10,3
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,2	0,9
Struktureller Primärsaldo	2,1	2,7	2,1	1,7
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	–0,0	0,6	–0,6	–0,4

<sup>a</sup> Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,55. – <sup>b</sup> Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Die gesamtstaatlichen Ausgaben dürften im Jahr 2019 beschleunigt zulegen. Aufgrund der guten Kassenlage bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie aufgrund des allmählichen Anlaufens zusätzlicher investiver Maßnahmen dürften die staatlichen Vorleistungskäufe nochmals verstärkt expandieren. Die sozialen Sachleistungen, die im Jahr 2018 aufgrund rückläufiger Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration deutlich schwächer zulegten als in den Jahren zuvor, werden – auch aufgrund der Leistungsausweitungen im Pflegebereich – beschleunigt ausgeweitet. Auch die Arbeitnehmerentgelte dürften mit den geplanten Personalaufstockungen in den Bereichen öffentliche Sicherheit, Justiz und bei der Bundeswehr dynamisch zulegen. Die monetären Sozialleistungen dürften im Jahr 2019, trotz einer weiter sinkenden Zahl der Arbeitslosen, mit 4,6% so stark zunehmen wie seit dem Rezessionsjahr 2009 nicht mehr. Verantwortlich hierfür sind insbesondere die Leistungsausweitungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, aber auch die spürbare Aufstockung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 oder die Reformen beim BAföG. Auch das neu eingeführte Baukindergeld geht mit deutlichen staatlichen Mehrausgaben einher. Die öffentlichen Investitionen dürften im Jahr 2019 erneut kräftig, wenn auch nicht mehr ganz so dynamisch wie im Vorjahr ausgeweitet werden. Die gute Kassenlage der Gebietskörperschaften und die im Koalitionsvertrag vom Februar 2018 vorgesehenen zusätzlichen investiven Maßnahmen des Bundes dürften die Investitionstätigkeit der öffentlichen

Hand zwar weiter anregen, jedoch wirken Kapazitätsengpässe in der öffentlichen Verwaltung und im Bausektor dämpfend. Weiterhin rückläufig entwickeln sich die Zinsausgaben des Staates, weil der Bruttoschuldenstand weiter sinkt und die Refinanzierungskonditionen nach wie vor günstig sind. Gleiches gilt für die geleisteten Vermögens-transfers, die im Jahr 2018 durch fällige Garantien für die HSH-Nordbank der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein überzeichnet waren. Alles in allem nehmen die öffentlichen Ausgaben im Jahr 2019 um 4,0% zu, nach 3,2% im Jahr zuvor. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich auf 42 Mrd. Euro bzw. auf 1,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2020 legen die öffentlichen Einnahmen mit 3,4% wieder beschleunigt zu. Während die Einnahmen aus der Lohn- und den Verbrauchsteuern durch eine sich weiter verlangsamende Expansion der Lohnsumme und weitere Steuererleichterungen verhaltener zunehmen, steigen die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern wieder etwas beschleunigt. Die gesamtstaatlichen Ausgaben werden im Jahr 2020 mit einer ähnlich hohen Rate zunehmen wie im Vorjahr. Zwar fallen durch die finanzpolitischen Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, die größtenteils im Jahr 2019 anlaufen, weniger zusätzliche Ausgaben an. Die geleisteten Vermögenstransfers steigen aber wieder an. Der Überschuss der öffentlichen Haushalte verringert sich auf 37 Mrd. Euro bzw. 1,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo verringert sich von 1,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 auf 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 (vgl. Tabelle 15). Aufgrund der deutlichen Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts, der hohen Haushaltsüberschüsse und dem weiteren Abbau der Bad-Bank-Portfolios wird sich der Schuldenstand des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 63,9% im Jahr 2017 auf ungefähr 53% im Jahr 2020 reduzieren.

## Anhang

Tabelle A 1

## Hauptaggregate der Sektoren

## Jahresergebnisse 2017

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	2 954,7	2 011,7	315,0	628,0	–
2	– Abschreibungen	573,1	329,2	71,4	172,5	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 381,6	1 682,4	243,7	455,5	–247,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 667,6	1 194,7	246,7	226,2	14,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,0	12,4	0,2	9,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	26,3	24,5	0,2	1,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	718,3	499,9	–3,0	221,4	–262,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 668,8	–	–	1 668,8	13,2
9	– geleistete Subventionen	28,4	–	28,4	–	5,2
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	345,1	–	345,1	–	6,8
11	– geleistete Vermögenseinkommen	705,1	646,5	33,8	24,8	179,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	774,4	354,0	15,9	404,5	109,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 773,1	207,4	295,8	2 269,9	–316,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	410,8	88,7	–	322,2	10,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	421,3	–	421,3	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	674,8	–	–	674,8	4,4
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	676,4	126,9	548,6	0,8	2,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	572,2	65,3	506,1	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	565,2	–	–	565,2	7,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	331,4	178,0	75,2	78,2	52,2
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	278,7	146,9	21,8	110,0	104,9
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 725,3	149,3	706,1	1 869,9	–268,9
23	– Konsumausgaben	2 371,1	–	638,9	1 732,2	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,1	–	52,1	–
25	= Sparen	354,3	97,2	67,2	189,8	–268,9
26	– geleistete Vermögenstransfers	70,1	16,3	43,9	9,8	3,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	60,6	31,2	10,2	19,2	13,1
28	– Bruttoinvestitionen	658,5	381,3	72,4	204,8	–
29	+ Abschreibungen	573,1	329,2	71,4	172,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,0	–2,5	–1,6	1,0	3,0
31	= Finanzierungssaldo	262,5	62,6	34,0	165,9	–262,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 725,3	149,3	706,1	1 869,9	–268,9
33	– geleistete soziale Sachtransfers	415,6	–	415,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	415,6	–	–	415,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 725,3	149,3	290,6	2 285,5	–268,9
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 371,1	–	223,3	2 147,7	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,1	–	52,1	–
38	= Sparen	354,3	97,2	67,2	189,8	–268,9

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren  
Jahresergebnisse 2018

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 051,7	2 074,2	327,3	650,2	–
2	– Abschreibungen	597,2	341,7	74,6	180,9	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 454,5	1 732,5	252,7	469,3	–227,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 745,5	1 252,4	255,7	237,4	15,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,0	13,2	0,2	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	26,2	24,4	0,2	1,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	712,2	491,2	–2,9	223,9	–243,2
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 746,4	–	–	1 746,4	14,5
9	– geleistete Subventionen	27,9	–	27,9	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	355,5	–	355,5	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	714,8	660,1	31,6	23,0	177,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	786,1	356,2	18,6	411,3	106,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 857,6	187,3	311,7	2 358,6	–298,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	437,7	96,7	–	341,0	10,1
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	447,4	–	447,4	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	699,8	–	–	699,8	4,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	701,5	129,6	571,1	0,8	3,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	588,7	66,0	521,8	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	581,4	–	–	581,4	7,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	338,5	175,7	82,5	80,2	53,4
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	285,8	150,5	24,7	110,6	106,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 809,2	129,0	750,5	1 929,7	–250,0
23	– Konsumausgaben	2 440,4	–	661,4	1 779,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,9	–	52,9	–
25	= Sparen	368,9	76,1	89,2	203,5	–250,0
26	– geleistete Vermögenstransfers	62,8	13,4	38,9	10,5	2,7
27	+ empfangene Vermögenstransfers	54,5	22,6	12,2	19,7	10,9
28	– Bruttoinvestitionen	716,1	415,4	79,2	221,6	–
29	+ Abschreibungen	597,2	341,7	74,6	180,9	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–1,8	–1,3	–1,6	1,1	1,8
31	= Finanzierungssaldo	243,6	13,0	59,6	171,0	–243,6
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 809,2	129,0	750,5	1 929,7	–250,0
33	– geleistete soziale Sachtransfers	430,7	–	430,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	430,7	–	–	430,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 809,2	129,0	319,9	2 360,4	–250,0
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 440,4	–	230,7	2 209,7	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,9	–	52,9	–
38	= Sparen	368,9	76,1	89,2	203,5	–250,0

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren  
Jahresergebnisse 2019

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 157,2	2 140,4	340,8	676,0	–
2	– Abschreibungen	620,8	353,4	77,8	189,7	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 536,4	1 787,0	263,1	486,4	–223,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 818,2	1 305,4	265,4	247,4	17,5
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,3	0,2	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	26,6	24,9	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	721,7	493,1	–2,3	230,9	–241,2
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 819,7	–	–	1 819,7	16,0
9	– geleistete Subventionen	28,4	–	28,4	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	363,0	–	363,0	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	717,0	664,7	30,6	21,7	177,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	790,4	361,7	19,0	409,7	104,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 949,3	190,1	320,7	2 438,5	–297,0
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	449,9	96,1	–	353,8	10,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	460,1	–	460,1	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	723,7	–	–	723,7	4,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	725,5	133,6	591,1	0,8	3,1
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	613,1	66,7	545,5	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	605,6	–	–	605,6	7,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	344,2	166,4	89,7	88,2	54,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	292,1	156,0	22,4	113,7	106,6
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 901,7	150,4	759,1	1 992,2	–249,4
23	– Konsumausgaben	2 524,2	–	688,3	1 835,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,7	–	53,7	–
25	= Sparen	377,5	96,7	70,8	209,9	–249,4
26	– geleistete Vermögenstransfers	67,3	23,0	34,4	10,0	2,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	58,6	27,5	10,9	20,2	10,9
28	– Bruttoinvestitionen	749,0	426,1	84,5	238,4	–
29	+ Abschreibungen	620,8	353,4	77,8	189,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,5	–2,1	–1,6	1,2	2,5
31	= Finanzierungssaldo	243,2	30,6	42,3	170,3	–243,2
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 901,7	150,4	759,1	1 992,2	–249,4
33	– geleistete soziale Sachtransfers	448,3	–	448,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	448,3	–	–	448,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 901,7	150,4	310,8	2 440,5	–249,4
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 524,2	–	240,0	2 284,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,7	–	53,7	–
38	= Sparen	377,5	96,7	70,8	209,9	–249,4

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren  
Jahresergebnisse 2020

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 278,3	2 218,3	354,2	705,8	–
2	– Abschreibungen	645,4	365,3	81,2	198,8	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 632,9	1 853,0	272,9	507,0	–232,4
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 881,3	1 350,3	275,1	255,9	19,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,3	13,4	0,2	9,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	26,8	25,0	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	755,2	514,3	–2,1	243,0	–251,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 882,7	–	–	1 882,7	17,7
9	– geleistete Subventionen	28,8	–	28,8	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	374,0	–	374,0	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	736,2	684,6	30,1	21,5	177,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	812,4	377,9	19,0	415,6	101,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 059,3	207,6	332,0	2 519,7	–308,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	468,1	99,9	–	368,2	11,1
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	478,8	–	478,8	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	747,9	–	–	747,9	5,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	749,8	137,4	611,6	0,8	3,1
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	635,1	67,2	567,1	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	627,7	–	–	627,7	7,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	357,4	170,6	93,9	93,0	55,7
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	305,6	164,0	22,9	118,8	107,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 012,6	171,3	784,2	2 057,1	–261,7
23	– Konsumausgaben	2 611,6	–	715,5	1 896,1	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,2	–	54,2	–
25	= Sparen	401,1	117,1	68,8	215,2	–261,7
26	– geleistete Vermögenstransfers	73,6	28,3	35,5	9,9	2,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	64,1	32,2	10,8	21,0	11,5
28	– Bruttoinvestitionen	784,8	441,6	89,6	253,6	–
29	+ Abschreibungen	645,4	365,3	81,2	198,8	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,7	–2,4	–1,6	1,3	2,7
31	= Finanzierungssaldo	254,9	47,3	37,4	170,3	–254,9
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 012,6	171,3	784,2	2 057,1	–261,7
33	– geleistete soziale Sachtransfers	465,4	–	465,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	465,4	–	–	465,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 012,6	171,3	318,8	2 522,5	–261,7
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 611,6	–	250,1	2 361,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,2	3,0	51,2	–
38	= Sparen	401,1	117,1	68,8	215,2	–261,7

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des IWH.

**Tabelle A 2**

## VGR-Tabellen

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018, 2019 und 2020

	2017	2018	2019	2020	2018		2019	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	1,4	1,3	0,7	0,5	1,4	1,2	0,8	0,5
Arbeitsvolumen	1,3	1,4	0,6	0,5	1,3	1,5	0,6	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,2	0,1	-0,1	0,0	-0,1	0,3	-0,2	0,0
Produktivität <sup>1</sup>	0,9	0,1	0,8	1,3	0,5	-0,4	0,2	1,3
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>2,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>1,9</b>
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 371,1	2 440,4	2 524,2	2 611,6	1 193,2	1 247,1	1 230,7	1 293,5
private Haushalte <sup>2</sup>	1 732,2	1 779,0	1 835,9	1 896,1	872,8	906,1	896,5	939,4
Staat	638,9	661,4	688,3	715,5	320,4	341,0	334,2	354,1
Anlageinvestitionen	665,7	706,5	743,5	781,9	339,4	367,1	357,0	386,5
Ausrüstungen	215,2	225,7	232,5	241,8	107,9	117,8	110,4	122,1
Bauten	326,6	353,8	380,2	405,7	169,5	184,3	182,8	197,4
sonstige Anlageinvestitionen	123,9	127,0	130,8	134,5	62,0	65,1	63,8	67,0
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-7,2	9,6	5,5	2,8	8,6	1,0	12,8	-7,3
inländische Verwendung	3 029,5	3 156,5	3 273,2	3 396,3	1 541,2	1 615,3	1 600,6	1 672,6
Außenbeitrag	247,8	227,8	223,8	232,4	130,7	97,1	114,6	109,2
Exporte	1 541,9	1 588,1	1 665,0	1 769,3	791,5	796,6	817,0	848,1
Importe	1 294,1	1 360,3	1 441,3	1 536,9	660,8	699,5	702,4	738,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 277,3</b>	<b>3 384,2</b>	<b>3 497,0</b>	<b>3 628,7</b>	<b>1 671,8</b>	<b>1 712,4</b>	<b>1 715,1</b>	<b>1 781,8</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,5	2,9	3,4	3,5	3,0	2,9	3,1	3,7
private Haushalte <sup>2</sup>	3,4	2,7	3,2	3,3	2,8	2,6	2,7	3,7
Staat	3,8	3,5	4,1	3,9	3,4	3,6	4,3	3,8
Anlageinvestitionen	5,0	6,1	5,2	5,2	5,7	6,5	5,2	5,3
Ausrüstungen	4,2	4,9	3,0	4,0	5,6	4,3	2,3	3,6
Bauten	6,4	8,3	7,5	6,7	7,0	9,6	7,9	7,1
sonstige Anlageinvestitionen	2,9	2,6	3,0	2,8	2,6	2,5	3,0	3,0
inländische Verwendung	4,0	4,2	3,7	3,8	3,7	4,6	3,9	3,5
Exporte	6,3	3,0	4,8	6,3	3,8	2,2	3,2	6,5
Importe	7,6	5,1	5,9	6,6	3,9	6,3	6,3	5,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>3,3</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	<b>4,1</b>
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Außenbeitrag	7,6	6,7	6,4	6,4	7,8	5,7	6,7	6,1
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 158,0	2 181,5	2 217,9	2 257,1	1 074,5	1 107,0	1 088,6	1 129,3
private Haushalte <sup>2</sup>	1 594,7	1 612,8	1 639,7	1 669,1	794,0	818,8	803,3	836,5
Staat	562,9	568,3	577,8	587,7	280,3	288,0	285,1	292,7
Anlageinvestitionen	592,8	610,8	626,0	643,7	295,2	315,6	301,7	324,2
Ausrüstungen	207,6	216,4	221,4	228,5	103,1	113,3	104,9	116,5
Bauten	274,1	283,1	291,4	300,4	137,4	145,6	141,3	150,2
sonstige Anlageinvestitionen	111,7	112,1	113,7	115,4	54,9	57,2	55,6	58,1
inländische Verwendung	2 732,4	2 789,1	2 836,5	2 891,0	1 375,1	1 414,0	1 400,3	1 436,2
Exporte	1 457,7	1 484,7	1 533,0	1 612,0	744,2	740,6	754,2	778,8
Importe	1 258,2	1 299,6	1 355,6	1 434,8	635,4	664,3	659,2	696,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 932,5</b>	<b>2 976,3</b>	<b>3 017,4</b>	<b>3 073,0</b>	<b>1 483,8</b>	<b>1 492,5</b>	<b>1 496,4</b>	<b>1 521,0</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,7	1,1	1,7	1,8	1,2	1,0	1,3	2,0
private Haushalte <sup>2</sup>	1,8	1,1	1,7	1,8	1,3	1,0	1,2	2,2
Staat	1,6	1,0	1,7	1,7	0,8	1,1	1,7	1,6
Anlageinvestitionen	2,9	3,0	2,5	2,8	2,8	3,2	2,2	2,7
Ausrüstungen	3,7	4,2	2,3	3,2	4,8	3,7	1,8	2,8
Bauten	2,9	3,3	3,0	3,1	2,5	4,0	2,8	3,1
sonstige Anlageinvestitionen	1,3	0,4	1,4	1,5	0,4	0,4	1,3	1,6
inländische Verwendung	2,0	2,1	1,7	1,9	1,7	2,4	1,8	1,6
Exporte	4,6	1,9	3,2	5,2	3,2	0,5	1,3	5,2
Importe	4,8	3,3	4,3	5,8	3,2	3,4	3,7	4,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>1,9</b>

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018, 2019 und 2020

	2017	2018	2019	2020	2018		2019	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)</b>								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,6	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,5	2,4	2,2	2,6	2,5	2,6	2,2
Anlageinvestitionen	2,1	3,0	2,7	2,3	2,8	3,2	2,9	2,5
Ausrüstungen	0,5	0,6	0,6	0,8	0,7	0,5	0,5	0,8
Bauten	3,3	4,9	4,4	3,5	4,4	5,4	4,9	3,9
Exporte	1,6	1,1	1,5	1,1	0,5	1,7	1,8	1,2
Importe	2,6	1,8	1,6	0,8	0,7	2,8	2,5	0,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2 269,9	2 358,6	2 438,5	2 519,7	1 165,5	1 193,1	1 202,8	1 235,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	302,2	314,0	331,0	342,5	151,6	162,4	160,2	170,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 366,6	1 432,4	1 488,6	1 540,2	682,6	749,9	711,0	777,6
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	601,1	612,2	618,8	637,0	331,4	280,8	331,6	287,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	503,2	499,1	510,8	539,6	234,8	264,2	229,7	281,1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2 773,1</b>	<b>2 857,6</b>	<b>2 949,3</b>	<b>3 059,3</b>	<b>1 400,3</b>	<b>1 457,3</b>	<b>1 432,6</b>	<b>1 516,7</b>
Abschreibungen	573,1	597,2	620,8	645,4	296,8	300,4	308,5	312,3
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3 346,3</b>	<b>3 454,9</b>	<b>3 570,1</b>	<b>3 704,7</b>	<b>1 697,1</b>	<b>1 757,7</b>	<b>1 741,1</b>	<b>1 829,0</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 456,4	2 530,0	2 614,7	2 714,1	1 236,6	1 293,4	1 265,4	1 349,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	787,6	783,6	795,1	831,4	402,5	381,1	394,2	400,9
Arbeitnehmerentgelt	1 668,8	1 746,4	1 819,7	1 882,7	834,1	912,3	871,2	948,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	4,1	3,9	3,4	3,3	4,2	3,6	3,2	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,5	3,9	5,4	3,5	3,6	4,2	5,7	5,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	4,8	3,9	3,5	4,7	4,9	4,2	3,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,5	3,2	3,1	2,9	3,0	3,4	3,2	3,0
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	3,7	1,8	1,1	2,9	3,3	0,1	0,1	2,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,8	-0,8	2,4	5,6	0,3	-1,8	-2,2	6,4
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3,9</b>	<b>3,0</b>	<b>3,2</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>4,1</b>
Abschreibungen	3,8	4,2	4,0	4,0	4,5	4,0	4,0	4,0
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,8</b>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	<b>4,1</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,9	3,0	3,3	3,8	3,5	2,5	2,3	4,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,3	-0,5	1,5	4,6	1,6	-2,6	-2,1	5,2
Arbeitnehmerentgelt	4,2	4,7	4,2	3,5	4,5	4,8	4,4	4,0

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte<sup>2</sup>**

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 347,7	1 400,7	1 460,4	1 510,1	673,2	727,5	702,6	757,7
Nettolöhne und -gehälter	902,9	943,5	984,1	1 016,5	445,6	497,9	465,8	518,3
monetäre Sozialleistungen	565,2	581,4	605,6	627,7	289,3	292,2	301,0	304,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	120,4	124,2	129,4	134,1	61,7	62,5	64,2	65,2
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	601,1	612,2	618,8	637,0	331,4	280,8	331,6	287,2
sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	-78,9	-83,2	-87,0	-90,0	-42,2	-41,0	-44,5	-42,5
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 869,9</b>	<b>1 929,7</b>	<b>1 992,2</b>	<b>2 057,1</b>	<b>962,3</b>	<b>967,3</b>	<b>989,8</b>	<b>1 002,5</b>
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,1	52,9	53,7	54,2	26,1	26,8	26,5	27,2
Konsumausgaben	1 732,2	1 779,0	1 835,9	1 896,1	872,8	906,1	896,5	939,4
Sparen	189,8	203,5	209,9	215,2	115,6	88,0	119,7	90,2
Sparquote (%) <sup>6</sup>	9,9	10,3	10,3	10,2	11,7	8,8	11,8	8,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,7	3,9	4,3	3,4	3,8	4,1	4,4	4,2
Nettolöhne und -gehälter	3,9	4,5	4,3	3,3	4,6	4,4	4,5	4,1
monetäre Sozialleistungen	3,7	2,9	4,2	3,6	2,3	3,4	4,0	4,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,9	3,2	4,2	3,6	3,0	3,3	4,0	4,3
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	3,7	1,8	1,1	2,9	3,3	0,1	0,1	2,3
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>	<b>3,3</b>	<b>3,0</b>	<b>2,9</b>	<b>3,6</b>
Konsumausgaben	3,4	2,7	3,2	3,3	2,8	2,6	2,7	3,7
Sparen	4,3	7,2	3,1	2,5	7,1	7,4	3,6	2,5

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018, 2019 und 2020

	2017	2018	2019	2020	2018		2019	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>7</sup></b>								
a) Mrd. EUR								
<b>Einnahmen</b>								
Steuern	766,4	802,9	823,0	852,8	404,3	398,6	414,1	408,9
Nettosozialbeiträge	548,6	571,1	591,1	611,6	276,7	294,4	286,9	304,3
Vermögenseinkommen	15,9	18,6	19,0	19,0	11,4	7,2	11,8	7,2
sonstige Transfers	21,8	24,7	22,4	22,9	11,6	13,1	10,5	11,9
Vermögenstransfers	10,2	12,2	10,9	10,8	5,5	6,8	5,1	5,8
Verkäufe	110,8	115,4	120,4	124,5	54,2	61,2	56,8	63,6
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1 473,8</b>	<b>1 545,2</b>	<b>1 587,1</b>	<b>1 641,7</b>	<b>763,9</b>	<b>781,3</b>	<b>785,3</b>	<b>801,8</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	434,8	449,6	468,0	486,0	216,1	233,5	226,0	242,0
Arbeitnehmerentgelt	246,7	255,7	265,4	275,1	122,8	132,8	127,5	137,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	33,8	31,6	30,6	30,1	15,9	15,7	15,2	15,3
Subventionen	28,4	27,9	28,4	28,8	13,4	14,5	13,6	14,8
monetäre Sozialleistungen	506,1	521,8	545,5	567,1	259,6	262,2	271,1	274,4
sonstige laufende Transfers	75,2	82,5	89,7	93,9	40,6	41,9	44,2	45,5
Vermögenstransfers	43,9	38,9	34,4	35,5	13,2	25,7	14,1	20,3
Bruttoinvestitionen	72,4	79,2	84,5	89,6	34,8	44,4	37,0	47,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,6	-1,6	-1,6	-1,6	-0,6	-1,0	-0,6	-1,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1 439,8</b>	<b>1 485,6</b>	<b>1 544,9</b>	<b>1 604,3</b>	<b>715,8</b>	<b>769,8</b>	<b>748,2</b>	<b>796,7</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>34,0</b>	<b>59,6</b>	<b>42,3</b>	<b>37,4</b>	<b>48,1</b>	<b>11,6</b>	<b>37,1</b>	<b>5,2</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
<b>Einnahmen</b>								
Steuern	4,7	4,8	2,5	3,6	5,4	4,1	2,4	2,6
Nettosozialbeiträge	4,7	4,1	3,5	3,5	4,1	4,1	3,7	3,4
Vermögenseinkommen	-12,4	17,2	2,3	-0,4	31,7	-0,1	3,7	0,0
sonstige Transfers	8,4	13,4	-9,2	2,0	18,6	9,2	-9,8	-8,7
Vermögenstransfers	-33,3	20,1	-11,0	-0,4	13,8	25,8	-6,5	-14,5
Verkäufe	4,3	4,1	4,3	3,4	3,3	4,9	4,8	3,9
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4,1</b>	<b>4,8</b>	<b>2,7</b>	<b>3,4</b>	<b>5,3</b>	<b>4,4</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	3,8	3,4	4,1	3,8	3,0	3,8	4,6	3,6
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,6	3,8	3,6	3,8	3,4	3,8	3,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-9,5	-6,4	-3,4	-1,7	-10,1	-2,4	-4,2	-2,5
Subventionen	1,3	-1,6	1,9	1,2	-3,6	0,3	2,0	1,8
monetäre Sozialleistungen	4,0	3,1	4,6	3,9	2,5	3,7	4,4	4,7
sonstige laufende Transfers	-0,4	9,7	8,6	4,8	2,1	18,4	8,7	8,5
Vermögenstransfers	23,3	-11,6	-11,6	3,3	-40,6	18,1	6,9	-21,0
Bruttoinvestitionen	6,2	9,3	6,7	6,0	11,8	7,4	6,4	6,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>3,8</b>	<b>3,2</b>	<b>4,0</b>	<b>3,9</b>	<b>1,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,5</b>	<b>3,5</b>
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Finanzierungssaldo des Staates	1,0	1,8	1,2	1,0	2,9	0,7	2,2	0,3

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen<sup>4</sup> Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen<sup>5</sup> Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers<sup>6</sup> Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)<sup>7</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung<sup>8</sup> Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2018: Prognose des IWH.

# Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Öffentliche Finanzen 2018 bis 2025

Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies

## Zusammenfassung

In Deutschland wird die Anzahl der Erwerbspersonen mittelfristig aufgrund der Alterung der Bevölkerung sinken und damit auch das Wirtschaftswachstum niedriger ausfallen als in den vergangenen Jahren. Gleichzeitig hat die Bundesregierung eine Reihe von zusätzlichen Staatsausgaben beschlossen. Auf der Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Projektion mit dem IWH-Deutschlandmodell lässt sich aber zeigen, dass es bis zum Jahr 2025 kaum zu Haushaltsdefiziten kommt, auch wenn sämtliche im Koalitionsvertrag enthaltenen finanzpolitischen Maßnahmen umgesetzt werden. Selbst wenn sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen verschlechtern, etwa wegen eines deutlichen Zinsanstiegs oder eines Einbruchs der ausländischen Nachfrage, würde der Finanzierungssaldo zwar negativ, die zu erwartenden Defizite lägen aber dennoch wohl unter 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Ein Einbruch der ausländischen Nachfrage würde die Produktion zwar stärker dämpfen als ein Zinsschock, die Effekte auf den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo wären aber vergleichbar. Denn ein Zinsschock belastet eher die Binnennachfrage, von deren Rückgang die staatlichen Einnahmen stärker betroffen sind als von einem Rückgang der Exporte. Für die kommenden Jahre dürfte der deutsche Staatshaushalt damit recht robust sein; dabei ist aber zu beachten, dass etwa die aus dem Rentenpaket resultierenden Mehrausgaben erst nach dem Jahr 2025 deutlich zu Buche schlagen.

*JEL-Klassifikation:* C53, C54, E17, E27, E37, E66, H68

*Schlagwörter:* wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, mittelfristige Projektion, Produktionspotenzial, Wirtschaftswachstum, wirtschaftspolitische Simulationen, Finanzpolitik

## Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Öffentliche Finanzen 2018 bis 2025

Im Jahr 2018 dürfte der Überschuss der öffentlichen Haushalte in Deutschland bei knapp 60 Mrd. Euro bzw. 1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Die aktuelle Lage der öffentlichen Haushalte ist also sehr gut. Allerdings sind zurzeit auch die Voraussetzungen außergewöhnlich günstig: Die Wirtschaft befindet sich in der Überauslastung, und das Zinsniveau ist historisch niedrig, weswegen sich die Refinanzierungskonditionen des deutschen Staates in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert haben. Außerdem steht ein demographisches Zwischenhoch über Deutschland, solange die Babyboomer-Generation noch nicht ins Rentenalter kommt. In dieser Situation hat die Bundesregierung mit dem Koalitionsvertrag vom März 2018 zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die mit strukturellen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen einhergehen, etwa die rentenpolitischen Maßnahmen oder Steuererleichterungen.

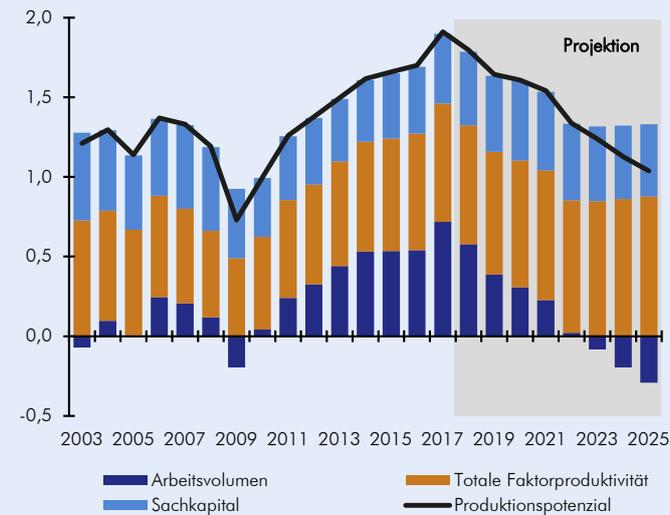
Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Frage nachgegangen, wie robust die öffentlichen Haushalte in Deutschland aufgestellt sind. Dafür wird zunächst auf Basis einer mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Projektion die Entwicklung der öffentlichen Haushalte abgeschätzt, und zwar mit und ohne wichtige finanzpolitische Maßnahmen des Koalitionsvertrags. Daran anschließend werden die Effekte eines deutlich höheren Zinsniveaus und eines konjunkturellen Einbruchs auf die deutschen Staatsfinanzen simuliert.

## Potenzialschätzung

Eine wichtige Grundlage für die gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung ist eine Projektion der Entwicklung des Produktionspotenzials. Dieses wird mit der von der Europäischen Kommission angewandten und für die Haushaltüberwachung in der Europäischen Union maßgeblichen Methode für den Zeitraum 1970 bis 2025 geschätzt.<sup>1</sup>

**Abbildung 1**  
Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode

in %; Prozentpunkten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Im Laufe des Projektionszeitraums wird ein kontinuierlicher Rückgang der Potenzialwachstumsrate von 1,8% im Jahr 2018 auf gut 1% im Jahr 2025 erwartet (vgl. Abbildung 1). Maßgeblich für diese Abschwächung ist der bereits heute absehbare demographische Wandel, der in der Schätzung des Produktionspotenzials durch einen abnehmenden Wachstumsbeitrag des potenziellen Arbeitsvolumens zum Ausdruck kommt.

Während der durchschnittliche Beitrag im Projektionszeitraum von 2018 bis 2023 noch 0,4% beträgt, ist er in den Jahren 2024 und 2025 mit -0,3% bereits spürbar negativ (vgl. Tabelle 1). Am deutlichsten zeigt sich dies am prognostizierten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre). Diese dürfte mit durchschnittlich gut 61,5 Millionen Personen im Jahr 2025 um knapp 700 000 Personen niedriger liegen als im Jahr 2018. Die Gesamtbevölkerung bleibt hingegen im gleichen Zeitraum nahezu konstant (vgl. Abbildung 2).<sup>2</sup>

**Abbildung 2**  
Bevölkerungsentwicklung

in Millionen; Jahresdurchschnitt



Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektionen des IWH.

Ein großer Teil des gegenwärtig noch hohen Beitrags des Arbeitsvolumens zum Potenzialwachstum ist auf die Zunahme der Partizipationsquote zurückzuführen. Vor dem Hintergrund eines geringer werdenden Anteils der Erwerbspersonen mittleren Alters und einer vermutlich verlangsamt ansteigenden Erwerbsbeteiligung von Älteren wird von einer deutlichen Abschwächung des Zuwachses der Partizipationsquote im Projektionszeitraum ausgegangen. Dies wirkt zusätzlich dämpfend auf die Entwicklung des Produktionspotenzials. Der Kapitalstock wird mit leicht abnehmender Tendenz jahresdurchschnittlich knapp 0,5% zum Wachstum des Produktionspotenzials beitragen. Den größten Wachstumsbeitrag liefert die Totale Faktorproduktivität mit jahresdurchschnittlich 0,8%.

Ohne den erwarteten Rückgang der Bevölkerung läge der Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeit zum Produktionspotenzial bis zum Jahr 2025 um gut 0,2 Prozent-

<sup>1</sup> Vgl. Kasten 2, Zur Schätzung des Produktionspotenzials, S. 82 im vorliegenden Heft.

<sup>2</sup> So wird unterstellt, dass die Bevölkerung von 82 965 im Jahr 2018 auf 82 927 im Jahr 2025 zurückgeht.

punkte höher.<sup>3</sup> Die durchschnittliche Potenzialrate der Jahre 2021 bis 2025 läge dann mit 1,4% um gut 0,1 Prozentpunkte höher als im Basisszenario. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird aufgrund des Bevölkerungsrückgangs um 17 Mrd. Euro zurückgehen, was sich auch auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben auswirken wird.

**Tabelle 1****Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %<sup>a</sup>

	1995-2017 <sup>b</sup>		1995-2017		2017-2023		2023-2025	
Produktionspotenzial	1,4		1,4		1,5		1,1	
Kapitalstock	1,6	(0,6)	1,6	(0,6)	1,4	(0,5)	1,3	(0,5)
Solow-Residuum	0,8	(0,8)	0,7	(0,7)	0,8	(0,8)	0,9	(0,9)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,1	(0,1)	0,4	(0,2)	-0,3	(-0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,1		-0,1		0,0		-0,3	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,4		0,1	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,1		0,0	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,5		0,0		-0,1	
<i>Nachrichtlich:</i>								
Arbeitsproduktivität	1,3		1,3		1,2		1,4	

<sup>a</sup> Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – <sup>b</sup> Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

**Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung für die Jahre 2018 bis 2025**

Basierend auf der IWH-Kurzfristprognose<sup>4</sup> für die Jahre 2018 bis 2020 vom Dezember 2018 erfolgt die Projektion der realwirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2021 bis 2025. Das Instrument für die mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist das makroökonomische Deutschlandmodell des IWH. Hierfür wird, wie oben erläutert, das Produktionspotenzial zunächst für den Zeitraum 1970 bis 2025 geschätzt, anschließend wird, bedingt auf das geschätzte Produktionspotenzial, die wirtschaftliche Entwicklung bis 2025 projiziert.

Dabei ist die Nachfrageseite so modelliert, dass sich die tatsächliche Produktion dem Produktionspotenzial nähert und langfristig der Potenzialpfad erreicht wird. Der Abbau von Unter- oder Überauslastungen der Kapazitäten muss jedoch nicht zwangsläufig innerhalb des mittelfristigen Projektionszeitraums erfolgen.

**Kasten 1****Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion**

Es wird angenommen, dass sich die weltwirtschaftliche Dynamik abschwächt. Der Welthandel dürfte, nach etwa 3,6% im Jahr 2018, in den Jahren 2019 und 2020 um etwa 3,5 bzw. 3,3% zulegen. Mittelfristig dürfte der jährliche Zuwachs des Welthandels etwas bei etwa 3,4% liegen.

Der Ölpreis (Sorte Brent) notiert im Durchschnitt des Jahres 2018 bei 71,4 US-Dollar je Barrel, für die Jahre 2019 und 2020 wird ein Ölpreis von durchschnittlich 67 bzw. 69 US-Dollar unterstellt. Weiterhin wird angenommen, dass der Ölpreis in US-Dollar im Zeitraum von 2021 bis 2025 mit einer Jahresrate von 2% steigt (reale Konstanz der Ölpreise). Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem vierten Quartal 2018 im gesamten Projektionszeitraum 1,15 US-Dollar je Euro. Des Weiteren bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei annahmegemäß konstanten nominalen Wechselkursen nahezu unverändert. Es wird davon ausgegangen, dass die Produktion im Euroraum im Projektionszeitraum in etwa so schnell wie das Produktionspotential expandiert. Die Arbeitslosenquote dürfte aber aus strukturellen Gründen langsam weiter sinken. Die EZB hebt die Leitzinsen erst ab Ende 2019 und auch dann nur langsam an. In Deutschland wirkt die Geldpolitik weiterhin expansiv; sie dürfte die Inlandsnachfrage also weiter stimulieren.

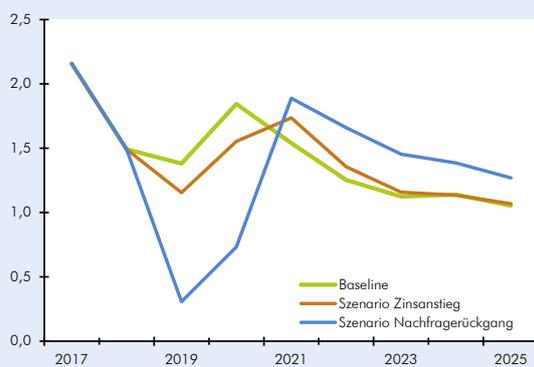
<sup>3</sup> Indirekte Effekte der alternativen Bevölkerungsprojektion auf andere Komponenten des Faktors Arbeit, insbesondere die Partizipationsquote, bleiben bei dieser Schätzung unberücksichtigt.

<sup>4</sup> Vgl. Brautzsch, H.-U.; Claudio, J. C.; Drygalla, A.; Exß, F.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Lindner, A.; Müller, I.; Schultz, B.; Staffa, R.; Wieschemeyer, M.; Zeddies, G.: Konjunktur aktuell: Konjunktur in der Welt und in Deutschland verliert an Dynamik, S. 65-104 im vorliegenden Heft.

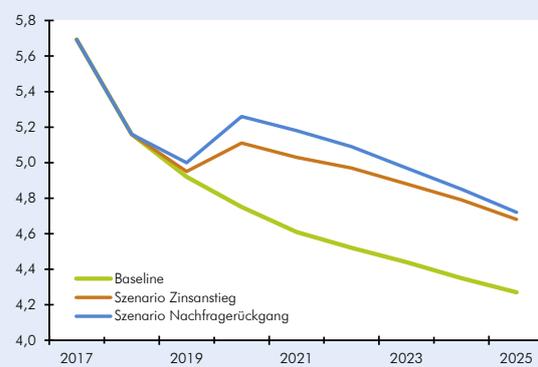
Unter den in Kasten 1 genannten Rahmenbedingungen wird die deutsche Wirtschaft bis zum Ende des Projektionszeitraums um durchschnittlich 1½% wachsen; das nominale Bruttoinlandsprodukt wird um durchschnittlich 3¼% zunehmen. Während die Kapazitäten aktuell noch leicht überausgelastet sind, dürfte sich die Produktionslücke mittelfristig wieder schließen. Für die Jahre nach 2018 ist unterstellt, dass die Stärke der weltwirtschaftlichen Expansion ihrem langjährigen Durchschnitt entspricht und vom Außenhandel kein Expansionsbeitrag ausgeht; demnach wird die konjunkturelle Entwicklung von der Inlandsnachfrage bestimmt (vgl. Tabelle 2). Insbesondere dürfte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch eine Zeit lang von der für Deutschland expansiv wirkenden einheitlichen Geldpolitik der EZB stimuliert werden. Darüber hinaus gehen von Seiten der Zuwanderung nach Deutschland positive Effekte auf den Konsum aus; davon dürften auch zusätzliche Bauinvestitionen ausgelöst werden.

**Abbildung 3**  
Gesamtwirtschaftliche Größen in den verschiedenen Szenarien

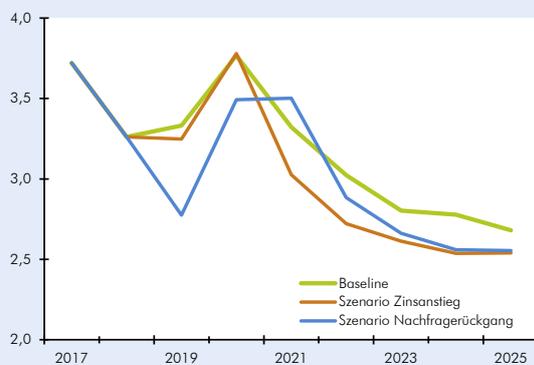
(a) Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukt in %



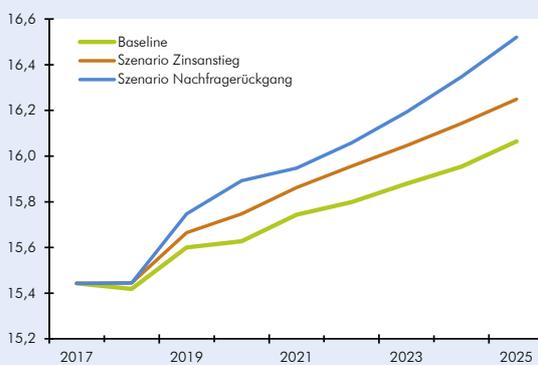
(b) Arbeitslosenquote<sup>1</sup>



(c) Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts in %



(d) Monetäre Sozialleistungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %<sup>2</sup>



<sup>1</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

<sup>2</sup> Darstellung enthält die Berechnungen mit Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau.

Quellen: Statistisches Bundesamt, ab 2018Q4: Simulationen des IWH.

Der Preisaufrtrieb wird sich mittelfristig der Zielinflationsrate der EZB annähern. Es ist insgesamt mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsproduktes von 1¾% zu rechnen (vgl. Tabelle 3). Die Konsumentenpreise dürften um gut 1½% zunehmen. Im Projektionszeitraum bleibt der Arbeitsmarkt weiterhin robust, wobei sich der Zuwachs der Erwerbstätigenzahl allerdings abschwächt.

**Tabelle 2**  
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat	insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorrats- veränderung	
in Mrd. Euro							
2011	2 703,1	1 495,5	505,7	569,8	547,8	21,9	132,1
2017	3 277,3	1 732,2	638,9	658,5	665,7	-7,2	247,8
2023	3 971	2 080	788	857	860	-3¼	246
2025	4 191	2 200	839	901	907	-6½	250
Anteile am BIP in % <sup>a</sup>							
2011	100	55,3	18,7	21,1	20,3	0,8	4,9
2017	100	52,9	19,5	20,1	20,3	-0,2	7,6
2023	100	52¼	19¾	21½	21½	-0	6¼
2025	100	52½	20	21½	21½	-¼	6
Veränderung insgesamt in %							
2017/2011	21,2	15,8	26,3	15,6	21,5	-	-
2023/2017	21¼	20	23½	30¼	29¼	-	-
2025/2023	5½	5¾	6½	5¼	5½	-	-
jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2017/2011	3,3	2,5	4,0	2,4	3,3	-	-
2023/2017	3¼	3	3½	4½	4¼	-	-
2025/2023	2¾	2¾	3¼	2½	2¾	-	-

<sup>a</sup> Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

**Tabelle 3**  
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbs- tätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
				Millionen	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2011	41 577	37 014	1 393	2 674	64 326	46,2	2 703	101
2017	44 269	39 975	1 360	2 932	66 243	48,7	3 277	112
2023	45 550	41 458	1 360	3 195	70 140	51,6	3 971	124
2025	45 292	41 306	1 358	3 265	72 096	53,1	4 191	128
Veränderung insgesamt in % <sup>a</sup>								
2017/2011	6,5	8,0	-2,3	9,6	3,0	5,4	21,2	10,6
2023/2017	3	3¾	-0	9	5¾	6	21¼	11¼
2025/2023	-½	-¼	-¼	2¼	2¾	3	5½	3¼
jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2017/2011	1,1	1,3	-0,4	1,5	0,5	0,9	3,3	1,7
2023/2017	½	½	-0	1½	1	1	3¼	1¾
2025/2023	-¼	-¼	-0	1	1½	1½	2¾	1½

<sup>a</sup> Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

## Die mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland

Auf Basis der oben skizzierten gesamtwirtschaftlichen Projektion kann die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in der mittleren Frist abgeschätzt werden. Im Folgenden werden dabei jeweils zwei Fälle ausgewiesen: Ein Szenario mit sämtlichen Maßnahmen des Koalitionsvertrages und ein weiteres, in dem das Rentenpaket<sup>5</sup>, die geplante Grundrente und der geplante Abbau des Solidaritätszuschlags nicht berücksichtigt werden. Im sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) ist der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung durch Beitragssatzanpassungen institutionell verankert. Da mit dem Rentenpaket und der Grundrente die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung stärker steigen als ohne diese Maßnahmen, fällt auch der Beitragssatz zur gesetz-

<sup>5</sup> Das Rentenpaket beinhaltet die Aufstockung der Mütterrente, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, die Ausweitung der Gleitzone im Midijobbereich sowie die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48% und des Beitragssatzes bei 20%.

lichen Rentenversicherung höher aus.<sup>6</sup> Auf den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo dürften die rentenpolitischen Maßnahmen – jedenfalls bis zum Jahr 2025 – folglich nur einen geringen Einfluss haben (vgl. Tabelle 4).

**Tabelle 4**

Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis zum Jahr 2025 – Basisszenario

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
mit Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau									
<i>Mrd. €</i>									
Einnahmen	1 473,8	1 545,2	1 587,1	1 641,7	1 685,4	1 737,3	1 792,4	1 850,0	1 907,3
Ausgaben	1 439,8	1 485,6	1 544,9	1 604,3	1 663,0	1 717,7	1 777,0	1 837,2	1 900,7
Finanzierungssaldo	34,0	59,6	42,3	37,4	22,4	19,6	15,4	12,8	6,6
<i>in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>									
gesamtstaatliche Einnahmen	45,0	45,7	45,4	45,2	45,0	45,0	45,1	45,3	45,5
Steuern	23,4	23,7	23,5	23,5	23,2	23,2	23,3	23,3	23,4
Nettosozialbeiträge	16,7	16,9	16,9	16,9	16,9	16,9	17,0	17,0	17,1
gesamtstaatliche Ausgaben	43,9	43,9	44,2	44,2	44,4	44,5	44,8	45,0	45,4
Monetäre Sozialleistungen	15,4	15,4	15,6	15,6	15,7	15,8	15,9	16,0	16,1
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8
Finanzierungssaldo	1,0	1,8	1,2	1,0	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,2	0,9	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
ohne Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau									
<i>Mrd. €</i>									
Einnahmen	1 473,8	1 545,2	1 585,9	1 640,5	1 692,5	1 744,1	1 801,2	1 857,3	1 912,4
Ausgaben	1 439,8	1 485,6	1 540,9	1 599,1	1 657,6	1 712,0	1 771,2	1 831,1	1 893,1
Finanzierungssaldo	34,0	59,6	45,0	41,5	34,9	32,0	30,1	26,1	19,3
<i>in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>									
gesamtstaatliche Einnahmen	45,0	45,7	45,4	45,2	45,1	45,2	45,4	45,5	45,6
Steuern	23,4	23,7	23,5	23,5	23,4	23,4	23,5	23,6	23,6
Nettosozialbeiträge	16,7	16,9	16,9	16,8	16,8	16,8	16,9	17,0	17,0
gesamtstaatliche Ausgaben	43,9	43,9	44,1	44,1	44,2	44,3	44,6	44,9	45,2
Monetäre Sozialleistungen	15,4	15,4	15,5	15,5	15,6	15,7	15,7	15,8	15,9
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8
Finanzierungssaldo	1,0	1,8	1,3	1,1	0,9	0,8	0,8	0,6	0,5
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,3	1,0	0,8	0,8	0,8	0,6	0,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Bei einer Umsetzung sämtlicher im Koalitionsvertrag enthaltenen Maßnahmen würden die Haushaltsüberschüsse bis zum Jahr 2025 deutlich zurückgehen (vgl. Tabelle 4). Aufgrund der hohen Steuerentlastungen im Rahmen des Familienentlastungsgesetzes und des geplanten Abbaus des Solidaritätszuschlags ginge die gesamtstaatliche Einnahmenquote bis zum Jahr 2021 zurück. Ab dem Jahr 2023 stiege die Einnahmenquote wieder leicht an.<sup>7</sup> Die Staatsausgabenquote würde dagegen ab dem Jahr 2018 kontinuierlich steigen. Ausschlaggebend hierfür sind, neben den Leistungsausweitungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere die zusätzlichen investiven Maßnahmen, Personalaufstockungen im öffentlichen Dienst, Maßnahmen im Pflegebereich sowie der demographische Wandel, durch den nicht nur die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch die der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung beschleunigt zulegen. Wäre das Rentenpaket nicht verabschiedet worden und würden auch die Grundrente und der Abbau des Solidaritätszuschlags nicht umgesetzt, läge der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2025 höher. Aufgrund der geringeren Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung läge die

<sup>6</sup> Zwar sieht das Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz eine Haltelinie für den Beitragssatz bei 20% vor. Bei der hier unterstellten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird der Beitragssatz im Projektionszeitraum diese Marke jedoch noch nicht überschreiten.

<sup>7</sup> Gemäß Familienentlastungsgesetz wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer in den Jahren 2019 und 2020 erhöht. Da dies verfassungsmäßig geboten ist, wird in den Projektionen auch für den Zeitraum von 2021 bis 2025 eine jährliche Anhebung des Grundfreibetrags unterstellt. Zudem wird, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, von einem Abbau der kalten Progression im Zwei-Jahres-Rhythmus ausgegangen.

Staatsquote niedriger. Da aufgrund der geringeren Ausgaben auch der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung niedriger wäre, läge nicht nur der Ausgabe-, sondern auch der öffentliche Einnahmepfad niedriger.

## Effekte zweier negativer Schocks auf die deutschen Staatsfinanzen

Im Folgenden werden die Auswirkungen eines deutlichen Zinsanstiegs im Euroraum und eines Einbruchs der internationalen Konjunktur für die mittelfristige Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen simuliert. Als Basisszenario dient die mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die Jahre 2018 bis 2025. In einem ersten Alternativszenario wird unterstellt, dass es zu einem temporären Zinsanstieg im Euroraum im ersten Halbjahr 2019 kommt, etwa weil sich die zuletzt deutlich gestiegene Risikoprämie für italienische Staatstitel auf die anderen Euroraumländer überträgt. Es wird angenommen, dass der Zinsanstieg bis Ende 2020 nur allmählich ausläuft. In einem zweiten Alternativszenario kommt es, etwa aufgrund einer Zuspitzung der internationalen Handelskonflikte, zu einem Rückgang der weltweiten Nachfrage.

Die kurz- sowie mittelfristigen Effekte für die Produktion in Deutschland werden zunächst mit dem internationalen Konjunkturmodell des IWH (Halle Economic Projection Model, HEPM) simuliert, denn in diesem Modellrahmen kann abgeleitet werden, welche Effekte ein Zinsanstieg auf die Konjunktur in den wichtigsten Ländern des Euroraums hätte und in welchem Umfang die ausländische Nachfrage im Fall eines schweren Einbruchs der internationalen Konjunktur zurückginge. Das HEPM ist ein internationales makroökonomisches Modell neukeynesianischer Natur.<sup>8</sup> Der Länderkreis umfasst derzeit 31 Volkswirtschaften, die insgesamt mehr als 85 Prozent des deutschen Handelsvolumens und der weltweiten Produktion auf sich vereinen. Die Länder sind entsprechend ihren Handelsgewichten miteinander verknüpft, so dass konjunkturelle Schwankungen in einzelnen Volkswirtschaften auf Handelspartner übertragen werden. Die Güternachfrage in den einzelnen Ländern steht dabei u. a. in einem negativen Zusammenhang mit dem Zinsniveau, so dass von einem Zinsanstieg eine dämpfende Wirkung auf die Güternachfrage ausgeht. Ausgehend von den geschätzten Effekten der Szenarien auf das reale Bruttoinlandsprodukt werden mit Hilfe des Deutschlandmodells des IWH die Auswirkungen auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen modelliert (vgl. Abbildung 3) und die Effekte auf das Staatskonto abgeleitet (vgl. Tabellen 5 und 6).

## Effekte höherer Zinsen

Im ersten Alternativszenario werden die Zinsen im Euroraum so geschockt, dass sie, ausgehend von ihrem derzeitigen Niveau von -0,3%, gleichmäßig auf 3% im zweiten Quartal 2019 ansteigen und danach bis Ende 2020 auf das Niveau der Basisprojektion von etwa 1,6% absinken. Unter Berücksichtigung der alternativen Zins- und BIP-Verläufe wird eine Mittelfristprojektion für Deutschland erstellt. Es zeigt sich, dass das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2019 und 2020 um fast 7 bzw. 16 Mrd. Euro unterhalb Basisprojektion liegt. Die Arbeitslosenquote reagiert mit etwa einem Jahr Verzögerung auf den Zinsschock. Am Ende des Projektionszeitraumes ist sie noch etwa 0,4 Prozentpunkte höher als im Basisszenario, und das reale Bruttoinlandsprodukt liegt etwas tiefer. Dessen Expansionsrate ist dagegen im Jahr 2025 so hoch wie im Basisszenario.

Auch der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo fällt ab dem Jahr 2019 deutlich geringer aus (vgl. Tabelle 5). Dies geht jedoch nur zu einem geringen Teil auf die höheren Zinsausgaben des Staates zurück, die aufgrund der steigenden Renditen von Staatsschuldverschreibungen zu entrichten wären. Wesentliche Ursache ist die mit dem Zinsanstieg einhergehende konjunkturelle Verlangsamung, in deren Folge die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen schwächer expandieren und die monetären Sozialleistungen, aufgrund einer höheren Zahl an Arbeitslosen, beschleunigt zunehmen. Zwar wird das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion aus dem Basis-Szenario mit Normalisierung des Zinsniveaus im Jahr 2021 wieder erreicht, der zuvor eingetretene Produktionsverlust wird aber bis zum Jahr 2025 nicht wieder aufgeholt. Deshalb und weil, wie oben erläutert, das Wirtschaftswachstum demographiebedingt im Projektionszeitraum nachlässt, kommt es in den Jahren 2024 und 2025 (aber nicht früher) zu einem gesamtstaatlichen Haushaltsdefizit, wenn sämtliche Maßnahmen des Koalitionsvertrages umgesetzt würden.

<sup>8</sup> Vgl. Giesen, S.; Holtemöller, O.; Scharff, J.; Scheufele, R.: The Halle Economic Projection Model, *Economic Modelling*, Vol. 29 (4), 2012, 1461-1472.

Der europäische Fiskalpakt, welcher als mittelfristiges Haushaltsziel ein gesamtstaatliches strukturelles Defizit von maximal 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vorgibt, würde dennoch eingehalten.

**Tabelle 5**

Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis zum Jahr 2025 – Szenario Zinsanstieg

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
mit Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau									
<i>Mrd. €</i>									
Einnahmen	1 473,8	1 545,2	1 583,9	1 636,0	1 680,9	1 734,1	1 783,5	1 834,8	1 888,0
Ausgaben	1 439,8	1 485,6	1 548,0	1 610,3	1 667,7	1 722,3	1 781,0	1 840,6	1 903,0
Finanzierungssaldo	34,0	59,6	35,9	25,6	13,2	11,8	2,5	-5,8	-14,9
<i>in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>									
gesamtstaatliche Einnahmen	45,0	45,7	45,3	45,1	45,0	45,2	45,3	45,4	45,6
Steuern	23,4	23,7	23,5	23,4	23,1	23,1	23,2	23,2	23,3
Nettosozialbeiträge	16,7	16,9	16,9	16,8	17,0	17,1	17,2	17,2	17,2
gesamtstaatliche Ausgaben	43,9	43,9	44,3	44,4	44,6	44,9	45,2	45,6	46,0
Monetäre Sozialleistungen	15,4	15,4	15,7	15,7	15,9	16,0	16,0	16,1	16,2
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9
Finanzierungssaldo	1,0	1,7	1,0	0,7	0,4	0,3	0,1	-0,1	-0,4
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,2	0,9	0,4	0,4	0,2	0,0	-0,3
ohne Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau									
<i>Mrd. €</i>									
Einnahmen	1 473,8	1 545,2	1 583,9	1 635,9	1 684,0	1 731,3	1 790,8	1 840,3	1 891,0
Ausgaben	1 439,8	1 485,6	1 544,0	1 604,8	1 661,9	1 716,2	1 774,6	1 832,5	1 891,9
Finanzierungssaldo	34,0	59,6	39,9	31,1	22,1	15,1	16,2	7,8	-0,9
<i>in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>									
gesamtstaatliche Einnahmen	45,0	45,7	45,3	45,1	45,1	45,1	45,5	45,6	45,7
Steuern	23,4	23,7	23,5	23,4	23,4	23,4	23,5	23,5	23,5
Nettosozialbeiträge	16,7	16,9	16,9	16,8	16,8	16,8	17,1	17,1	17,1
gesamtstaatliche Ausgaben	43,9	43,9	44,2	44,3	44,5	44,7	45,1	45,4	45,7
Monetäre Sozialleistungen	15,4	15,4	15,6	15,6	15,7	15,8	15,9	16,0	16,0
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9
Finanzierungssaldo	1,0	1,7	1,1	0,9	0,6	0,4	0,4	0,2	0,0
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,3	1,0	0,6	0,4	0,5	0,3	0,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

## Effekte eines Einbruchs der internationalen Konjunktur

Im zweiten Alternativszenario wird in sämtlichen im Weltmodell enthaltenen Ländern jeweils ein allgemeiner Nachfrageschock simuliert, so dass sich eine so ungünstige Entwicklung des aggregierten realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 ergibt, welche, ausgehend von der Basisprojektion, im Rahmen des Weltmodells nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 1% eintritt. Die negativen Nachfrageschocks laufen im Jahr 2020 allmählich aus. Im Fall eines solchen negativen Nachfrageschocks liegt das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2019 und 2020 um fast 32 bzw. 67 Mrd. Euro unterhalb Basisprojektion. Danach gibt es einen kräftigen Aufschwung (vgl. Abbildung 3a), der zuvor eingetretene Produktionsverlust wird aber auch bis zum Jahr 2025 nicht wieder aufgeholt, und auch die Arbeitslosenrate liegt noch deutlich über der im Basisszenario (vgl. Abbildung 3b). Deshalb und weil das Wirtschaftswachstum aus demographischen Gründen im Projektionszeitraum nachlässt, stellt sich wie im Fall eines Zinsschocks in den Jahren 2024 und 2025 ein gesamtstaatliches Haushaltsdefizit ein (vgl. Tabelle 6). Trotz des im Vergleich zu einem Zinsanstieg stärkeren konjunkturellen Einbruchs fällt dieses ähnlich hoch aus. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass ein Einbruch der Exportnachfrage die öffentlichen Haushalte weniger tangiert als ein Rückgang der Binnennachfrage, der sich infolge gestiegener Zinsen einstellt. Die Vorgaben der europäischen Schuldenregel würden auch in diesem Szenario eingehalten. Würde weder die Grundrente eingeführt noch der Solidaritätszuschlag abgebaut und wäre das Rentenpaket nicht verabschiedet worden, fiel der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Projektionszeitraum höher aus.

**Tabelle 6**

Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis zum Jahr 2025 – Szenario Nachfrageeinbruch

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
mit Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau									
<i>Mrd. €</i>									
Einnahmen	1 473,8	1 545,2	1 581,3	1 630,8	1 680,1	1 733,7	1 787,1	1 839,6	1 893,9
Ausgaben	1 439,8	1 485,6	1 546,8	1 608,6	1 665,5	1 721,1	1 781,3	1 843,1	1 908,2
Finanzierungssaldo	34,0	59,6	34,4	22,2	14,6	12,7	5,8	-3,5	-14,3
<i>in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>									
gesamtstaatliche Einnahmen	45,0	45,8	45,5	45,3	45,1	45,2	45,4	45,6	45,8
Steuern	23,4	23,8	23,6	23,5	23,2	23,2	23,3	23,4	23,5
Nettosozialbeiträge	16,7	16,9	16,9	16,9	17,0	17,1	17,1	17,2	17,2
gesamtstaatliche Ausgaben	43,9	44,0	44,5	44,7	44,7	44,9	45,3	45,7	46,1
Monetäre Sozialleistungen	15,4	15,5	15,7	15,9	15,9	16,1	16,2	16,3	16,5
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8
Finanzierungssaldo	1,0	1,8	1,0	0,6	0,4	0,3	0,1	-0,1	-0,3
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,6	1,7	1,3	1,0	0,7	0,4	0,0
ohne Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau									
<i>Mrd. €</i>									
Einnahmen	1 473,8	1 545,2	1 581,3	1 630,8	1 682,0	1 732,4	1 791,6	1 845,1	1 898,3
Ausgaben	1 439,8	1 485,6	1 542,8	1 603,1	1 659,8	1 715,0	1 774,8	1 835,2	1 897,4
Finanzierungssaldo	34,0	59,6	38,4	27,7	22,2	17,4	16,8	9,9	0,9
<i>in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>									
gesamtstaatliche Einnahmen	45,0	45,8	45,5	45,3	45,1	45,2	45,5	45,7	45,9
Steuern	23,4	23,8	23,6	23,5	23,4	23,5	23,6	23,6	23,7
Nettosozialbeiträge	16,7	16,9	16,9	16,9	16,8	16,8	17,0	17,1	17,1
gesamtstaatliche Ausgaben	43,9	44,0	44,4	44,5	44,5	44,7	45,1	45,5	45,8
Monetäre Sozialleistungen	15,4	15,5	15,6	15,7	15,8	15,9	16,0	16,2	16,3
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8
Finanzierungssaldo	1,0	1,8	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	0,2	0,0
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,7	1,7	1,8	1,5	1,2	1,0	0,7	0,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

## Schlussfolgerungen

In Deutschland wird die Anzahl der Erwerbspersonen mittelfristig aufgrund der Alterung der Bevölkerung sinken, und deshalb wird sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen. Trotzdem lassen die hier vorgestellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen den Schluss zu, dass die Finanzlage des deutschen Staates bis zum Jahr 2025 entspannt bleiben dürfte. Auch wenn sämtliche im Koalitionsvertrag enthaltenen Maßnahmen umgesetzt werden, stellen sich bis dahin keine öffentlichen Budgetdefizite ein. Selbst wenn die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen spürbar schlechter werden, etwa wegen eines deutlichen Zinsanstiegs oder eines Einbruchs der ausländischen Nachfrage, würde der Finanzierungssaldo zwar negativ, die zu erwartenden Defizite lägen aber unter 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Abbildung 4).

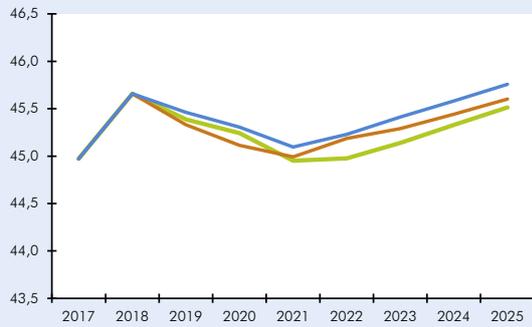
Die Simulationen zeigen außerdem, dass solche Schocks erst einige Jahre nach ihrem Abklingen den Staatshaushalt in ein moderates Defizit treiben würden, denn eine konjunkturelle Erholung dürfte nur langsam vonstatten gehen.

Die strukturelle Haushaltslage dürfte auch ohne makroökonomische Schocks immer ungünstiger werden, weil die umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen durch den demographischen Wandel unter Druck geraten.<sup>9</sup> Sofern hier keine Anpassungen erfolgen, wäre ein ausgeglichener Staatshaushalt langfristig nur durch eine steigende Abgabenbelastung zu erreichen.

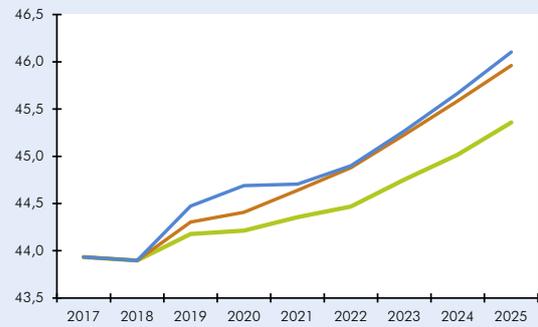
<sup>9</sup> Vgl. hierzu etwa Holtemöller, O.; Schult, C.; Zeddies, G.: Zu den rentenpolitischen Plänen im Koalitionsvertrag 2018 von CDU, CSU und SPD: Konsequenzen, Finanzierungsoptionen und Reformbedarf, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 67 (3), 2018, 247-265.

**Abbildung 4**  
 öffentliche Einnahmen, Ausgaben und gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo<sup>1</sup>  
 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent

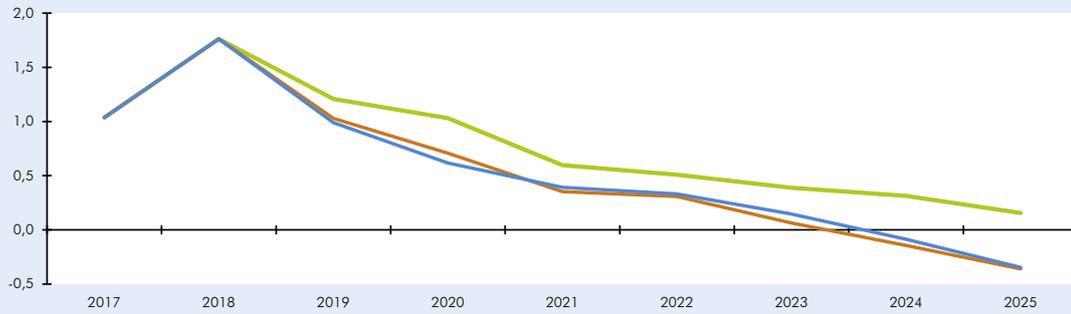
**(a) Öffentliche Einnahmen**



**(b) Öffentliche Ausgaben**



**(c) Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo**



— Baseline      — Szenario Zinsanstieg      — Szenario Nachfragerückgang

<sup>1</sup> Darstellung enthält die Berechnungen mit Rentenpaket, Grundrente und Soli-Abbau.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.





## Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: [Stefanie.Mueller@iwh-halle.de](mailto:Stefanie.Mueller@iwh-halle.de)

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © Samuel Barkos, [www.unsplash.com](http://www.unsplash.com)

Konjunktur aktuell, 6. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. Dezember 2018

ISSN 2195-8319